

Nach Straßburg oder nach Sarajewo? Zum Nationalismus in postkommunistischen Übergangsgesellschaften

Schoch, Bruno

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schoch, B. (1992). *Nach Straßburg oder nach Sarajewo? Zum Nationalismus in postkommunistischen Übergangsgesellschaften*. (HSFK-Report, 6/1992). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-85123-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report 6/1992



**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Bruno Schoch

Nach Straßburg oder nach Sarajewo?

Zum Nationalismus in
postkommunistischen
Übergangsgesellschaften

HSFK-Report 6/1992

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKT-FORSCHUNG

Archiv

Frankfurt am Main

**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Bruno Schoch

Nach Straßburg oder nach Sarajewo?

Zum Nationalismus in
postkommunistischen
Übergangsgesellschaften

HSFK-Report 6/1992
September 1992

[Faint, illegible stamp or text in the bottom right corner]

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Leimenrode 29

D-6000 Frankfurt/Main 1

Tel. 069 / 9200540

Fax. 069 / 558481

ISBN 3-928965-13-1

DM 12,00

Zusammenfassung

1. Die politisch vielschichtig schillernde Renaissance des Nationalismus im früheren "sozialistischen Lager" erweist sich für viele Staaten als Sprengsatz. Vor einem Jahr sind die Sowjetunion und Jugoslawien auseinandergebrochen, nun folgt auch die Tschechoslowakei. In den meisten Nachfolgestaaten spitzen sich neue nationale Konflikte zu. Zugleich ist in der Theorie umstritten, was Nationalismus ist.

2. Ungeachtet dessen feiert er Urständ unter den extremen Bedingungen postkommunistischer Übergangsgesellschaften, gekennzeichnet von der Verarmung vieler, dem Verlust vertrauter sozialer Strukturen und bisher als selbstverständlich geltender Orientierungen sowie dem Zerfall ganzer Staatswesen. Die revolutionären Höhenflüge der Freiheit vom Herbst 1989 in Osteuropa und der Jubel über das Scheitern des Moskauer Putsches im August 1991 sind nachrevolutionärem Katzenjammer gewichen. Der in seiner Komplexität unübersichtliche Übergang vom sowjetischen System zu Demokratie und Marktwirtschaft, der den Betroffenen abermals Entbehrungen und Opfer zumutet, bildet einen fruchtbaren Boden für Weltbilder mit einfachen und eingängigen Scheidungen in Freund und Feind. Dem Nationalismus kommt dabei offenkundig eine erstrangige Bedeutung zu.

3. Damit wiederholt sich der aus dem 19. Jahrhundert bekannte politische Funktionswandel des Nationalismus. Dient er im emanzipatorischen Kampf für Freiheit und Demokratie massenwirksam der Mobilisierung, so offenbart er bald seine finstere Kehrseite. Ethnische Zugehörigkeit wird dem grundlegenden demokratischen Prinzip vorgeordnet, das dem Individuum ungeachtet seiner Herkunft Menschenrechte zuschreibt. An die Stelle republikanischer Freiheit der Staatsbürger treten scheinbar natürliche Größen wie Sprache und Volkszugehörigkeit.

4. Der 1989 angebrochene Völkerfrühling erinnert an ältere Versuche, in Mittel- und Osteuropa eine stabile nationalstaatliche Ordnung zu errichten, an 1848 und v.a. 1919. Verstrickte sich schon die Paulskirche in der schwierigen Frage, wie die deutsche Nation (v.a. gegenüber Polen und den Völkern der Habsburgermonarchie) abzugrenzen sei, so bargen auch die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen neuen Nationalstaaten brisante nationalistische Konfliktpotentiale. Das scheint sich nun zu wiederholen, weshalb der frühere amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski den im Osten vielzitierten Slogan "Rückkehr nach Europa" auf die bange Frage zuspitzte: "nach Straßburg oder nach Sarajewo?"

5. Manche der in der politischen Öffentlichkeit ständig wiederkehrenden Erklärungen für die Renaissance des Nationalismus tragen genau besehen nicht. Sie sind selber in hohem Maße erklärungsbedürftig. Weder erzeugt ethnische Heterogenität eo ipso nationalistische Konflikte, noch gehören diese zu gesellschaftlicher Rückständigkeit. Die Vorstellung, der Parteikommunismus habe die nationalen Konflikte gleichsam auf Eis gelegt, sein Ende bringe sie nun naturwüchsig wieder in Fluß, ist in mancher Hinsicht falsch. Auch lassen sich, wie der Zerfall der Sowjetunion lehrt, demokratisch-revolutionäre Bewegung und Nationalismus nicht säuberlich scheiden. Unstrittig ist der Nationalismus ein Machtinstrument

II

für altgediente Parteifunktionäre - doch warum zugleich das einigende Band der Opposition?

6. Wenn nicht auf einen einfachen Nenner zu bringen ist, warum die postkommunistischen Gesellschaften zum Tollhaus des Nationalismus geworden sind, so lassen sich doch einige Gründe dafür nennen. In Stichworten:

6.1. Dem radikalen Liberalismus im 19. Jahrhundert vergleichbar, wurde die Idee der Nation zum Bezugspunkt der Forderungen nach Demokratie und Emanzipation, der Nationalismus zur politischen Mobilisierungsressource gegen das Ancien Régime. Zugleich liegt in der integralen Versuchung seine politische Ambivalenz.

6.2. Das Ende der Kommunistischen Parteien hat die Gesellschaften enthauptet, ohne daß eine bürgerliche Gesellschaft auch nur in Sicht wäre. Der politische Machtwechsel hängt in der Luft, und der auf einfache, scheinbar eindeutige Kategorien wie Verwandtschaft, Herkunft oder Sprache rekurrierende Nationalismus verheißt rasch neuen Zusammenhalt. Daß er bloß imaginiert ist, tut der Wirkung keinen Abbruch.

6.3. Was jetzt aufbricht, ist auch ein Ergebnis nachholender Entwicklung, hat doch die sowjetische Zwangsindustrialisierung, verbunden mit Alphabetisierung, Urbanisierung und Bildungszugang, vielerorts die Voraussetzungen für den modernen Nationalismus erst geschaffen.

6.4. Daß Propaganda, parteiamtliche Wahrheit und Zensur politische Öffentlichkeit ersetzt haben, begünstigt das Gerücht. Es reduziert, verstärkt durch die Nachwirkungen parteikommunistischer Kampfrhetorik, gesellschaftliche Komplexität auf Deutungen aus der Alltagserfahrung und auf organozistische Muster.

6.5. Der Nationalismus macht Sündenböcke für das eigene Elend aus, sein Gemeinschaftsbewußtsein bietet Trost für erlittene Schmach.

6.6. Die Diskreditierung alles Gesellschaftlichen im totalitären System verleiht der suggestiven nationalistischen Präention Attraktivität, mit Naturkategorien auszukommen.

6.7. Die Volksgemeinschaft hat eine Entsorgungsfunktion, sie fragt nicht nach Tätern und Opfern von gestern.

6.8. Die Beschwörung von vergangener nationaler Größe, Mythen und Gemeinschaft vermag auch antiwestliche Ressentiments zu transportieren.

6.9. Ungewollt fördert das EG-Konzept einer stufenweisen Aufnahme Osteuropas dort die Desintegration.

6.10. In der Legitimationskrise, ja dem Zerfall staatlicher Autorität und militärischer Disziplin überhaupt enthemmt sich die Gewaltbereitschaft. Erscheinungen segmentierter Gewalt, mit den Freikorps in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg zu vergleichen, sind allgegenwärtig. Man bedient sich ungeniert aus den gigantischen Arsenalen der sich auflösenden Armee. In allen Volksgruppenkriegen verschränken sich staatliche Gewalt und das Agieren gut bewaffneter Freischärler, Marodeure und Banden unentwerrbar.

7. In der Visegrad-Gruppe zeigt sich der Zwiespalt zwischen dem Streben nach Straßburg und nationalistischen Versuchungen exemplarisch.

7.1. Nachdem in der Tschechoslowakei die nationale Frage lange die Demokratisierung gehemmt hat, ist nun die Trennung beschlossen. Zwar erfolgt sie bisher schiedlich-

friedlich, doch wird die Volksbefragung vermieden und damit der politische Souverän umgangen. Daß die slowakische Parlamentsmehrheit sich der Forderung der ungarischen Minderheit nach Gleichberechtigung beharrlich widersetzt, wirft einen Schatten auf den künftig souveränen Staat.

7.2. **Polen** zeigt die Gefahren, die den postkommunistischen Demokratien aus dem nationalistischen Populismus erwachsen können. In dem parteipolitisch extrem zersplitterten Land treten nicht nur die Rechten mit Antisemitismus und antidemokratisch-autoritärer Rhetorik hervor, auch der Populismus des charismatischen, Pilsudski verehrenden Präsidenten scheut nicht davor zurück.

7.3. Auch in **Ungarn** werden liberale Demokratie und politische Toleranz von nationalistisch-autoritären Tendenzen bedroht, die vergangene magyarische Größe beschwören und die Zwischenkriegszeit umwerten. Ob sie obsiegen, hängt nicht nur von der Wirtschaft, sondern auch vom Schicksal der ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten ab.

8. Die Entwicklung der Länder Südosteuropas wird überschattet von neu aufgebrochenen, uralten Auseinandersetzungen zwischen christlicher und islamischer Welt; außerdem droht der Bürgerkrieg im zerfallenen Jugoslawien die angrenzenden Staaten zu involvieren.

8.1. **Bulgarien** erscheint seit dem Machtwechsel vom Oktober 1991 als ruhige Insel auf dem Balkan. Brisant ist, daß die Regierung Dimitrow von der Partei der türkischen Minderheit abhängt. Auch markige Rhetorik aus Ankara, die Türkei sei die natürliche Schutzmacht aller Muslime auf dem Balkan, schürt die Emotionen. Viel gravierender ist, daß mit dem Zerfall Jugoslawiens der alte Streit wieder neu entfacht wird, was die Mazedonier, die lange als "Bulgaren" galten, sind. Eine mögliche Destabilisierung der international gleichsam in der Luft hängenden Republik Mazedonien enthält ein kriegsträchtiges Potential, das den bisher auf die ehemaligen jugoslawischen Republiken beschränkten Krieg zu einem neuen Balkankrieg ausweiten könnte.

8.2. In **Rumänien** wird die nationalistische Regierung von Ultranationalisten bedrängt, die "großrumänische" Ambitionen mit aggressivem Haß auf alle Minderheiten verbinden, denen Bukarest das Leben ohnehin schwer macht. Ebenso wie Moldowa, das die Vereinigung mit Rumänien anstrebt, widersetzt sich auch Rumänien der Sezession der umkämpften, als selbständig proklamierten "Dnjestr-Republik". Diese entwickelt sich zum Testfall.

8.3. Seit dem Machtwechsel im März 1992 kümmert sich **Albanien** stärker um die albanischen Minderheiten im Ausland. Konflikte mit Mazedonien und auch mit Griechenland sind nicht auszuschließen. Weitaus bedrohlicher ist die explosive Lage im **Kosovo**. Dort wird die albanische Bevölkerungsmehrheit von 90% mit blutigem Terror von **Serbien** unterdrückt. Rechtsradikale serbische Nationalisten haben zur Vertreibung aufgerufen. Weitet sich der Krieg im ehemaligen Jugoslawien auf das Kosovo aus, würde Albanien fast unweigerlich hineingezogen, was eine Kettenreaktion auslösen könnte.

8.4. Im September 1991 wurde die Souveränität **Litauens, Estlands und Lettlands** von der UdSSR anerkannt, wenige Tage später wurden sie Mitglieder in KSZE und UNO. Die drei baltischen Staaten zeigen den politischen Funktionswandel des Nationalismus: Beschleunigte er zunächst den Kampf für Perestrojka und Demokratie, so treten heute illiberale Züge eines integralen Nationalismus hervor.

9. An die Stelle der unter dem Druck zentrifugaler Kräfte überstürzt aufgelösten Sowjetunion ist die GUS getreten. Ob sie, ein unklares Provisorium, zur Stabilität unter den Nachfolgestaten der UdSSR beitragen kann, ist noch nicht ausgemacht. Auch deutet manches darauf hin, daß der staatliche Zerbröckelungsprozeß weitergeht. Um einige Grenzen der aus den alten Sowjetrepubliken hervorgegangenen neuen Nationalstaaten wird gekämpft. Weil aber alle diese Grenzen willkürlich und umstritten sind, droht jede Grenzveränderung ein politisches Erdbeben auszulösen.

9.1. Die "Russische Föderation - Rußland" bleibt ein empfindliches Gebilde. Dem Autonomiestreben der Minderheiten begegnet Moskau mit einer Mischung aus Föderalisierung und großrussischen Drohungen. Präsident Jelzin, spätestens seit dem Putsch die Verkörperung des mutigen demokratischen Rußland und zugleich chauvinistischer Grobheiten, steht politisch unter wachsendem Druck, seit sich im April Altkommunisten mit Chauvinisten und Großrussen zur "braun-roten Koalition" verbündet haben. Daß ausgerechnet Jelzins Stellvertreter Ruzkoj, der im Sezessionskrieg am Dnjestr großrussisches Öl ins Feuer gießt, im Juni zum Sonderbeauftragten für Moldowa und Südossetien ernannt wurde, verheißt nichts Gutes.

9.2. Mit der Ukraine hat Europa Ende 1991 einen neuen Großstaat bekommen. Nach der langen historischen Verbindung bedeutet das für Rußland einen herben Verlust, während die Ukraine um so dezidiierter ihre Eigenständigkeit gegen Rußland und GUS demonstriert. Um die strategischen Atomwaffen, um die Schwarzmeerflotte sowie um die Krim kommt es zum permanenten Konflikt, der die Ebene der Symbolik verlassen könnte.

9.3. In Moldowa tobt der bisher gefährlichste nationalistische Konflikt, bei dem auch Russen beteiligt sind. In der "Dnjestr-Republik" scheint jenes "braun-rote" Bündnis bereits zu funktionieren, das viele für Moskau voraussagen. Der Krieg könnte zu einem Brandherd für eine "Jugoslawisierung" der GUS werden.

9.4. Nationalistisch-totalitäre Risiken offenbaren sich in Georgien, ebenso das Janusgesicht des Nationalismus, der die eigene Emanzipation von Moskau mit der Unterdrückung der eigenen nationalen Minoritäten verbindet. Der Staatsrat, der seit dem blutigen Aufstand gegen Gamsachurdia das Land regiert, vermochte es nicht zu pazifizieren. Seit der militärischen Besetzung Abchasiens interveniert die "Konföderation Kaukasischer Bergvölker" mit Freiwilligen.

9.5. Der Krieg zwischen Armeniern und Aseris ist der älteste militärisch ausgetragene nationale Konflikt in der ehemaligen Sowjetunion. Seit Armenien einen Landkorridor nach Berg-Karabach erobert hat und es auch in der aserbajdschanischen Exklave Nachitschewan zu Scharmützeln kam, drohen alte historische Konflikte zwischen der Türkei und Rußland wiederzukehren.

9.6. Kasachstan und die mittelasiatischen Republiken werden in dieser Studie nur am Rande thematisiert. Wie es scheint, hat sich hier, wo die staatliche Souveränität überraschend kam, bisher an den alten, von Clans und Klientelen geprägten Machtstrukturen nur wenig geändert. Die unzähligen Konfliktkonstellationen und Auseinandersetzungen im ehemaligen "sowjetischen Hängebauch" sind nicht im modernen Sinne nationalistisch, - das macht sie nicht harmloser.

10. Abgesehen von seiner Gewalt, haftet dem wiederkehrenden Nationalismus etwas Beunruhigendes an, weil er uns vertraute politische Deutungsmuster in Frage stellt. So nö-

tig es ist, den Nationalismus einzuhegen, so gering sind, nüchtern besehen, die Möglichkeiten, das von außen durch Einbindung der neuen Nationalstaaten in die transnationalen europäischen Institutionen zu tun. Eine solche Einbindung stößt auf die Schwierigkeit, daß ihre normativen Postulate auf einer wirtschaftlichen Grundlage beruhen, die im Osten kurzfristig nicht erreicht wird. Ein anderer Aspekt ist, daß sich das nationale Selbstbestimmungsrecht nicht verabsolutieren läßt. Die Freiheit des Individuums unabhängig von seiner ethnischen Zugehörigkeit bleibt ihm vorgeordnet. Doch verweist das nicht auf den sprichwörtlichen Balken im eigenen Auge?

Inhalt

Einleitung

1.	Die Wiederkehr des Nationalismus bringt Bürgerkrieg und Krieg nach Europa zurück	5
2.	Gründe für die Renaissance des Nationalismus	11
2.1.	Zur Kritik einiger landläufiger Erklärungsansätze	11
2.2.	Überlegungen zu den besonderen Ursachen	14
3.	Nationalismus, nationale Konflikte und neue Nationalstaaten im früher monolithischen Realsozialismus	20
3.1.	Der Nationalismus hemmt die Demokratisierung in Osteuropa	20
3.1.1.	Der Visegrad-Dreibund: Zwischen EG-Anschluß und nationalistischem Autoritarismus	20
3.1.2.	Südosteuropa vor einem neuen Balkankrieg?	26
3.1.3.	Spannungen zwischen Demokratie und Nationalismus in den baltischen Staaten	32
3.2.	Staatenbildende Potenz und kriegsträchtige Gewalt des Nationalismus in der ehemaligen Sowjetunion	33
3.2.1.	Von der UdSSR zum ungeklärten Provisorium GUS	34
3.2.2.	Rußland zwischen Föderalisierung und Chauvinismus	37
3.2.3.	Ukraine und Rußland - der permanente Konflikt	41
3.2.4.	Bürgerkrieg mit Interventionsrisiko in Moldowa	43
3.2.5.	Der "kaukasische Teufelskreis"	44
3.2.6.	Kasachstan und die mittelasiatischen Republiken	48
4.	Düstere Perspektiven und schwierige Aufgaben	50

"Wohin treiben diese Länder? Kehren sie wirklich nach Europa zurück, oder eher zur alten Welt der populistischen Diktaturen, der Stammeskonflikte, der permanenten Destabilisierung?"

Adam Michnik

"Einen Menschen a priori, nicht als einzelnen, als Person, sondern generell und vornehmlich als Deutschen, Neger, Juden, Fremden oder Welschen zu behandeln, ohne daß man schon die Erfahrungen hätte, er ermangele eigenen Urteils und verdiene nicht, für sich selbst zu gelten, ist barbarisch."

Max Horkheimer (1)

Einleitung

Dieser Report ist aus meinem Beitrag für das diesjährige Friedensgutachten hervorgegangen: "Sprengsatz Nationalismus. Gefährdete Demokratien im postkommunistischen Osteuropa".⁽²⁾ Damit waren alle ehemals kommunistischen Staaten in Europa außer der DDR und der früheren Sowjetunion gemeint - der Arbeitsteilung des Gutachtens ebenso entsprechend wie dem lange gängigen politischen Sprachgebrauch. Hier nun geht es um die vielschichtig schillernde Renaissance des Nationalismus im gesamten früheren "sozialistischen Lager" sowjetischer Prägung, mit Schwerpunkt in Europa. Ungleich stärker erweist sich der Nationalismus in den zerbröckelten Vielvölkerstaaten Jugoslawien und Sowjetunion sowie in ihren Nachfolgestaaten als Sprengsatz. Die UdSSR zerfiel vor einem Jahr entlang der bisherigen Republikgrenzen in 15 eigenständige, Souveränität beanspruchende Nationalstaaten, die rasch international anerkannt und in die UNO aufgenommen worden sind; eine Reihe weiterer Unabhängigkeitserklärungen spricht indes dafür, daß der Zerbröckelungsprozeß damit noch nicht an sein Ende gelangt ist.⁽³⁾ Jugoslawien ist in mehrere Staaten auseinandergebrochen, von denen bisher vier Anerkennung und Aufnahme in die Vereinten Natio-

(1) Adam Michnik, *Der lange Abschied vom Kommunismus*, Reinbek 1992, S. 99; das Zitat von Max Horkheimer stammt aus dem Jahre 1961, *Gesammelte Schriften*, hrsgg. von Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr, Bd. 8, Frankfurt a.M. 1985, S. 191 f.

(2) Vgl. *Friedensgutachten 1992*, hrsgg. von R. Mutz, G. Krell und H. Wiesmann, Münster-Hamburg 1992, S. 170-181.

(3) Litauen, Estland und Lettland sind bereits am 17. September 1991 der UNO beigetreten. Am 2. März 1992 nahm diese acht weitere Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR auf: Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Moldowa, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Damit haben sich alle ehemaligen Unionsrepubliken binnen weniger Wochen in international souveräne Rechtssubjekte verwandelt - die Ukraine und Weißrußland waren bereits zu Unionszeiten Mitglieder der UNO, Rußland erbte den Unionssitz. Nachzügler war Georgien, das wegen des bürgerkriegsähnlichen Aufstandes nicht im Frühjahr, sondern erst am 31. Juli 1992 als 179. Staat den Vereinten Nationen beitrug.

nen gefunden haben.⁽⁴⁾ Schließlich teilt sich jetzt auch die Tschechoslowakei, nachdem das Parlament in Bratislava in Erfüllung "tausendjähriger Bemühungen der slowakischen Nation um nationale Selbständigkeit"⁽⁵⁾ im Juli die Souveränität erklärt hat und Präsident Vaclav Havel zurückgetreten ist, in zwei souveräne Staaten.

Nun ist der Nationalismus ein weites Feld. Was überhaupt darunter zu verstehen sei, ist in hohem Maße strittig, ähnlich wie der Begriff der Nation. Unzählige theoretische und definitorische Anstrengungen haben bis heute keine Einhelligkeit zu erzeugen vermocht. Umgekehrt "besteht weitgehende Einigkeit (...) darin, daß man eine verbindliche und allgemein akzeptierte Definition beider Begriffe nicht finden kann."⁽⁶⁾

Doch hat sich die Rede von dem Nationalismus trotz - oder gerade wegen - seiner vielgestaltig schillernden Unbestimmtheit in der politischen Sprache eingebürgert. Die verschiedenen Gestalten der Nationalismen lassen sich nur aus dem konkreten historisch-gesellschaftlichen Kontext erhellen. Auch in den postkommunistischen Gesellschaften äußert sich der Nationalismus in vielfältigen Ausprägungen, Aspekten, Funktionen und Facetten, die sich nicht über einen Kamm scheren lassen. Drei Einschränkungen sind hier vorab zu machen, um keine falschen Erwartungen aufkommen zu lassen.

-
- (4) Am 22. Mai 1992 sind Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina in die UNO aufgenommen worden; das neugegründete Rest-Jugoslawien behielt den Sitz des alten. Die Anerkennung Mazedoniens hat Griechenland bisher zu verhindern vermocht. Hinzu kommen selbsternannte serbische "Staaten" in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, wo auch die Kroaten einen eigenen "Staat" proklamiert haben. Die Albaner im Kosovo haben sich zu einer eigenen "Republik" ernannt und am 24. Juni 1992 trotz serbischen Verbots eine Art parlamentarischer Wahlen durchgeführt. Auch im Westen Mazedoniens ist eine albanische "Republik" ausgerufen worden.
- (5) Zit. n. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) v. 18.7.1992. - Daß die Slowakei seit tausend Jahren nach einem eigenen Nationalstaat strebe, ist ein historischer Wahrheit spottender Unfug. Es gehört nicht viel kritischer Verstand dazu, ihn als ideologisches Konstrukt zu durchschauen. Daß freilich seine Wirkungskraft von dieser kritischen Einsicht kaum erschüttert wird, das ist das Problem des Nationalismus! - Schon 1758 verspottete der Schweizer Arzt und Aufklärer Johann Georg Zimmermann in einer Broschüre Über den Nationalstolz. Über die Herkunft der Vorurteile gegenüber anderen Menschen und anderen Völkern das eigenartige Bestreben jedes Nationalismus, die eigenen Wurzeln möglichst weit in die Vergangenheit zurückzuverlegen: "Jenen leeren Raum jenseits der Denkmale der wahren Herkunft einer Nation hat die Eitelkeit der Menschen immer mit Fabeln angefüllt, die ihr Altertum nach Wohlgefallen in die Vorwelt hinaussetzten, um durch dieses ihren Glanz zu erhöhen." (Reprint nach der Ausgabe von 1768, Zürich 1980, S. 42)
- (6) So das Historische Wörterbuch der Philosophie, hrsg. von J. Ritter und K. Gründer, Bd. 6, Basel-Darmstadt 1984, S. 411. - Eric J. Hobsbawm hat diesen in der Fachliteratur inzwischen weithin anerkannten Sachverhalt in ein hübsches Bild gefaßt: Die Kriterien zur Definition einer Nation, schreibt er in Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a.M. 1991, S. 16, seien so "verschwommen, wandelbar und mehrdeutig und als Anhaltspunkte zur Orientierung ebenso nutzlos wie Wolkenformationen zur Orientierung von Reisenden." (S.16) Vgl. dazu auch meine Überlegungen Der neu aufbrechende Nationalismus in Europa als Bedrohung für Stabilität und Frieden, in: A. Güssgen und R. Schlaga, Hg., Chancen und Probleme einer europäischen Friedensordnung, Frankfurt-Wiesbaden 1992, S. 51-69.

Zum einen wird hier jenes Land nicht analysiert, wo der letzte Halt überkommener, einst innerstaatlicher Grenzen längst verloren ist und die Volksgruppen ihren Haß und ihre territorialen Ansprüche mit unaufhaltsam scheinender Gewalt, gezieltem Terror, Annexions- und Vertreibungspraktiken ausagieren: Jugoslawien oder vielmehr das ehemalige Jugoslawien. Schätzungen zufolge beläuft sich die vorläufige Bilanz auf mehr als 50.000 Tote, ein Vielfaches an Verletzten sowie auf zwei bis drei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Ein Ende des Schlachtens und der barbarischen Praktiken "ethnischer Säuberungen" scheint nicht abzusehen. Spätestens nach dem Blutbad von Ende Mai 1992, als in Sarajewo gezielt auf Schlange stehende Zivilbevölkerung mit Artillerie gefeuert und mit Phosphorgranaten verhindert wurde, daß die schrecklich Verstümmelten in Krankenhäuser gebracht werden konnten, beschleicht eine entsetzte und hilflose Weltöffentlichkeit die Ahnung, das Ende des Jahrhunderts könnte seinem Anfang ähneln. Ohnmächtig werden wir zu Zeugen dessen, wie die vielgelobten Institutionen, Organisationen und Mechanismen der europäischen Konfliktverhütung und -beilegung versagen, ja verhöhnt und damit politisch ausgehöhlt werden. Jedenfalls besitzt das alte europäische Schreckgespenst von der drohenden "Balkanisierung" seit dem Sommer 1991 eine neue Bedeutung. Als Menetekel für eine Entwicklung, die künftig auch anderen Staaten im Osten droht, wenn sie nicht bereits begonnen hat, ist Jugoslawien implizite in diese Darstellung eingegangen.

Zum andern liegt hier das Augenmerk auf den akuten Konflikt- und Kriegsherden, was eine gewisse Einseitigkeit der Betrachtung bewirkt haben mag. Das liegt ein Stück weit in der Natur des Gegenstandes - seit je sorgt der scheinbar universelle Nationalismus dort für Aufsehen, wo er innergesellschaftliche und zwischenstaatliche Gewalt birgt und erzeugt. Das verzerrt das Bild. Der britische Sozialwissenschaftler Ernest Gellner hat als eigenartige "Schwäche" des Nationalismus ausgemacht, daß von den rund 8.000 verschiedenen Sprachen und Ethnien, die es Schätzungen zufolge auf der Welt gibt, nur ein verschwindend geringer Prozentsatz nach einem eigenen nationalen Staate strebt.⁽⁷⁾

Schließlich halten die im zweiten Kapitel angestellten Reflexionen zu der Frage, warum sich die ehemals realsozialistischen Gesellschaften dem Nationalismus gegenüber als besonders anfällig entpuppen, manche der in Publizistik und Wissenschaft geläufigen Erklärungsansätze für ungenügend und für selber in hohem Maße erklärungsbedürftig. Auch meine Überlegungen verstehen sich als vorläufig und hypothetisch, Teil weiterer Forschung zur Ergründung der *differentia specifica* des Nationalismus in postkommunistischen Gesellschaften. Außerdem sind sie hier mit dem deskriptiv-empirischen Überblick über die akuten nationalistischen Konfliktherde im Osten nur unzureichend vermittelt.

(7) Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991, S. 69 f. - Sadako Ogata, Leiterin des Genfer UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge, nannte die Zahl von etwa 3.000 Völkern (Interview im "Spiegel", 9.12.1991, S. 222). Unbeschadet dessen, welche Zahl präziser ist, macht die Relation eins deutlich: Anders als man zumal in Deutschland gemeinhin zu glauben geneigt ist, stellt in der heutigen weltpolitischen Realität nicht die Übereinstimmung von Ethnie und Staat die Normalität dar, sondern der aus mehreren Ethnien bestehende Staat. Um es zu pointieren: Nicht die Schweiz ist die Ausnahme, sondern Deutschland!

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der HSFK für vielfältige Kritik und Anregung. Ihr seit dem weltgeschichtlichen Epochenjahr 1989 vielfach artikulierter Optimismus - hinsichtlich Friedensdividende, integrationsfördernder Einbettung Deutschlands oder überwundenem Nationalismus im EG-Europa - vermochte manche meiner Zweifel und Einwände nicht zu beseitigen. Diese entspringen keineswegs einer skeptischen Geisteshaltung, sondern der Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Katastrophen dieses Jahrhunderts und dem von mir lange nur zögernd und widerstrebend akzeptierten Verlust aller, auch der uneingestanden Resten geschichtsphilosophischen Denkens.⁽⁸⁾ Fehltritte habe ich allein zu verantworten.

Das Manuskript wurde am 3. September 1992 abgeschlossen.

(8) Vgl. dazu meine Studie **Die internationale Politik der italienischen Kommunisten**, Frankfurt a.M. 1988, die den mühsam gewundenen und langwierigen Emanzipationsprozeß der größten und interessantesten kommunistischen Partei des Westens aus der Moskauer Vorherrschaft mit viel Empathie rekonstruiert. Nicht zuletzt eigene geschichtsphilosophische Erwartungen, mögen sie auch unausgesprochen geblieben sein, nährten die Sympathie für die allzu bedächtige Selbstveränderung der KPI. - Vgl. zur Kritik geschichtsphilosophischer Annahmen auch meinen Beitrag in dem von Dan Diner herausgegebenen Band **Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz**, Frankfurt a.M. 1988, S. 69-87.

1. Die Wiederkehr des Nationalismus bringt Bürgerkrieg und Krieg nach Europa zurück

Manche Beobachter zogen aus den antikommunistischen Revolutionen von 1989 den Schluß, nun beginne in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie und des Friedens. Die Prognose war weit verbreitet, nach der Implosion des "realen Sozialismus" werde es binnen kurzem "vom Atlantik bis zum Ural nur noch demokratische Rechtsstaaten geben"⁽⁹⁾, womit der Weg für eine "Struktur dauerhaften Friedens" in Europa geebnet sei: "Der Übergang aus der derzeitigen, auf Militärallianzen aufbauenden Sicherheitsstruktur zu einem voll funktionierenden Europäischen System kollektiver Sicherheit wird in etwa ein knappes Jahrzehnt dauern"⁽¹⁰⁾; neue Institutionen zur friedlichen Streitbeilegung und "therapeutischen Konfliktregelung" würden in Kürze den Einsatz traditioneller militärischer Machtmittel vollends delegitimieren und erübrigen.⁽¹¹⁾ Andere feierten den Triumph der liberalen Demokratie über den sogenannten realen Sozialismus gar in geschichtsphilosophischer Hypostasierung als nichts weniger als "das Ende der Geschichte".⁽¹²⁾

Inzwischen hat die geschichtliche Realität uns eines Schlechteren belehrt und solche Deutungen vom Ende des Ost-West-Konflikts als naiv-optimistisches Wunschdenken blamiert. Saddam Husseins Annexion Kuwaits im Herbst 1990 ließ die Welt unversehens gewahr werden, daß die internationale Staatenordnung auch nach dem Ende des machtpolitischen Bipolarismus auf prekären Fundamenten steht und daß der vielgeschmähte Ost-West-Gegensatz mit seiner tendenziell globalen Dimension auch eine partikulare Interessen einebnende, Konflikte eindämmende, Gewalt und Kriegsbereitschaft einhegende Funktion besaß. Außerdem sind mittlerweile die gigantischen ökonomischen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten zutage getreten, die der präzedenzlose Versuch mit sich bringt, die zentralistisch-etatistischen Kommandowirtschaften in "normale" bürgerliche Gesellschaften zu transformieren. Selbst in der ehemaligen DDR, wo die reiche Bundesrepublik die Systemveränderung mit

(9) Dieter Senghaas, *Die Neugestaltung Europas. Perspektiven und Handlungsangebote*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26.4.1991, S. 12.

(10) Ders., *Europa 2.000. Ein Friedensplan*, Frankfurt a.M. 1990, S. 42 f.(hervorgeh. i.Orig.)

(11) *Ibid.*, S. 87. - Es geht hier nicht um die Kritik an Dieter Senghaas, dessen neues Buch *Friedensprojekt Europa* (Frankfurt a.M. 1992) weit bedächtiger argumentiert und die Euphorie von 1990 expressis verbis relativiert. Vielmehr stand er mit seiner angeführten Deutung der Zäsur von 1989/90 für den auf den Ost-West-Konflikt fixierten und eingeschworenen main stream in der bundesdeutschen Friedensforschung und Politikwissenschaft. Wer seinerzeit den vorherrschenden Optimismus in Frage stellte, setzte sich einem Begründungszwang aus oder gar dem Argwohn, dem Bipolarismus und insgeheim dem "realen Sozialismus" nachzutruern, wenn seine Einwände nicht gar als "konservativer Pessimismus" abgetan wurden (so Ekkehart Krippendorff zu meinem Beitrag im *Friedensbericht 1992: Das Kriegsjahr 1991: unsere Zukunft?*, "Dialog", Wien 1992, S. 196).

(12) Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992. - Die Inkonsistenz, daß der Autor den Triumphalismus seines im Sommer 1989 veröffentlichten Aufsatzes gleichen Namens, der weltweite Beachtung fand (*The End of History?*, in: *The National Interest* 16/1989, S. 3-18), im ersten Teil des Buches wiederholt, im zweiten dagegen wieder zurücknimmt, sei nur am Rande erwähnt.

ihrem "schlüsselfertigen" Modell betreibt und finanziert, weshalb dort der Abbau der Industrieproduktion Hand in Hand geht mit zweistellig gewachsenen Durchschnittseinkommen (13), stellt sich der Anschluß als unendlich viel mühsamer und langwieriger heraus, als ihre Akteure ursprünglich erwartet und den Wählern verheißen hatten. Das mag ein Licht auf die materielle Notlage in den anderen ehemals "realsozialistischen" Ländern werfen, die sich aus eigener Kraft zu verwandeln haben - eine Notlage, die wir, zutiefst geprägt von den Erfahrungen des "Wirtschaftswunders", uns kaum vorzustellen vermögen.

Dem Gewinn individueller Freiheit und den Konsumverheißungen folgten die harten ökonomischen Realitäten auf dem Fuß. Rapid sinkender Lebensstandard für die überwältigende Mehrheit, Verelendung, Arbeitslosigkeit und soziale Ungewißheit, galoppierende Inflation, Zusammenbruch bisheriger Produktions- und Distributionsprozesse, Verlust sämtlicher vertrauten sozialen Strukturen und als selbstverständlich geltender Orientierungen, ja Zerfall ganzer Staatswesen erzeugen eine brisante soziale und politische Unzufriedenheit. Die Stimmung ist umgeschlagen. Die revolutionären Höhenflüge der Freiheit vom Herbst 1989 in Osteuropa und der Jubel vom August 1991 über die gescheiterten Putschisten in der Sowjetunion sind verflogen und allerorten, mit Leszek Kolakowski zu reden, einem "nachrevolutionären Katzenjammer"(14) gewichen. In den postkommunistischen Übergangsgesellschaften, wie man sie in ironischer Anspielung auf einen marxistischen Terminus nennen kann, haben die Menschen der früher realsozialistischen Gesellschaften jenes "Tal der Tränen" betreten, das bisher noch auf jede erfolgreiche Revolution folgte.(15) Großer Beliebtheit erfreut sich bei ihnen ein Witz, dessen Sarkasmus die sich auftürmenden Schwierigkeiten bei der Umstellung auf die kapitalistische Marktwirtschaft treffend charakterisiert: Wie der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gezeigt habe, könne man zwar aus einem Aquarium eine Fischsuppe machen - doch wisse niemand, wie diese nun wieder in ein Aquarium zu verwandeln sei. In der Tat haftet allen unterschiedlichen Strategien, Rezepten und "Schocktherapien" der Makel an, daß sie kurzfristig keine Linderung und Besserung zu erzeugen vermögen.

Zur materiellen Misere gesellt sich, vielleicht noch schlimmer, die ideelle, nämlich die für viele geradezu traumatische Erfahrung vollständigen Scheiterns eines Gesellschaftssystems und der Vergeblichkeit aller Anstrengungen und Opfer. Dieses Trauma wiegt dort schwer, wo die Verheißung sozialer Gleichheit und der Versuch einer gesellschaftspolitischen Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft und zur bloß politischen Gleichheit und Demokratie einst viele Anhänger hatte, sich jedenfalls nicht allein auf die Bajonette der Roten Armee stützte.

(13) Hans-Joachim Spanger, *Towards a European Economic Space? The Political Changes in the East as a Challenge to the West*, in: V. Baranovsky, H.-J. Spanger, eds., *In From the Cold? Germany, Russia, and the Future of Europe*, Boulder, Colorado 1992, S. 305.

(14) Leszek Kolakowski, *Ungelöste Geschichte. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus*, in: *Neue Zürcher Zeitung* 14.2.1992.

(15) Ralf Dahrendorf, *Müssen Revolutionen scheitern?*, in: *Transit. Europäische Revue*, Heft 3/1991/92, S. 15. - Das ganze Heft steht unter dem Titel "Die Mühen der Ebene".

Durch das Ausmaß der materiellen und geistigen Krise stößt die ohnehin arg strapazierte Leidensbereitschaft und -fähigkeit breiter Bevölkerungskreise an eine Grenze, jenseits derer sich Enttäuschungen, ohnmächtige Wut und Aggressionen in Minderheitenverfolgungen, Revolten und Aufständen entladen. Soziale Umgestaltung und Demokratisierung geraten dadurch in ein prekäres Stadium mit ganz und gar ungewissem Ausgang. Zwar drängen die neuen politischen Führungen in den binnen weniger Monate von 34 auf 51 gewachsenen Mitgliedstaaten der KSZE entschieden in das Europa der Europäischen Gemeinschaft. Doch daß sich die Idee der europäischen Integration in Osteuropa einer ungebremsten Attraktivität erfreut, ist das eine - die zumindest mittelfristig unüberbrückbare Kluft zwischen den großen Hoffnungen und den bitteren sozialen und ökonomischen Realitäten dort ist das andere. Da diese Kluft aber nur in einer in Jahrzehnten, wenn nicht gar in Generationen rechnenden Perspektive zu überbrücken ist, birgt sie die Möglichkeit von Rückschlägen, Regressionen und katastrophischen Gewaltausbrüchen. Die Faszination für den reichen Westen könnte rasch in Ablehnung und Haß umschlagen. Denn daß nach der "Sowjetperiode" nun auch der Übergang zu Kapitalismus und Demokratie wiederum vor allem Entbehrungen und Opfer erheischt, will den Betroffenen nicht einleuchten. Die unübersichtliche soziale Komplexität dieses Übergangs bildet einen fruchtbaren Boden für Weltanschauungen, die mit einfachen, eingängigen Scheidungen von Freund und Feind auskommen. Dem Nationalismus kommt dabei offenkundig erstrangige Bedeutung zu.

Fassungslos werden wir zu Zeugen dessen, wie in den meisten postkommunistischen Gesellschaften nationalistischer Haß aufbricht und sich in Gewalt und Terror gegen Minderheiten, in Bürgerkriegen und Kriegen entlädt. Wenn nicht alles täuscht, kehrt damit in Europa jener **integrale Nationalismus** mit all seinen repressiven und blutigen Zügen wieder, der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die liberale und demokratische Nationalbewegung verdrängt hatte.⁽¹⁶⁾ Der aus dem 19. Jahrhundert bekannte **politische Funktionswandel des Nationalismus** scheint sich damit zu wiederholen.⁽¹⁷⁾ Dient er im emanzipatorischen Kampf für Freiheit und Demokratie als massenwirksamstes Mobilisierungsvehikel, so offenbart er bald seine finstere Kehrseite: Er ordnet das Kriterium ethnischer Zugehörigkeit dem grundlegenden demokratischen Prinzip vor, das dem Individuum ungeachtet seiner Herkunft Menschenrechte zuschreibt. An die Stelle republikanischer Freiheit tritt in der Tradition Herders

(16) Der "integrale Nationalismus" stammt von Maurice Barrès, ist antiparlamentarisch, antisemitisch und redet einer amoralischen Machtpolitik der großen Nationen das Wort. Vgl. Ernst Robert Curtius, **Maurice Barrès und die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus**, Bonn 1921; ferner Hans Kohn, **Propheten ihrer Völker: Mill, Michelet, Mazzini, Treitschke, Dostojewski. Studien zum Nationalismus des 19. Jahrhundert**, Bern 1948. - Der frühe deutsche Volkstumsnationalismus, etwa bei Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn, nimmt freilich viele Züge dieses "integralen Nationalismus" vorweg: "Dem aus französischer Wurzel hervorgegangenen Nationalismus der Volkssouveränität stand der in Deutschland beheimatete Nationalismus der Volksintegrität gegenüber", pointiert Heinz Gollwitzer in seiner Studie **Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts**, München 1964, S. 173.

(17) Vgl. Hans-Ulrich Wehler, **Wider die falschen Apostel. Der Verfassungs- und Sozialstaat schafft Loyalität und Bürgerstolz**, Die Zeit, 9.11.1990. Vgl. dazu auch Peter Alter, **Der Nationalismus**, Frankfurt a.M. 1991, Eric J. Hobsbawm, **Nationen und Nationalismus, I.c.**, sowie das Kapitel "Mit klingendem Spiel: Nationen und Nationalismus" in Hobsbawms Studie **Das imperiale Zeitalter**, Frankfurt a.M. 1989, S. 181-207.

scheinbare Natur - Herkunft und Volksgemeinschaft. Am kollektiven Elend sind "die anderen" schuld. So erscheint die Vorstellung ethnischer Homogenität - im Grunde, wie Ralf Dahrendorf im Anschluß an Karl Popper polemisch anmerkte, nichts anderes als die regressive "Rückkehr zu den Stämmen"⁽¹⁸⁾ - ungeachtet ihrer in Europa hinterlassenen Blutspur wieder als Zukunftsideal.

Die mit dem Zerfall des "sozialistischen Lagers" und der Sowjetunion teils wieder, teils erstmals errungene nationale Souveränität führt allerorten zur Akzentuierung und Konstruktion nationalgeschichtlicher Kontinuitätslinien. Vorkommunistische Traditionen werden wiederentdeckt und umgewertet, die oft alles andere denn demokratisch sind. Die aktuelle Misere fördert die Suche nach uralten Wurzeln und geschichtlichen Mythen. Träume vom eigenen großen Reich, dem andere, barbarische Völker oder innere Feinde, übel mitgespielt haben, sind im Schwange. Die nationale "Wiedergeburt" führt allenthalben zu einer regelrechten "Okkupation der Vergangenheit im Namen der Nation".⁽¹⁹⁾ Menschen, die seit langem leidlich zusammengelebt haben, verfeinden sich über Nacht, vergleichbar "dem Öffnen einer hundert Jahre alten Haßkonserve".⁽²⁰⁾ Minderheiten werden malträtiert, weil sie "andere" sind. Mitten in Europa offenbart der Nationalismus unversehens ein brachiales

-
- (18) Ralf Dahrendorf, Politik. Eine Kolumne. Europa der Regionen?, in: Merkur 509, Aug. 1991, S. 704. - Die zitierte Stelle aus Karl Poppers Die offene Gesellschaft und ihre Feinde lautet: "Je mehr wir versuchen, zum heroischen Zeitalter der Stammesgemeinschaft zurückzukehren, desto sicherer landen wir bei Inquisition, Geheimpolizei und einem romantisierten Gangstertum". - Vor mehr als hundert Jahren charakterisierte der französische Sozialwissenschaftler Ernest Renan die nationalistische "Archäologie" treffend, die heute wieder Schule macht: "Der Krieg wird kein Ende nehmen, wenn man jetzt nicht die Gewalttaten der Vergangenheit für verjährt erklärt. Lothringen hat einmal zum deutschen Reich gehört, darüber besteht kein Zweifel. Holland, die Schweiz, sogar Italien, bis nach Benevent, gehörten ebenfalls dazu, und wenn man noch weiter in der Geschichte zurückblättert, über den Vertrag von Verdun hinaus, so gehörte auch Frankreich, einschließlich Katalanien, dazu. Das Elsaß ist jetzt, sprachlich und rassisch gesehen, ein deutsches Land; indes, bevor es von den Germanen eingenommen wurde, war es keltisches Gebiet, ebenso wie ein Teil Süddeutschlands. Deshalb werden wir aber nicht daraus herleiten, daß Süddeutschland französisch sein müsse. Ebensowenig aber soll man darauf bestehen, daß Metz und Luxemburg, alten Rechten zufolge, deutsch sind. Niemand kann sagen, wo diese Archäologie einmal aufhört. Fast überall da, wo die hitzigen deutschen Patrioten sich auf ein altes germanisches Recht berufen, könnten wir ein noch älteres keltisches belegen, und vor den Kelten lebten dort, wie man sagt, die Allophylen, die Finnen, die Lappen; und vor den Lappen waren es die Höhlenmenschen und vor den Höhlenmenschen die Orang-Utans. Für eine solche Geschichtsphilosophie gibt es als einziges Recht in der Welt nur das Recht der Orang-Utans, die ungerechterweise von der bösen Zivilisation vertrieben worden sind. Lassen Sie uns die Dinge weniger absolut betrachten und neben dem Recht der Toten ein wenig auch das Recht der Lebenden berücksichtigen." (Brief an David Strauss vom September 1871, zit.n. Denis de Rougemont, Europa vom Mythos zur Realität, München 1961, S. 282)
- (19) So Dietrich Geyer, Das Ende des Sowjetimperiums. Eine historische Betrachtung, Osteuropa 4/1992, S. 299.
- (20) Zoran Djindjic, Jugoslawien. Nationalitäteneintopf scharf gewürzt, in: Transit. Europäische Revue, Heft 1/1990, S. 156. - Zur gegenwärtig zu beobachtenden Schöpfung nationaler Kontinuitäten vgl. auch Steven Beller, Wessen Geschichte eigentlich? Über die Erfindung von Tradition, Transit. Europäische Revue, Heft 2/1991, S. 194-204.

Haß- und Gewaltpotential, das unser von der Fortschrittsidee durchdrungenes Bewußtsein kaum mehr für möglich gehalten hat.

Der 1989 angebrochene Völkerfrühling erinnert an historisch frühere Versuche, in Mittel- und Osteuropa eine stabile nationalstaatliche Ordnung zu errichten, an 1848 und besonders an 1919. Läßt sich das Janusgesicht des modernen Nationalismus bereits bei den Wortführern der sogenannten Befreiungskriege studieren, als der Kampf für Freiheit und Volkssouveränität nach dem Vorbild der Französischen Revolution mit der durch teuschtlumelnde Ideologien aufgeladenen Befreiung vom Joch der "Welschen" einherging,⁽²¹⁾ so zieht es sich durch den Radikalismus des "Vormärz" hindurch,⁽²²⁾ um schließlich in der Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche vollends zutage zu treten. Das Programm, Freiheit und Einheit zu versöhnen, verstrickte sich in der ungemein schwierigen Frage, wie der deutsche Nationalstaat - vor allem gegenüber Polen und den Nationalitäten im Habsburgerreich - abzugrenzen sei. Die Forderungen der Liberalen nach Freiheit und Gleichheit wurden rasch überschattet von ihrem Ruf nach deutscher "Machtpolitik" und "Weltstellung", nach "gesundem Volksegoismus" und Unterordnung anderer "Nationalitätchen".⁽²³⁾ Und im Gefolge des Ersten Weltkriegs hatten die siegreichen westlichen Demokratien das "nationale Selbstbestimmungsrecht" mit realpolitischen Erwägungen so kombiniert, daß aus der Konkursmasse des Osmanischen Reichs und der Habsburgermonarchie zur Eindämmung des revolutionären Rußland ebenso wie der Macht Deutschlands ein *cordon sanitaire* neuer Nationalstaaten entstand. Sie fielen dann dem Raubimperialismus Hitlers und seinem Pakt mit der Sowjetunion zum Opfer, doch waren ihre Demokratien meist schon zuvor an vor allem nationalen Widersprüchen zugrunde gegangen. Wie Hannah Arendt einmal festgestellt hat, "hätte es in dieser Ecke Europas wahrlich nicht Hitlers bedurft, um alle gegen alle zu

-
- (21) Vgl. dazu Otto Dann, *Vernunftfrieden und nationaler Krieg. Der Umbruch im Friedensverhalten des deutschen Bürgertums zu Beginn des 19. Jahrhundert*, in: W. Huber, J. Schwerdtfeger, Hg., *Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus*, Stuttgart 1976, S. 169-224; Johannes Willms, *Nationalismus ohne Nation. Deutsche Geschichte 1789-1914*, 2. Aufl. Frankfurt a.M. 1985, S. 105-129.
- (22) Auf dem Wartburgfest 1817 wurden nicht nur ein Ulanenschnürleib, ein Zopf und ein Korporalstock - Symbole der fürstenherrlichen Reaktion - verbrannt, sondern auch der Code Napoléon! Franzosenhaß überlagerte dessen revolutionären Gehalt (verfassungsmäßig garantierte Grundrechte, Freiheit des Individuums, Gleichheit vor dem Gesetz, rechtliche Gleichstellung aller Religionen und damit die Judenemanzipation). Der junge, revolutionäre Heinrich Heine schrieb seinerzeit bitter: "Obschon ich aber in England ein Radikaler und in Italien ein Carbonari bin, so gehöre ich doch nicht zu den Demagogen in Deutschland, aus dem ganz zufälligen und geringfügigen Grunde, daß bei einem Siege dieser letzteren einige tausend jüdische Häuse, und just die besten, abgeschnitten werden." (hier zit. n. Walter Grab, *Heinrich Heine als politischer Dichter*, 2. Aufl. Frankfurt a.M. 1992, S. 33). - Vgl. dazu die instruktive Studie von Detlev Claussen, *Grenzen der Anerkennung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus*, Frankfurt a.M. 1987, S. 82-112.
- (23) So die Abgeordneten Gustav Droysen, Georg Beseler und Wilhelm Jordan, zit. nach den Aufsätzen von Hans Rothfels und Günter Wollstein in dem von Dieter Langewiesche herausgegebenen Sammelband *Die deutsche Revolution von 1848/49, Wege der Forschung* Bd. 164, Darmstadt 1983, S. 222-257. - Derlei aggressive Töne gegenüber kleinen Nationalitäten waren keineswegs den Liberalen vorbehalten, sondern sind auch bei den Radikalen der Paulskirche zu finden. Vgl. dazu die instruktive Studie von Roman Rosdolsky, *Friedrich Engels und das Problem der "geschichtslosen Völker"*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, IV. Bd., Hannover 1964, S. 87-287.

hetzen" und die in den Pariser Vorortverträgen gezimmerte nationalstaatliche Ordnung zu zerstören.⁽²⁴⁾ Gewiß, die Geschichte wiederholt sich nicht; doch steht keineswegs fest, daß diesmal gelingt, was früher mißlang.

Bisher jedenfalls scheinen wir den aus der Implosion des Realsozialismus und dem Ende des Ost-West-Manichäismus gezogenen Gewinn an Sicherheit mit einem massiven Verlust an Stabilität zu bezahlen. Auf die weitgehend gewaltfreie Entmachtung der parteikommunistischen Diktaturen folgen nun nationalistische Verfeindung sowie unzählige im Namen "nationaler Größe" und historischer Grenzen erhobene Revisionismen. Skeptisch hat deshalb der frühere amerikanische Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski die im Osten vielzitierte Wegbestimmung "Rückkehr nach Europa" mit der bangen Frage versehen: "nach Straßburg oder Sarajewo?"⁽²⁵⁾

Die Alternative mag überspitzt erscheinen. Doch beharrt sie darauf, daß keineswegs feststeht, ob die Integration Europas, wofür Straßburg steht, unter den radikal veränderten globalen Bedingungen⁽²⁶⁾ auch künftig vorankommen wird, oder ob die destruktiven Potenzen des Nationalismus, Hannah Arendt zufolge die europäische Krankheit, abermals triumphieren, gar den Westen anstecken. Nun ist das Sarajewo von 1992 ohne Zweifel nicht dasselbe wie das von 1914, als dort die Lunte an das nationalistisch aufgeheizte Pulverfaß des europäischen Mächtesystems gelegt wurde. Doch wie sehr man sich angesichts des anhaltenden Mordens im ehemaligen Jugoslawien auch bei "einer offenbar bemerkenswerten Eskalationsresistenz"⁽²⁷⁾ beruhigen mag, so wenig ist damit die düstere Aussicht gebannt, daß die Eigendynamik des Nationalismus noch für böse Überraschungen sorgen wird. Besteht etwa jene "Eskalationsresistenz" auch für die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion? Berg-Karabach, Tirgu-Mures, Fergana, Grosny, Tiraspol, Zchinvali und andere bis vor kurzem im Westen unbekannt, exotisch klingende Namen stehen nicht minder als der außer Rand und Band geratende Balkan dafür, daß der Traum vom Ende der Geschichte sich als Alptraum der Wiederkehr einer ihrer finstersten Seiten entpuppt.

(24) Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt-Berlin-Wien 1975, Bd. 2, S. 239. - Vgl. dazu auch Erwin Viehhaus, *Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Eine Studie zur Geschichte des Nationalitätenproblems im 19. und 20. Jahrhundert*, Würzburg 1960.

(25) Zit. nach Augusto Pradetto, *Europa nach der Revolution. Ost und West vor säkularen Herausforderungen*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 31.1.1992, S. 3.

(26) Gemeint ist damit nicht nur die immens schwierige Aufgabe, nun auch Osteuropa - bis wohin? - in den europäischen Einigungsprozeß einzubeziehen, ohne die qualitative Vertiefung zu verlangsamen. Vielmehr haben sich mit dem Zerfall der Sowjetunion, dem relativen Machtzuwachs Westeuropas (und Deutschlands) auf Kosten der USA sowie mit der deutschen Teilung die machtpolitischen Koordinaten grundlegend verschoben, innerhalb derer sich die westeuropäische Integration bisher entwickelt hat. Es muß nicht zu einem Rückfall in das Zeitalter der Nationalstaaten kommen, doch sind die Bedingungen für die europäische Einigung schwieriger geworden.

(27) So die Empfehlungen zum Friedensgutachten 1992, *l.c.*, S. 6.

2. Gründe für die Renaissance des Nationalismus

2.1. Zur Kritik einiger landläufiger Erklärungsansätze

Die Frankfurter Seminarvorstellung von rationaler "herrschaftsfreier Kommunikation", aber auch das in der Friedensforschung nicht selten als *deus ex machina* benutzte Konzept von "Empathie"⁽²⁸⁾ erweist sich im Gespräch - beispielsweise - mit durchaus aufgeklärten Armeniern als hilflos, wenn sie für den Krieg beharrlich den von Natur aus schlechten Charakter der Aserbaidzchaner verantwortlich machen; und von aserbaidzchanischen Naturwissenschaftlern kann man spiegelbildlich verkehrt exakt noch einmal dasselbe hören.⁽²⁹⁾ Schuldzuweisungen und Ursachenanalysen beider Seiten sind gegen jeden argumentierenden Einspruch wasserdicht abgeschottet. Es gehört zum Wesen eskalierter nationalistischer Gegensätze und Konflikte, daß sie sich einem an Interessen und Vertragstradition orientierten rationalistischen Politikverständnis entziehen. Dieter Senghaas unterscheidet "Interessenkonflikte" von "Identitätskonflikten" und ordnet die nationalen diesen zu: zwar sei ihnen eine Tendenz zur emotionalen Aufladung und zur Brutalität eigen, doch gestatte ihre scheinbare Irrationalität den Betroffenen oft, einen "eigenen Lebenssinn" zu finden.⁽³⁰⁾ Damit ist freilich weder für die Frage etwas gewonnen, warum und unter welchen Bedingungen Menschen ihren Lebenssinn ausgerechnet in dem als "nationale Identität" imaginierten Kollektiv suchen, noch für die, wann und warum sich soziale und politische Interessen und Konflikte in "ethnonationale" und "Identitätsfragen"⁽³¹⁾ verwandeln. Offenkundig erfolgt aber das Umschlagen nationaler Abgrenzungen, Vorurteile und Ressentiments in Haß und Gewalt unter spezifischen Bedingungen. Warum triumphiert im "nachrevolutionäre Katzenjammer" gerade der Nationalismus? Bevor ich Gründe und Hintergründe dafür zu bestimmen versuche, seien vier Topoi benannt und kritisch beleuchtet, die landauf,landab immer wieder als Erklärungen angeboten werden.

Großer Beliebtheit zumal in der deutschen Öffentlichkeit erfreut sich die Vorstellung, nationalistische Konflikte gründeten in ethnischer Heterogenität. Von einem auf Volkszugehörigkeit und Sprache begründeten, vorgeblich objektiven Begriff von Nation⁽³²⁾ geprägt, wie

(28) Damit ist nichts gegen Empathie als zentrales Ziel der Friedenspädagogik gesagt, vgl. Norbert Ropers, Vom anderen her denken. Empathie als paradigmatischer Beitrag zur Völkerverständigung, in: Reiner Steinweg und Christian Wellmann, Red., Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität, Friedensanalysen Bd. 24, Frankfurt a.M. 1990, S. 114-150.

(29) So erfahren im Oktober 1991 in Eriwan und kurz darauf bei einem Besuch ehemaliger Dissidenten und Bürgerrechtler aus der früheren Sowjetunion in der HSFK.

(30) Dieter Senghaas, Friedensprojekt Europa, l.c., S. 72.

(31) Die hierzulande seit einigen Jahren beliebte Rede von der "nationalen Identität" trägt zur Verwirrung bei, unterstellt sie doch ein unmittelbar Gegebenes, eine quasi-natürliche Qualität. Sie nimmt damit den Anschein des Nationalismus für bare Münze.

(32) Der idealtypische Gegensatz zwischen einer als republikanische Willensgemeinschaft subjektiv verstandenen Nation und einem auf bestimmte objektive Merkmale gegründeten Begriff von Nation

er sich in Deutschland durchgesetzt hat, erscheinen ethnische Uneinheitlichkeit und nationale Minderheiten im Nationalstaat als geradezu natürlicher Stein des Anstoßes. Ohne die lange Traditionslinie völkischen Denkens, viel älter und breiter als seine rassenbiologische Perversion im Nationalsozialismus,⁽³³⁾ sind solche objektivistischen Konfliktzuschreibungen nicht zu verstehen. Sie werden meist wenig bewußt vorgenommen und ignorieren vielfach, daß weder Sprache noch Ethnie exakte, unumstrittene Kategorien sind.⁽³⁴⁾ Dennoch ist es in der täglichen Berichterstattung gang und gäbe, Konflikte und ethnische Differenzen eo ipso zu identifizieren;⁽³⁵⁾ auch Experten sind davor keineswegs gefeit. So stellt, um ein willkürliches Beispiel herauszugreifen, das diesjährige Friedensgutachten zur flächendeckenden Ausbreitung des "neuen Nationalismus" im ehemaligen Realsozialismus fest: "Nirgendwo umfrieden die bestehenden Staatsgrenzen geschlossene Siedlungsgebiete homogener Nationalitäten, Mischungs- und Überschichtungsverhältnisse gibt es in allen denkbaren Varianten."⁽³⁶⁾ Doch erklärt die bloße Existenz ethnischer Heterogenität gar nichts: es gibt auf der ganzen Welt nur ganz wenige Staaten, die wirklich das staatliche Gehäuse eines ethnisch homogenen Volkes sind.

Eine weitere Vorstellung, die sich in der Öffentlichkeit hartnäckig hält, beruhigt sich dabei, die Wiederkehr nationalistischer Dämonen verdanke sich ökonomischer und sozialer Rück-

(Eugen Lemberg) taucht in der Literatur auch als Unterscheidung zwischen Staatsnation und Kulturnation (Friedrich Meinecke) oder als westliche versus mittel- und osteuropäische Tradition (Hans Kohn) auf. Im Kern geht es um die Differenz zwischen der auf politischen Institutionen und Staatsbürgern gründenden Nation und einer vopolitischen Volksgemeinschaft, die sich durch angeblich objektive Merkmale wie Sprache, Stamm, Volk, Blut, Rasse u.ä. definiert. - Es ist terminologisch interessant, daß Thomas Mann 1915 in seinen *Betrachtungen eines Unpolitischen* stolz darauf war, daß Deutschland "keine Nation" sei; und wer beabsichtige, es zu einer "bürgerlichen Demokratie im römisch-westlichen Sinn und Geiste zu machen, der würde ihm sein Bestes und Schwerstes, seine Problematik nehmen wollen, in der seine Nationalität ganz eigentlich besteht." (Frankfurt a.M. 1988, S. 186 und S. 46) Die beiden unterschiedlichen Traditionsstränge schlagen sich bis heute in einer verwirrenden Terminologie nieder: Völkerbund war die "Ligue des nations" und "Ligue of nations", "Nationalität" meint in der einen Tradition Staatsbürgerschaft, in der anderen Volkszugehörigkeit. Vgl. dazu Heinrich August Winkler, Hg., *Nationalismus*, Meisenheim 1978, sowie noch immer Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation. Über die Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1959, S. 47-57; ferner meinen (in Anm. 7) bereits erwähnten Aufsatz.

- (33) Vgl. dazu George L. Mosse, *Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus*, Königstein 1979; ferner Fritz Stern, *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*, 2.Aufl. München 1986.
- (34) Auf wie vielfältige Weise alle Statistiken, Volkszählungen und Zahlenangaben über ethnische Minderheiten politisch beeinflußt sind, weshalb alle verfügbaren Zahlen extreme Schwankungen aufweisen, demonstriert der luzide Beitrag von André Liebich, *Minorities in Eastern Europe: Obstacles to a Reliable Count*, RFE/RL, Research Report 15.5.1992, S. 32-39. Auf ihn sei auch im Kontext der nachfolgend angeführten, geschätzten Zahlen nachdrücklich verwiesen.
- (35) Verdienstvolle lexikalisch-encyklopädische Datenzusammenstellungen über die Nachfolgestaaten der UdSSR, etwa die von Roland Götz und Uwe Halbach edierten *Daten zu Geographie, Bevölkerung, Politik und Wirtschaft der Republiken der ehemaligen UdSSR* (Sonderveröffentlichung des BIOst, 2. Aufl. Februar 1992) sind deshalb nicht mit Handbüchern über nationalistische Konflikte zu verwechseln.
- (36) *Friedensgutachten 1992, Empfehlungen*, l.c., S. 6.

ständigkeit der osteuropäischen Gesellschaften. Mag sie auch die Meinung stärken, man sei im Westen davor gefeit, so ist sie doch nachweisbar falsch. Historiker und Theoretiker des Nationalismus sind sich darin einig, daß er mit gesellschaftlicher Modernisierung zu tun hat. Sie zerstört hergebrachte Lebens- und Sinnzusammenhänge und weckt kompensatorisch das Bedürfnis nach Traditionen und Archaismen. Modernisierung und archaische Bewußtseinsformen sind somit nur scheinbare Gegensätze, in Wahrheit sind sie ineinander verschränkt.⁽³⁷⁾ Und bei den meisten aller nationalen Traditionen, Riten und Symbole, vermeintlich uralte, handelt es sich in Wirklichkeit um Erfindungen und Inszenierungen des 19. Jahrhunderts.⁽³⁸⁾ Bei aller technologischen Rückständigkeit, die nun bloßliegt, hat der "reale Sozialismus" doch traditionale Gesellschaftsstrukturen und Lebensmilieus mit aller Gewalt modernisiert.

Weit verbreitet ist auch die Kühlschrankmetapher. Sie geht davon aus, daß die bolschewistische Nationalitätenpolitik uralte nationale Konflikte durch die "machtgeschützte Bindekraft"⁽³⁹⁾ der internationalistischen Ideologie und blutige Unterdrückung gleichsam auf Eis gelegt habe, weshalb sie nun geradezu naturwüchsig wieder in Fluß geraten müssen. Das mag in manchen Fällen durchaus der Fall sein, doch ist die historische Wirklichkeit komplizierter - sonst hätte die Renaissance des Nationalen unmittelbar nach Stalins Tod, als die Repression spürbar gelockert wurde, einsetzen müssen.⁽⁴⁰⁾ Die bolschewistische Nationalitätenpolitik beruhte keineswegs ausschließlich auf Repression und Gewalt. Bis in die siebziger Jahre hat die Sowjetunion vielmehr mit ihrem zwar bescheidenen, aber allmählichen und immerhin spürbaren Fortschritt im Lebensstandard zur Pazifizierung nationaler Konflikte beigetragen. In seinem Rahmen erschien auch die Notwendigkeit der Umverteilung in die ärmeren und weniger entwickelten Regionen durchaus plausibel. Die internationalistische Phraseologie hing mithin nicht völlig in der Luft. Außerdem ignoriert die Kühlschrankmetapher, daß manche der nun selbständigen Republiken vor der Oktoberrevolution weitgehend aus Nomaden und vormodernen Gemeinwesen bestanden, wo von nationalen Konflikten im modernen Sinne keine Rede sein konnte. Die sozialen, politischen und ideologischen Modernisierungsprozesse in der Sowjetepoche haben die Voraussetzungen für den Prozeß der Nationenbildung allererst geschaffen: Industrialisierung, Säkularisierung, Alphabetisierung und Bildungszugang zumindest für die

(37) Vgl. dazu Hans Kohn, *Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution*, Heidelberg 1950, eine Studie, die einen Großteil dessen, was seither theoretisch zum Nationalismus gesagt worden ist, in nuce enthält. Allerdings ist die zweite Ausgabe von 1962, die meist zitiert wird, wissenschaftlich ohne jeden Wert, da aus einem unerfindlichen Grund und ohne es auch nur zu erwähnen der gesamte Anmerkungsapparat einfach weggestrichen worden ist! - Vgl. dazu ferner die bereits zitierten Studien von Eric J. Hobsbawm und Ernest Gellner.

(38) Vgl. dazu die ebenso lehrreichen wie witzigen Aufsätze in dem Sammelband von Terence Ranger und Eric J. Hobsbawm, eds., *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

(39) So Dietrich Geyer, *Zerfall und neue Nationalismen. Als die Klammer des russischen Imperiums fiel, ein Vergleich mit früheren Umbruchszeiten*, FAZ 2.5.1992.

(40) Vgl. dazu Victor Zaslavsky, *Das russische Imperium unter Gorbatschow. Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft*, Berlin 1991. - Zur Kritik der Vorstellung, nach Jahrzehnten im Kühlschrank taue nun der Nationalismus wieder auf, vgl. auch Rainer Bauböck, *Zur Zukunft des Nationalismus in Europa*, in: *Friedensbericht 1992*, l.c., S. 159-181.

Eliten, die Schaffung von Schriftsprachen und nationalen Literaturen.⁽⁴¹⁾ Und schließlich hat Stalins Politik der willkürlichen Umsiedlung und Massendeportation ganzer Völkerschaften eine Reihe heutiger Nationalitätenkonflikte verschärft oder erst geschaffen, man denke an das Schicksal der Krimtataren, der Wolgadeutschen, Tschetschenen oder der pontischen Griechen.⁽⁴²⁾

Weiter ist die Vorstellung verbreitet, der Nationalismus sei eine typische Verfallsform der revolutionären Bewegungen, die das Ende der kommunistischen Parteiherrschaft herbeigeführt haben, also ein sekundäres Phänomen der Demokratisierung. Gerade die Sowjetunion belehrt indessen darüber, daß erst der Rekurs auf nationale Traditionen der Bewegung für Perestrojka und Demokratie Massenschubkraft verliehen hat. Insofern ist jener Stimmungsumschwung in der DDR, der sich im Umschlag vom systemkritischen Slogan "Wir sind das Volk" in die nationale Anschlußparole "Wir sind ein Volk" ausgedrückt hatte, ex post gesehen vielleicht weniger eine Besonderheit denn die allgemeine Tendenz. Demokratisch-revolutionäre Bewegung und Nationalismus lassen sich nicht fein säuberlich trennen. Das entscheidende Kriterium für die Bewertung ist allemal die Frage, welchen Raum der Nationalismus den unveräußerlichen Rechten des Individuums beläßt. Individuelle Freiheit und nationale Unabhängigkeit sind nicht zu verwechseln.

Schließlich stellt der Nationalismus unbestritten ein probates Instrument politischer Machterhaltung dar. Schwieriger ist die Frage, warum es nicht nur ebenso virtuos wie demagogisch von vielen abtretenden KP-Funktionären benutzt werden konnte und kann, sondern warum er auch die einigende Parole ihrer politischen Gegner war und ist.

2.2. Überlegungen zu den besonderen Ursachen

Offenkundig läßt sich die Frage, warum die postkommunistischen Gesellschaften zum Tollhaus des Nationalismus geworden sind und längst überwunden geglaubte Dämonen in Europa plötzlich wieder herumgeistern, nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Vor dem

(41) Vgl. dazu Hans Kohn, *Der Nationalismus in der Sowjetunion*, Frankfurt a.M. 1932, wo die sowjetische Modernisierung und Industrialisierung hellsichtig als Erzeugerin von Nationalismus vorausgesagt wird; außerdem die soeben zitierte Studie von Zaslavsky.

(42) Auch die Existenz des zerfallenen Jugoslawien verdankte sich mitnichten, wie unzählige *terribles simplificateurs* heute glauben machen wollen, einzig der Diktatur Titos. Das internationale Prestige Jugoslawiens, das zum Teil im Selbstbewußtsein einer Partisanenarmee gründete, die sich aus eigener Kraft von den faschistischen Okkupanten befreit hatte, allmähliche ökonomische Verbesserungen sowie die schrittweise Anerkennung zuvor stets geleugneter kleinerer Nationen wie der Bosniaken und Madezonier gehören auch zur Nachkriegsgeschichte Jugoslawiens. - Warum die partielle Föderalisierung zumindest im Ergebnis den Nationalismus nicht zu zähmen vermocht als vielmehr, wie es scheint, zu seiner Aufheizung beigetragen hat, ist eine für mich ungeklärte Frage. Sie ist insofern relevant, als man sich von der derzeit verbreiteten Verabsolutierung des "nationalen Selbstbestimmungsrechts" den Blick dafür nicht trüben lassen sollte, daß es in unzähligen Situationen territorial nicht abgrenzbarer ethnischer Verschachtelung und Minderheitenkonstellationen an eine Schranke stößt und dort Formen kulturell-politischer Autonomie, föderalistischer Dezentralisierung und des Minderheitenschutzes unabdingbar sind.

Hintergrund der Geschichte des europäischen Nationalismus lassen sich aber einige Gründe oder Motivbündel bestimmen - die Reihenfolge will dabei weder gewichten, noch wird präntendiert, ihre Summe ergäbe bereits eine konsistente theoretische Erklärung.

Bei allem Widerwillen gegen die Wiederkehr des Nationalismus darf doch dessen **politische Ambivalenz** nicht übersehen werden. Bei der - überfälligen - Dezentralisierung und Demokratisierung des "sozialistischen Lagers" und der Union spielte die Neuakzentuierung des nationalen Selbstbestimmungsrechts eine kaum zu überschätzende Rolle. Ähnlich wie die Idee der Nation einst auch in Westeuropa die wirtschaftlichen Interessen freier und selbsttätiger Bürger gegen die Schranken des Feudalismus zu bündeln vermocht hatte, wurde sie nun im zerfallenden Sowjetreich zum Bezugspunkt für die ungestüme Forderung nach **Emanzipation** aus bisherigen Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnissen. Der Nationalismus als Bestandteil der politischen und ideologischen Mobilisierung für Dezentralisierung und Demokratisierung war eine entscheidende **Ressource im Kampf gegen das sowjetische Ancien Régime und für die Perestrojka**, "als erster Schritt im Kampf der Gesellschaft um ihre Autonomie gegenüber dem Staat notwendig".⁽⁴³⁾ Ähnlich wie im bürgerlich-liberalen Radikalismus im Vormärz und 1848, aber auch in der I. Internationale Demokratie und nationale Emanzipation noch auf naive Weise ungeschieden waren, gingen auch in den revolutionären Bewegungen gegen das sowjetische System die Forderung nach politischer Selbstregierung im Inneren und die nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zunächst Hand in Hand. Auf signifikante Weise veränderte sich dadurch auch die **classe politica**. Denn im selben Maß, wie sich ihre zuvor vorwiegend in der Kaderpolitik der Partei materialisierte Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale lockerte, rekurrten die lokalen Eliten nun umgekehrt verstärkt auf nationale Legitimationsquellen.

Mit dem Zerfall oder der Ablösung der zuvor herrschenden und buchstäblich alles bestimmenden kommunistischen Parteien sind die gesellschaftlichen Strukturen gleichsam kopflos geworden. Sie sind noch da, funktionieren aber nicht mehr, ohne daß jenes ökonomisch-soziale Geflecht, das wir als **civil society** oder bürgerliche Gesellschaft bezeichnen, schon in Sicht wäre. Wurde vor dem Umbruch in Osteuropa das Konzept der **civil society** im Sinne des italienischen Marxisten Antonio Gramsci als Ort der Herausbildung freiwilliger, staatsunabhängiger und demokratischer Zirkel bei vielen Intellektuellen in Osteuropa zum Schibboleth der gesellschaftlichen Opposition,⁽⁴⁴⁾ so geht es seit der Implosion des Parteikommunismus um weit mehr als um eine von der Eigentumsfrage abgelöste politische Infra-

(43) Jadwiga Staniszkis, **Dilemmata der Demokratie in Osteuropa**, in: **Demokratischer Umbruch in Osteuropa**, hrsg. von R. Deppe, H. Dubiel und U. Rödel, Frankfurt a.M. 1990, S. 341; das ist auch die Kernthese Victor Zaslavskys, op.cit. - Heinrich Vogel hat zu dieser politischen Ambivalenz geschrieben: "Nationalismus kann (...) zur ernsthaften Gefahr für eine friedliche Entwicklung werden. Andererseits wäre ohne die einigende Idee der Nation die Emanzipation vom kommunistischen System kaum möglich gewesen." (**Sieg der Demokraten ist noch kein Sieg der Demokratie. Die Krisen in der zerfallenden Sowjetunion und die Reaktionen des Westens**, FAZ 13.11.1991)

(44) Vgl. dazu Andrew Arato, **Revolution, civil society und Demokratie**, sowie die Diskussion, in: **Transit. Europäische Revue**, Heft 1/1990, S. 110-131; die Vorträge von Tadeusz Mazowiecki und Ralf Dahrendorf im Juli 1991, in: "Nach dem Sozialismus: Wie geht es weiter mit den neuen Demokratien in Europa?", Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll 93-1991, S. 10-20; ferner den soeben zitierten Aufsatz von Jadwiga Staniszkis, l.c., S. 326-345.

struktur der Demokratie. Historisch präzedenzlos, soll nun auf den Trümmern der staatssozialistischen Kommandowirtschaft eine "normale" bürgerliche Gesellschaft⁽⁴⁵⁾ errichtet werden. Vor allem Ralf Dahrendorf hat immer wieder darauf hingewiesen, daß demokratische Substanz und Stabilität ohne "Bürgergesellschaft" und "Bürgersinn" - die der modernen Demokratie historisch vorausgegangen sind und auf denen sie ruht - nicht zu haben sein wird.⁽⁴⁶⁾ Vorerst hängt der politische Machtwechsel insofern in der Luft, als gesellschaftlich die Auflösung des Alten in den postkommunistischen Staaten der Konstitution des Neuen vauseilt. Mit dem Rekurs auf scheinbar naheliegende und vermeintlich eindeutige Kategorien wie Herkunft, Volkszugehörigkeit, Sprache oder Blutsverwandtschaft suggeriert der Nationalismus rasch einen neuen ideellen und sozialen Zusammenhalt. Daß dieser nicht materiell ist, sondern imaginiert wird, tut seiner Wirkung in einer Phase gesellschaftlicher Auflösung wenig Abbruch. Mutatis mutandis wiederholt sich damit die Funktion des Nationalismus als ideologisches "Bindemittel", Integration stiftende Zivilreligion⁽⁴⁷⁾, die er auch in der Geschichte Westeuropas hatte, um die Modernisierung, begleitet von der Zerstörung traditionaler Lebenszusammenhänge und der individuellen Freisetzung, zu kompensieren.

Was jetzt allenthalben aufbricht, ist auch ein Ergebnis einer verspäteten, mit kaum vorstellbarer Gewalt betriebenen nachholenden Entwicklung. Der forcierte Industrialisierungsprozeß in der sowjetischen Periode hat die Lebensverhältnisse von Millionen einschneidend verändert. 1917 noch überwiegend von agrarischen Produktions- und Lebensbedingungen geprägte Bevölkerungen wurden in bisher beispielloser Geschwindigkeit in eine Industriegesellschaft getrieben. Damit ging ein massiver Schub rapider Urbanisierung einher. Hatten zur Zeit der Revolution erst 16 % der Einwohner in Städten gelebt, so waren es 1972 mehr als die Hälfte, 1985 schon rund 65 % in der UdSSR und 70 % in der Russischen Republik.⁽⁴⁸⁾ In den Kontext dieser Modernisierung und Industrialisierung gehören auch die Alphabetisierung und der Zugang neuer Schichten zum Bildungsbereich - beides klassische Voraussetzungen für den modernen Nationalismus.⁽⁴⁹⁾

(45) Vgl. zu dieser zentralen Kategorie der modernen Gesellschaftstheorie den Artikel von Manfred Riedel in: **Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland**, hrsgg. von O. Brunner, W. Conze und R. Koselleck, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 719-800. - Es wäre freilich falsch, in der bürgerlichen Gesellschaft per se eine Garantie gegen Nationalismus sehen zu wollen. Gerade die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts verbietet diesen naiven Optimismus.

(46) Vgl. seine Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1990, **Die Sache mit der Nation**, in: Merkur Nr. 500, Okt./Nov.1990, S. 823-834, sowie **Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Sie ist die entscheidende Säule der Freiheit**, in: Frankfurter Rundschau 24.1.1992.

(47) Der Begriff stammt von Jean-Jacques Rousseau und Alexis de Tocqueville und taucht in der Literatur zum Nationalismus immer wieder auf.

(48) Moshe Lewin zog daraus in Anlehnung an französische Sozialhistoriker, die im Verstädterungsgrad ein entscheidendes Kriterium für die politische Entwicklung ausgemacht haben, Rückschlüsse auf das Reformmilieu, das Michail Gorbatschow 1985 an die Macht brachte, vgl. seinen Essay **Gorbatschows neue Politik. Die reformierte Realität und die Wirklichkeit der Reformen**, Frankfurt a.M. 1988.

(49) Vgl. dazu Eric J. Hobsbawm, **Nationen und Nationalismus**, l.c., v.a. das dritte und vierte Kapitel; sowie Hans Kohn, **Die Idee des Nationalismus**, l.c.

Begünstigt wird der Nationalismus auch durch die Nachwirkungen der **fehlenden Öffentlichkeit**. Propaganda, parteiamtlich verlautbarte Wahrheiten und Zensur haben die Menschen denkbar schlecht darauf vorbereitet, sich in der neuen, nicht direkt gesteuerten, von Massenmedien beeinflussten öffentlichen Meinung zurechtzufinden. Dieser spezifische Mangel fördert nun in einer Situation ohnehin schwer durchschaubarer sozialer Transformation das Gerücht und den Haß auf "die anderen": "Wenn die Bevölkerung den Eindruck hat, in einer von Unvorhersehbarkeit geprägten Welt über wichtige Entwicklungen nicht informiert zu sein, schließt sie diese Informationslücke durch Gerüchte. Diese Gerüchte müssen von anderen, allgemein geteilten Annahmen logisch ableitbar, sie müssen plausibel sein. Organistische Modelle von Infektion und Krankheit oder Alltagsmodelle von Beleidigung und Raub erfüllen diese Bedingung. Um wirtschaftliche Mißerfolge zu erklären, sind nicht Argumente über Kostenfaktoren, Konjunkturzyklen, Effizienz und mangelnde Synergie plausibel, sondern das alte Paradigma von Diebstahl und Ausbeutung - am schönsten, wenn man noch einen auswärtigen oder inneren Fremden als Dieb präsentieren kann."⁽⁵⁰⁾ Dies gilt um so mehr, als die - sämtliche Probleme auf die zwei Seiten einer Barikade reduzierende - parteikommunistische Kampfrhetorik noch nachwirkt.

Der ökonomische und soziale Umbruch, von dem wenige profitieren, während er die Mehrheit zunächst pauperisiert, leistet der Suche nach greifbaren Schuldigen und Sündenböcken Vorschub. "Nationalismus macht nicht satt", lautet eine oft gehörte Phrase. Sie stimmt in einem rationalistischen Sinne und übersieht doch, daß rapide sinkender Lebensstandard und Elend den Hunger nach Transzendenz wachsen lassen. Schon Heinrich Heine spottete, wenn einer nichts zu beißen habe, brauche er wenigstens Moral und Religion. Daß die nationalen Symbole vorrangig sind vor der Befriedigung materieller Bedürfnisse, gehört in diesen Zusammenhang. Auch insofern besitzt der Nationalismus eine **religiöse Dimension**: Er bietet Trost für Elend und Verletzungen. "Nationalismus als Ausdruck des Gemeinschaftsbewußtseins der einzelnen, denen das Selbstbewußtsein verloren gegangen ist",⁽⁵¹⁾ notierte Max Horkheimer prägnant. Und Isaiah Berlin zufolge prädestinieren kollektive Traumata geradezu für nationalistische Exzesse.⁽⁵²⁾

In den Gesellschaften des bürokratisch-etatistischen Sozialismus reichte die Parteiherrschaft bis in die feinsten Falten der gesamten Gesellschaft hinein. Damit war im Grunde alles, was die Menschen erreicht und geschafft haben, durch die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Regime gleichsam kontaminiert. Wo aber alles Gesellschaftliche schlechthin diskreditiert ist, gewinnt die suggestive Präntention des Nationalismus, an vorgesellschaftliche Größen, an

(50) Georg Elwert, Fassaden, Gerüchte, Gewalt. Über Nationalismus, in: Merkur Nr. 505, Apr.1991, S. 330.

(51) Max Horkheimer, Späne, Ges. Schriften Bd. 14, Frankfurt a.M. 1988, S. 379.

(52) Isaiah Berlin, Der Nationalismus. Seine frühere Vernachlässigung und gegenwärtige Macht. Frankfurt a.M. 1990, S. 63 f. - An anderer Stelle benutzt er das Bild, ein "verletzter Volksgeist" ähnele einem zu tief herabgebogenen Zweig, der, sobald er losgelassen wird, mit aller Kraft zurückschlägt - Nationalismus werde "durch Wunden verursacht", vgl. Lettre international, Heft 15, Winter 1991, S. 6.

Kategorien der - scheinbar einfach gegebenen - Natur anzuknüpfen, hohe Attraktivität.⁽⁵³⁾ In diesem Sinne bietet er sich als Ersatzidentifikation an. Dagegen übersehen Interpretationen, denen zufolge nach den Jahrzehnten eines gebetsmühlenartig wiederholten und mitunter *manu militari* durchgesetzten Internationalismus das Pendel nun automatisch zum Nationalismus zurückschwinge, daß kaum eine kommunistischen Partei auf den Nationalismus als Integrations- und Legitimationsmittel verzichtet hatte.

Daß der Nationalismus in der Volksgemeinschaft alle realen sozialen Differenzen ideologisch einebnet, hat viel mit seiner Eignung zur Kompensation jener gesellschaftlichen Individualisierung zu tun, die den Prozeß der Modernisierung kennzeichnet.⁽⁵⁴⁾ Auf ähnliche Weise besitzt er heute eine Entsorgungsfunktion: sein Egalitarismus fragt nicht nach den Tätern und Opfern von gestern.

Die Beschwörung nationaler Größe, Geschichte und Mythen vermag unterschiedlich motivierte antiwestliche Ressentiments zu transportieren. Das Gemeinschaftsideal verheißt Schutz vor der radikalen Individualisierung und der Demütigung durch westliche Währungen; umfassender noch wird das vorgeblich gesunde Volksempfinden gegen die Moderne überhaupt ins Feld geführt, gegen Säkularisierung, Abtreibung, Pornographie u.ä. Alexander Solschenizyn, der an Dostojewskis Ablehnung des Westens und mystische Verklärung des leidenden russischen Volkes anknüpft, ist dafür prototypisch; doch auch Vaclav Havel's "Leben in der Wahrheit" ist nicht ohne antiwestliche Untertöne.

Ein weiteres Motiv liefert paradoxerweise die Europäische Gemeinschaft, die sich doch viel auf die Überwindung der Nationalstaaten zugute tut. Indem sie die osteuropäischen Staaten je nach deren "EG-Kompatibilität" stufenweise aufnehmen will, werden dort die Chancen der Aufnahme in den begehrten Club der Reichen gleichsam territorialisiert. Wie manche unter der Parole "Zurück nach Europa" weniger die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes als dessen Verschiebung an die eigene Ostgrenze verstehen, so fördert das EG-Konzept eines "Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten" ungewollt zentrifugale, gar secessionistische Tendenzen in den angrenzenden Staaten, man denke an die baltischen Staaten, Slowenien, Kroatien, oder an die Tschechen. Der Gegensatz zwischen anachronistischer nationaler Sezession im Osten und Integration im Westen ist so gesehen gar keiner.

Schließlich kommt in den auseinandergebrochenen Vielvölkerstaaten eine tiefgreifende Legitimationskrise des Staates, ja der Zerfall jeder staatlichen Autorität hinzu. An den Brennpunkten, wo nationalistischer Haß in Bürgerkrieg und Krieg umgeschlagen ist, finden sich Freiwillige, Söldner, Abenteurer und Kriminelle ein. Sie rekrutieren sich nicht selten aus den alten Armeen. Daß diese gleichsam über Nacht ihre *raison d'être* verloren, hat Millionen von Offizieren und Soldaten materielle Sicherheit, patriotischen Lebensinhalt und Stolz genommen und sie tief gedemütigt. Viele harren apathisch aus, wenigen gelingt der

(53) Überzeugend dazu Jirina Siklova, Nationalismus in Ost- und Mitteleuropa. Ersatz für den Werteverlust des sekundären sozialen Status, FAZ 4.9.1991

(54) Vgl. Hans Kohn, Die Idee des Nationalismus, l.c., S. 311 und passim. Der Autor sieht das "calvinistische Bewußtsein vom unendlichen Wert jedes Individuums" (S.248) als Gewähr gegen dessen völlige Unterordnung unter das nationale Kollektiv.

Sprung ins zivile Leben, andere stürzen sich in Abenteuer und bilden, nicht selten im Namen ihres Volkes, bewaffnete Banden. Deren Plündern, Morden und Brandschatzen trägt, den Freikorps im Osten Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg vergleichbar, zur Verschärfung nationalistischen Hasses und zur Enthemmung der allgemeinen Gewaltbereitschaft bei. Zugleich stellen die neuen Nationalstaaten und solche, die es werden wollen, Milizen und eigene nationale Verbände auf. Auch sie bedienen sich aus den immensen Arsenalen der sowjetischen Armee.⁽⁵⁵⁾ Nicht zuletzt erfolgt die ethnische Zuordnung, bei vielen mitnichten eindeutig gegeben, im Bürgerkrieg. Dieser besäße damit - **horribile dictu** - auch eine national-konstitutive Dimension. Staatliches Handeln und unkontrolliertes Agieren gut bewaffneter Marodeure, Freischärler, Landsknechte und Privatbanden verschränken sich in den Volksgruppenkriegen auf eine kaum mehr zu entwirrende Weise. Auch in dieser Hinsicht droht Jugoslawien Schule zu machen - eine Vorstellung, die einen um den Schlaf bringen kann.

(55) Eine Vergleichszahl mag die Dimension erahnen lassen: Allein in Bosnien-Herzegowina sollen den Bürgerkriegsparteien Schätzungen des Bonner Verteidigungsministeriums zufolge 250.000 Tonnen Munition aus Beständen der früheren jugoslawischen Armee in die Hände gefallen sein, vgl. FAZ v.19.8.1992.

3. Nationalismus, nationale Konflikte und neue Nationalstaaten im früher monolithischen Realsozialismus

3.1. Der Nationalismus hemmt die Demokratisierung in Osteuropa

3.1.1. Der Visegrad-Dreibund: zwischen EG-Anschluß und nationalistischem Autoritarismus⁽⁵⁶⁾

Die Tschechoslowakei zeigt exemplarisch, daß die säuberliche Trennung zwischen demokratischer Revolution und Nationalismus ein rationalistisches Konstrukt ist. "Samtene Revolution" und Demokratisierung haben von Anfang an die nationale Frage revitalisiert, die seither die gesellschaftliche und politische Transformation überschattet. Alle Abkommen und Kompromisse zu einem *modus vivendi* zwischen den beiden Republiken in dem seit 1968 föderalen Staat trugen nicht; jetzt kommt es zur Trennung. Nachdem am 3. Juli 1992 die Mehrheit der slowakischen Abgeordneten die Wiederwahl Vaclav Havels zum Staatspräsidenten vereitelte und am 17. Juli das Parlament in Bratislava die Souveränität der Slowakei verkündete, worauf Havel vorzeitig zurücktrat, einigten sich am 27. August 1992 Delegationen der beiden stärksten Parteien unter Führung der beiden Regierungschefs Vaclav Klaus und Vladimir Meciar in Brno darauf, den bisherigen Staat am 1. Januar 1993 aufzulösen.

Stärkste Partei in der Slowakei ist die "Bewegung für eine demokratische Slowakei" (HZDS). Ihr Vorsitzender, Vladimir Meciar, war nach der Wende slowakischer Innen-, dann Premierminister. Im April 1991 löste ihn das Parlament ab und wählte den Christdemokraten Jan Carnogursky zu seinem Nachfolger. Damit kannte das Wetteifern um die nationalste slowakische Position kein Halten mehr. Meciar, Prototyp des nationalistisch gewendeten ehemaligen Parteikommunisten, wengleich den Gepflogenheiten seines Landes entsprechend vergleichsweise gemäßigt und zivil, führte seine Partei ungestüm in die Opposition und schürte slowakisch-nationalistische Emotionen. Der Regierungswechsel wurde als von der Prager Burg aus betriebene Inszenierung geschmäht und Carnogursky der Willfährigkeit geziehen. Mit dem untrüglichen Gespür des Populisten verquickt Meciar das Unbehagen über die in der Slowakei ungleich härteren sozialen Auswirkungen der radikalliberalen Wirtschaftspolitik mit nationalistischen Obertönen. Das Stichwort Konföderation wurde in seiner Rhetorik zur dehnbaren Allzweckwaffe.

Die slowakische Geschichte wird in nationalistischer Optik revidiert: Viele verehren den faschistischen Prälaten Josef Tiso, der die Slowakei nach der deutschen Annexion der "Rest-Tschechei" regierte, als Patrioten. Daß sich sein "souveräner" Staat Hitlers Gnaden verdankte, tritt gegenüber nationaler Kontinuität zurück. Eine ähnliche Umwertung widerfuhr auch dem im November 1991 verstorbenen Gustav Husak. War er nach der Niederwalzung

(56) Die nach dem Ort ihres ersten Gipfeltreffens am 15.2.1991 benannte Staatengruppe Polen, CSFR und Ungarn, die in einem kontinuierlichen Konsultationsprozeß ihre Interessen abspricht.

des Prager Frühlings als Breschnews Statthalter verhaßt, so gedachte das Slowakische Parlament seiner nun mit einer Gedenkminute - er war Slowake!

Vaclav Havel, wohl noch immer der populärste Politiker in der Tschechoslowakei, unterbreitete 1991 mehrere Referendumsvorschläge, um die Existenz der CSFR zu sichern und das endlose Hin und Her um die Befugnisse, das Verfassungsdiskussion und Gesetzgebung lähmte, zu beenden und die Einheit des Landes zu retten. Trotz Millionen von Unterschriften lehnte die Bundesversammlung seine Vorschläge ab; auf der tschechischen Seite witterten manche den Versuch, die repräsentative Demokratie plebiszitär auszuhöhlen, auf der slowakischen fürchteten die Nationalisten, das Ergebnis könnte ihr Anliegen auf Jahre hinaus zunichte machen.

In allen postkommunistischen Staaten entzweite sich die gegen die Nomenklatura einst geschlossene Opposition tendenziell in liberale Demokraten und nationale Populisten. Fataerweise überschneidet sich diese Trennlinie in der CSFR mit dem Gegensatz zwischen den beiden Republiken: Während die Liberalen in der tschechischen das Sagen haben, nahmen ihnen in der Slowakei die intransigenten Nationalisten das Heft aus der Hand. Die Gründe dafür sind bei den beiden eng verwandten Völkern weder sprachlicher noch eigentlich ethnischer Art.⁽⁵⁷⁾ Vielmehr liegen sie im Gewicht einer jahrhundertlangen Geschichte sowie in entgegengesetzten aktuellen Wirtschaftsinteressen: Die dreimal höhere Arbeitslosigkeit in der erst seit 1945 industrialisierten Slowakei, die zudem in einmaliger Weise von der Rüstungsindustrie abhängt, prädestiniert geradezu für die Kombination aus sozialstaatlichem Schutz und nationalpopulistischem Widerstand gegen den radikalen Wirtschaftsliberalismus, mit dem Prag das Land an westliche Standards anpassen will.

Im März 1992 trat Alexander Dubcek der Slowakischen Sozialdemokratischen Partei bei, nicht zuletzt, um die immer chauvinistischer sich gebärdende Bewegung Meciar zu schwächen. Ein paar Tage darauf kam Meciar ins Gerede als früherer Geheimdienstmitarbeiter; pikanterweise soll er ausgerechnet Politiker des Prager Frühlings bespitzelt haben. Doch weder das Ansehen der Symbolfigur von 1968, noch solche Beschuldigungen vermochten die Kräfteverhältnisse noch zu verschieben. Die Wahlen Anfang Juni 1992 stärkten die zentrifugalen Kräfte. Während im tschechischen Landesteil die Demokratische Bürgerpartei (ODS) zusammen mit ihrem christlich-demokratischen Koalitionspartner 34% bekam (vor dem "Linken Block", der ehemaligen KP, mit 14,5%), wurde in der Slowakei die HZDS mit 33,5 Prozent mit Abstand zur stärksten Partei. Zusammen entweder mit den Nationali-

(57) Das Zerbrechen der CSFR wird mit der inzwischen weitverbreiteten Kategorie des "Ethnonationalismus" nicht richtig erfaßt. Treffender dürfte in diesem Fall sein, was Sigmund Freud "Narzißmus der kleinen Differenzen" genannt hat: "Nach dem Zeugnis der Psychoanalyse enthält fast jedes intime Gefühlsverhältnis (...) einen Bodensatz von ablehnenden, feindseligen Gefühlen. (...) Jedesmal, wenn sich zwei Familien durch eine Eheschließung verbinden, hält sich jede von ihnen für die bessere oder vornehmere auf Kosten der anderen. Von zwei benachbarten Städten wird jede zur mißgünstigen Konkurrentin der anderen; jedes Kantönli sieht geringschätzig auf das andere herab. Nächstverwandte Völkerstämme stoßen einander ab, der Süddeutsche mag den Norddeutschen nicht leiden, der Engländer sagt dem Schotten alles Böse nach, der Spanier verachtet den Portugiesen." (Massenpsychologie und Ich-Analyse, 1921, in: Kulturtheoretische Schriften, Frankfurt a.M. 1986, S. 95).

sten der Slowakischen Nationalpartei (9,4 %) oder mit den ehemaligen Kommunisten verfügt sie damit über eine absolute Mehrheit und kann auf föderaler Ebene jedes Gesetz blockieren. Meciar's Wahlkampfprogramm sah zunächst die Souveränitätserklärung der Slowakei, eine eigenständige Verfassung und schließlich eine Volksbefragung über den Verbleib in einem gemeinsamen Staat vor. Dazu kommt es nun nicht mehr. Daß seine Partei Präsident Havel nicht wiederwählte und dieser zurücktrat, hat dem politischen Willen zum gemeinsamen Staat den entscheidenden Schlag versetzt. Das nun vereinbarte Vorgehen für die Auflösung der Tschechoslowakei sieht eine von beiden Seiten erarbeitete Gesetzesvorlage vor, die dann mit der verfassungsmäßig erforderlichen 3/5-Mehrheit verabschiedet werden soll. Es hat den Schönheitsfehler, daß die Volksbefragung umgangen wird - man traut dem politischen Souverän nicht! Vieles spricht auch dafür, daß "das Auseinanderdividieren des gemeinsamen Staates nicht viel einfacher sein wird als die bisherige Koexistenz beider Völker."⁽⁵⁸⁾ Immerhin verläuft die Trennung bisher scheidlich-friedlich.

Das Schicksal der Minderheiten wird sie nicht erleichtern. Im tschechischen Teil spielen sie anders als in der ersten Republik kaum eine Rolle. Hier wird sich die Abgrenzung von im Lande lebenden Slowaken verstärken; ob sie auch die eher "regionalpatriotischen" Besonderheiten zwischen Tschechen, Mähren und Schlesiern akzentuieren wird, läßt sich schwer voraussagen. Anders in der Slowakei. Die "Ungarische christlich-demokratische Bewegung - Zusammenleben", die Partei der rund 600.000 (d.h. 11% der Bevölkerung) ungarisch-sprechenden Minderheit, warnte aus Angst vor dem slowakischen Nationalismus stets davor, die CSFR aufzulösen.⁽⁵⁹⁾ Es ist symptomatisch, daß ihr Vorschlag, in die Verfassung einen Gleichberechtigungspassus aufzunehmen, niedergestimmt wurde, als das Parlament im Juli in Bratislava die Souveränität verkündete. Nicht die bloße Existenz ethnischer Minderheiten, neben den Ungarn rund 500.000 Roma sowie Zehntausende von Tschechen, Ukrainer, Polen und andere, spricht mithin für künftige Konflikte, wohl aber die Geburt des slowakischen Nationalstaates aus dem Geist nationalistischen Populismus und historische Erfahrungen mit dem Homogenisierungsbedürfnis verspäteter Nationen. Als wollte man in Bratislava die Differenz zwischen westlich-liberaler Nation und Volksnation veranschaulichen, änderte die Parlamentsmehrheit vor der Verabschiedung der Verfassung Anfang September demonstrativ die Verfassungspräambel: statt von den "Bürgern der Slowakischen Republik" ist nun von der "Slowakischen Nation" die Rede.⁽⁶⁰⁾ Das ist der Unter-

(58) So Alena Wagnerova, CSFR: Die Stunde der Irrationalität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1992, S. 777. - So sollen, um nur ein Beispiel zu nennen, zwei getrennte Währungen eingeführt werden, zugleich aber nach dem Vorbild des fixen Wechselkurses von DM und österreichischem Schilling aneinandergelockt werden.

(59) Der Bürgermeister von Komarno, Stefan Pasztor, kündigte im Oktober 1991 gar an, die Ungarn würden, falls die CSFR auseinanderfallen sollte, "für ihre Autonomie kämpfen". (Zit. nach Jan Obrman, Minorities Not a Major Issue Yet, in: Report on Eastern Europe, 13.12.1991, S. 11)

(60) FAZ 3.9.1992. - 1848 hat der Führer der liberalen Tschechen, Frantisek Palacky, dem Präsidenten des Frankfurter Vorparlaments in seinem berühmten Brief - aus dem meist nur zitiert wird, man müßte die Donau-Monarchie erfinden, wenn es sie nicht schon gäbe - mit der Begründung abgesagt, er sei kein Deutscher, sondern "ein Böhme slawischen Stammes" und man wolle ein gegenüber Deutschland selbständiges und als Verband gleichberechtigter Nationalitäten und Konfessionen aufgebautes Österreich, denn das Schicksal einer nationalen Minderheit bedeute, sehenden Auges die "Selbstaufopferung zum Besten des Nachbarn" zu betreiben. (Zit. nach Kurt Rabl, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

schied ums Ganze. Er überschattet die künftig souveräne Slowakei, wo die Rechte der Minderheiten zum Indikator für ihren Liberalismus und Pluralismus werden.

Polen ist drei Jahre nach der Aufhebung des Kriegsrechts von Unzufriedenheit und Enttäuschung geprägt. Als im November 1990 ein geschäftlich erfolgreicher Auslandspole namens Stanislaw Tyminski im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen überraschend den zweitgrößten Stimmenanteil gewann, im März 1991 die "Partei X" gründete, bevor er Polen wieder verließ, zeigten sich exemplarisch die Gefahren, die den postkommunistischen Demokratien aus dem Populismus erwachsen können.⁽⁶¹⁾ An den ersten freien Parlamentswahlen am 27. Oktober 1991 nahmen gerade 43% der Wahlberechtigten teil. Schien einst die imposante "Solidarnosc"-Bewegung die ganze Gesellschaft gegen das Ancien Régime zu einigen, so ist nun das Parteienspektrum extrem ausgefranst: 29 Parteien zogen in den Sejm ein. Die meisten Stimmen erhielt die "Demokratische Union" des früheren Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki (12,3%), dicht gefolgt vom Bündnis der "Demokratischen Linken" (12%), hervorgegangen aus der früheren KP. Zwar blieben die rechtsradikalen, offen antisemitischen Listen erfolglos. Doch wurden nicht wenige ihrer Parolen von denen übernommen wurden, die ihnen das Wasser abgruben. Im Wahlkampf waren populistische Rhetorik und Demagogie allgegenwärtig. Die Parteien der rechten Mitte, unterstützt von Teilen des Klerus, zogen gegen die "Demokratische Union" Mazowieckis mit nationalistischer Propaganda zu Felde und schreckten nicht vor primitiven Verschwörungsideologien zurück, Juden und Freimaurer seien am Elend des geplagten polnischen Volkes schuld. Das blieb nicht ohne Resonanz, wie das schlechte Abschneiden der "Demokratischen Union" und Erfolge der "Konföderation für ein Unabhängiges Polen"(7,5%) und der "Katholischen Wahlaktion" (8,7%) zeigten. Jene verehrt Jozef Pilsudski, den Diktator des autoritären Vorkriegsregimes, diese verbindet katholischen Fundamentalismus, etwa bei der Abtreibung, mit nationalistischen Vorbehalten gegen den Westen. Auf beide suchte sich neben wechselnden anderen Parteien die von Jan Olszewski geführte Regierung zu stützen. Das ständig wackelnde Kabinett verwaltete die permanente Regierungskrise. Der letzte Versuch Olszewskis, sich in Gestalt einer großen Koalition eine parlamentarische Regierungsmehrheit zu verschaffen, scheiterte im April 1992.

Überraschend wählte das Parlament im Juni den zuvor kaum bekannten Waldemar Pawlak zum Ministerpräsidenten - eine heftig umstrittene Wahl, kam er doch aus der Bauernpartei, einer früheren Blockpartei. Hatte sich Olszewski fünf Monate halten können, so mußte Pawlak bereits nach einem Monat aufgeben. Nach einer langen Regierungskrise wählte der Sejm am 10. Juli 1992 ein neues Kabinett und Hanna Suchocka zur Ministerpräsidentin. Ihre Regierungskoalition, in der Liberale und Katholiken zusammenarbeiten, die sich zuvor heftig bekämpften, umfaßt sieben Parteien und kam in erster Linie zustande, um eine Präsidialherrschaft zu verhindern. Parteienzersplitterung und Regierungsinstabilitäten stärken in der Tat die Position des Staatspräsidenten, der ohnehin gern mit autoritärem Gehabe hervortritt. Zahlreiche seiner demokratischen Mitstreiter aus der heroischen Zeit von

Geschichtliche Grundlagen, Umriss der gegenwärtigen Bedeutung - Ein Versuch, 2. Aufl. Köln-Wien 1973, S. 42)

(61) Jochen Franzke, Problem postsozialistischer Demokratien. Eine Osteuropa-Übersicht, Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1992, S. 458.

"Solidarnosc" verübeln Walesa, daß sein Populismus nicht vor Nationalismus und Antisemitismus zurückschreckt, etwa mit Äußerungen wie: "Ich bin ein reiner Pole, hier geboren".⁽⁶²⁾

Obwohl Polen, dessen Bürger 1939 zu einem Drittel ethnisch keine Polen waren, durch die Vernichtungspraxis der Nazis, seine Westverschiebung und Vertreibungen heute das ethnisch homogenste Land Osteuropas ist - mit rund einer Million Minderheiten, v.a. Ukrainer, Deutsche, Weißrussen - , hat sich offenbar das traditionelle Weltbild erhalten. Auch hat der Antisemitismus die Juden überlebt. Der charismatische Präsident scheut sich nicht, mittels Autoritarismus, Antisemitismus, antiwestlich aufgeladenen Warnungen vor Abtreibung, Pornographie und Aids das gute und gesunde christliche Volk Polens zu beschwören und widerborstige Parlamentarier als Trottel und Hammel zu beschimpfen - zweifelhafte Beiträge zur demokratischen politischen Kultur, durch die wirtschaftliche Schocktherapie und den verbreiteten Politikverdrub ohnehin arg strapaziert. Daß sich Walesa mehrfach bewundernd über Pilsudski geäußert und im "Spiegel" unverblümt eine Präsidialdiktatur gefordert hat,⁽⁶³⁾ ist beredter Ausdruck für die Möglichkeit, daß Polens vielbeschwoener Weg zurück nach Europa nicht in einer stabilen Demokratie endet, sondern in "der alten Welt der populistischen Diktaturen, der Stammeskonflikte, der permanenten Destabilisierung".⁽⁶⁴⁾

Der Ausgang wird in erster Linie vom Schicksal der Wirtschaftsreform entschieden. Doch birgt auch die neue internationale Konstellation Gefahren: Sprachen- und Staatsbürgerschaftsgesetze in den benachbarten jungen Nationalstaaten Litauen, Ukraine, Weißrußland, die den polnischen Minderheiten (insgesamt 1,2 Millionen), bisher sowjetische Bürger wie die Titularnationen, das Leben schwer machen, könnten Öl auf das Feuer des polnischen Nationalismus gießen. Daß Litauen nach dem Moskauer August-Putsch die Selbstverwaltungen in den polnischen Gebieten um Vilnius kurzerhand aussetzte, was viel böses Blut geschaffen hat,⁽⁶⁵⁾ gab vielleicht einen Vorgeschmack auf künftige Konflikte.

Eine gegenläufige Tendenz schlug sich im "Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit" nieder, den der polnische Präsident und der ukrainische Präsident Leonid Kravtshuk am 18. Mai 1992 unterzeichneten. Beide Seiten sprachen von einem "Zukunftsvertrag". Daß Polen und Ukrainer, zwischen denen es noch lange über das Kriegsende hinaus zu blutigen Terroraktionen gekommen war,⁽⁶⁶⁾ nun ihre Grenze zu be-

(62) Zit. bei Adam Michnik, *Der lange Abschied vom Kommunismus*, Reinbek 1992, S.96.

(63) "Eine Präsidialdiktatur wäre in dieser Phase gar nicht so schlecht", Interview im "Spiegel", 20.1.1992, S. 137.

(64) Adam Michnik, op. cit., S. 99. - An anderer Stelle hat er die Alternative zugespitzt auf die Anhänger Sacharows, die denen Solschenizyns gegenüberstehen (ibid., S.82) - sie entpricht cum grano salis der zwischen Straßburg und Sarajewo.

(65) Vgl. dazu die detaillierte Analyse von Karl Hartmann, *Polen und die Unabhängigkeit Litauens*, Osteuropa 4/1992, S. 329-351.

(66) Die harten Polonisierungspraktiken Pilsudskis in den ostslawisch besiedelten Ostgebieten Polens stand im Widerspruch zu den versprochenen Minderheitenrechten. Sie waren auch einer der Gründe für die grausame Kriegführung der ukrainischen Untergrundarmee gegen die polnische Zivilbevölkerung im

frieden beginnen, auf Gebietsansprüche vertraglich verzichten und den jeweiligen Minderheiten ausdrücklich die in der KSZE verbrieften Rechte zuerkennen, könnte Schule machen, setzt jedenfalls ein Zeichen der Hoffnung.

Auch Ungarn tut sich schwer mit liberaler Demokratie und politischer Toleranz. Mit der Öffnung für Kapital und Technologie des Westens geht die Beschwörung vergangener magyarischer Größe einher, und zwar keineswegs nur am chauvinistischen und antisemitischen Rand des politischen Spektrums. Die Stephanskrone ziert wieder das Wappen Ungarns, und nicht der Jahrestag der Revolution von 1848 wurde Nationalfeiertag, sondern der Tag Stephans des Heiligen, des ersten christlichen ungarischen Königs.⁽⁶⁷⁾

Die Regierungsparteien knüpfen an die Zwischenkriegszeit an, die nach Jahrzehnten kommunistischer Verdrängung nun geradezu verherrlicht wird. Auf offizieller Ebene war der traurige Höhepunkt dafür bisher die Rede des Ministerpräsidenten im Januar 1992 zur Umwertung der Rolle Ungarns im Zweiten Weltkrieg und zur Wiederherstellung der "tausendjährigen ungarischen Soldatenehre".⁽⁶⁸⁾ Solche Kontinuitätsbezüge lassen es als zweitrangig erscheinen, daß Gewalt, Intoleranz, Nationalismus und Minderheitenverfolgung nicht erst von Kommunisten erfunden wurden. So hatte etwa das Horthy-Regime seinerzeit einen aggressiven Revisionismus gegen den "Fluch von Trianon" propagiert und nach dem Ersten Weltkrieg in Europa das erste Gesetz zur Judendiskriminierung eingeführt.

Wenn Ungarns Regierungschef Jozsef Antall betont, er fühle sich als Ministerpräsident von 15 Millionen Ungarn, obwohl sein Land bekanntlich nur etwas mehr als 10 Millionen Einwohner hat, horchen die Nachbarn argwöhnisch auf.⁽⁶⁹⁾ Ungarn bilden die größte nationale Minderheit in Osteuropa, seit Ungarn 1919 mehr als ein Drittel seines Territoriums verloren hatte: In Rumänien leben rund 2 Millionen, in der Slowakei 600.000, in der serbischen Vojvodina 450.000 und in der Ukraine rund 200.000 Ungarn, wobei in Budapest meist noch höhere Zahlen genannt werden. Zugleich gehören in Ungarn rund eine Million Menschen Minderheiten an: Roma, Deutsche, Juden, Slowaken, Kroaten und andere.⁽⁷⁰⁾ Solange ihre Rechte nicht unwiderruflich verbürgt sind und ihre Loyalität zum jeweiligen

Zweiten Weltkrieg, die nach 1945 weiter ging. Polen internierte nach dem Krieg Tausende von verdächtigen Ukrainern in einer Nebenstelle von Auschwitz und ließ Zehntausende deportieren. (FAZ 19.5.1992)

(67) Kritisch dazu Miklos Szabo, *Restauration oder Aufarbeitung? Geschichte und politische Kultur in Ungarn*, in: *Transit. Europäische Revue*. Heft 2/1991, S. 72-80.

(68) Sie ist dokumentiert in der "Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte" 4/1992, S. 343-347. - Vgl. dazu auch Pal Dunay, *Stability and Instability in Europa: The Contribution of Hungary*, Ms. Aug.1992.

(69) Vgl. dazu Martin Pollack, *Zurück in die Vergangenheit: Der Nationalitätenhader im verschwindenden Osteuropa*, *Frankfurter Rundschau* 11.12.1990; Georg Brunner, *Vom Zwang befreit - Rückbesinnung auf die eigene Identität. Nationalstaaten und Minderheiten in Osteuropa*, *FAZ* 28.11.1991.

(70) Auch hier schwanken die Zahlen beträchtlich, am weitesten bei den Roma, zwischen 35.000 und einer Million, vgl. André Liebich, *l.c.*, S. 38. - Hinzu kommt eine schnell wachsende Zahl von Flüchtlingen, derzeit - unter Einschluß der aus Rumänien geflohenen Ungarn rund 100.000. Vgl. dazu Judith Pataki, *Increasing Intolerance of Foreigners*, *RFE/RL, Research Report* 8.5.1992, S. 35.

Staat ungefestigt bleibt, halten sie die nationale Problematik auf ambivalente Art und Weise virulent: Auf der einen Seite kommen ähnlich wie in der Slowakei nur wenige Parteien ohne nationalistisch-populistischen Flügel aus, deren Gewicht zu wachsen scheint. Auf der anderen versichert die Regierung, ihre Sorge um die Auslandsungarn stelle keine Grenzen in Frage. Jedenfalls, so eine vielsagende und irritierende Nuance, "nicht gewaltsam".⁽⁷¹⁾

Ungarn setzt darauf, daß die Gewährung umfassender Minderheitenrechte seine Nachbarn zur Nachahmung veranlassen werde. Als erstes postkommunistisches Land hat es ein Minderheitenschutzgesetz ausgearbeitet.⁽⁷²⁾ Dessen Vorbildwirkung steht bisher freilich noch aus. Zumal Rumänien tat wenig, die Rechte seiner Ungarn zu verbessern. Die Beziehungen zwischen Budapest und Bukarest sind deshalb gespannt.

Innenpolitisch scheint in Ungarn die illiberale, gegen den Westen gerichtete Stimmung zuzunehmen. Der populistische Flügel des Demokratischen Forums und seine aggressive Wochenzeitung bedienen sich bei ihrer Forderung nach regierungsloyalen Medien solcher Töne: "Das Vaterland ist in Gefahr. Äußere und innere Feinde bedrohen uns. Der äußere Feind steht hinter dem inneren. Wir wollen keine Pressefreiheit, weil sie nur zu unerträglichen Schmähkampagnen führt. Wir wollen keine Redefreiheit, weil auch sie zu Schmähkampagnen führt. Wir wollen Presseanstand und Redeanstand."⁽⁷³⁾ Der Schriftsteller Geörgy Konrad ging so weit, den Autoritarismus von Antalls Demokratischem Forum mit der kommunistischen Parteiherrschaft gleichzusetzen. Umgekehrt wird er wie andere Vorkämpfer der Demokratie heute der mangelnden Vaterlandsbindung und - Wiederkehr des immergleichen antisemitischen Ressentiments - des "Kosmopolitismus" geziehen.

3.1.2. Südosteuropa vor einem neuen Balkankrieg?

Bei den ersten freien Wahlen zur Konstituante im Juni 1990 vermochte in Bulgarien die Sozialistische Partei, wie sich die alte KP nun nennt, mit 47% die Macht zu behaupten. Doch mußte sie Konzessionen machen und der Wahl des Oppositionsführers Scheliu Schelew zum Präsidenten zustimmen (der im Januar 1992 mit 52,8% der Stimmen

(71) So György Csoti, Mitglied des Demokratischen Forums und stellvertretender Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, im Herbst 1991. Nicht minder besorgniserregend war die Aussage von Ungarns Verteidigungsminister Lajos Für im Februar 1992, die Sicherheit der Nation umfasse auch die Ungarn außerhalb des eigenen Territoriums! Beides zit. nach Pal Dunay, *Stability and Instability in Europe: The Contribution of Hungary*, l.c., S. 11 und S. 15. - Von Jozsef Antall stammen auch befremdende Äußerungen zu Trianon, etwa die, man habe die Vojvodina seinerzeit nicht an Serbien, sondern an Jugoslawien abgetreten. Die Diskrepanz zwischen solcher Rhetorik und dem Eingeständnis, die Ungarn in Serbien seien "Geiseln", weshalb Budapest zum "Wohlverhalten verpflichtet" sei, beschrieb Viktor Meier, *Ungarn in Europa. Die Hoffnungen liegen im Westen, die Schwierigkeiten im Osten*, FAZ 5.5.1992.

(72) Vgl. Alfred A. Reisch, *First Law on Minorities Drafted*, RFE/RL, Research Report, 13.12.1991, S. 14-18.

(73) Zit. nach Endre Gömögi: *Medienkrieg in Ungarn. Straßenkämpfe, Übergriffe, Probleme mit der Pressefreiheit*, FAZ 21.3.92.

eindrucksvoll bestätigt worden ist). Die Wahlen vom 13. Oktober 1991 ergaben eine andere Mehrheit: Die "Union der Demokratischen Kräfte" gewann mit 34,36% knapp vor den Sozialisten mit 33,14%. Der zweite Sieger war die "Bewegung für Rechte und Freiheiten", die 7,5% errang - die Partei der türkischen Minderheit.

Zur Erbschaft des Osmanischen Reiches gehört, daß in Bulgarien trotz massenhafter Vertreibungen zwischen 1949 und 1951 über das ganze Land verstreut rund eine Million Muslime leben, etwa 12% der Bevölkerung, außerdem rund 200.000 Pomaken, islamisierte Bulgaren. Zur Erbschaft des Parteikommunismus gehört, daß diese Muslime nach der in den achtziger Jahren betriebenen Zwangsbulgarisierung - der rund 350.000 die Emigration vorzogen, wovon nach 1989 etwa die Hälfte wieder zurückgekehrt ist - nun auf ihre Traditionen pochen, während Bulgarien jede Minderheitenautonomie ablehnt. Es könnte sich deshalb als verhängnisvoll erweisen, daß ausgerechnet die "Bewegung für Rechte und Freiheit" das Zünglein an der politischen Waage bildet. Sie trägt die am 8. November 1991 unter Filip Dimitrow gebildete Regierung mit. Doch wie sehr sie um ihre heikle Situation weiß, zeigt sich daran, daß sie bisher weder Ansprüche stellte noch an der Regierung beteiligt ist. In der Tat setzt die Sozialistische Partei nationalistisch auf die antitürkische Karte: Der Regierung, die für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht wird, obendrein vorwerfen zu können, sie hänge von "den Türken" ab, ist für sie ein gefundenes Fressen. Zumal sich öffentliche Meinung und vox populi schwer damit tun, daß die Regierung auf die Minderheit angewiesen ist - die ungeachtet all ihrer patriotischen Bekenntnisse weithin als verlängerter Arm des alten "Erbfeindes" perzipiert wird. (74)

Auch äußere Entwicklungen tragen dazu bei, tiefsitzende Animositäten zu schüren. Markige Rhetorik in Ankara, die Türkei sei die natürliche Schutzmacht aller Türken und Muslime auf dem Balkan, heizt nationalistische Ressentiments zusätzlich an. Schwerer wiegt, daß der Zerfall Jugoslawiens die "vielleicht unlösbarste Frage revitalisiert, was Mazedonien nun ist oder sein sollte - ein Streit, an dem jede Nationalität und jeder Staat auf dem Balkan (...) beteiligt ist." (75) Einst Teil des Bulgarischen, seit 1382 des Osmanischen Reiches, nach dem russisch-türkischen Krieg 1878 Bulgarien zugesprochen, wurde die Region Mazedonien 1913 unter Griechenland, Serbien und Bulgarien aufgeteilt, die ihre jeweiligen Teile alsbald massiv zu assimilieren begannen. In beiden Weltkriegen hatte Bulgarien Mazedonien wieder erobert, die Mazedonier galten weithin als "Bulgaren". Die Gründung eines jugoslawischen Mazedonien im April 1945 durch serbische Abtretung war mit der regelrechten Schöpfung einer mazedonischen Nationalität verbunden und sollte zu Bulgaren und Serben gleichermaßen Distanz schaffen. (76) Sofia hatte zu Stalins Zeiten eine eigenständige mazedonische Ethnie anerkannt, um dann davon wieder abzugerücken: Noch 1956 wies die bulgarische Statistik fast 200.000 Mazedonier aus, die 1975 verschwunden waren. Präsident Schelew tat

(74) Vgl. Kjell Engelbrekt, *Bulgaria - Nationalism Reviving*, in: RFE/RL, Report on Eastern Europe 29.11.1991, S. 1-6.

(75) So Daniel N. Nelson, *Im Kielwasser der Revolution: Osteuropa in den neunziger Jahren*, Osteuropa 4/1992, S. 356. - Symptomatisch sind auch zwei miteinander absolut unvereinbare Beiträge über die Position Griechenlands zu Skopje in der Neuen Zürcher Zeitung v. 18.6. und vom 21./22.6.1992.

(76) Vgl. dazu Duncan M. Perry, *Macedonia: A Balkan Problem and a European Dilemma*, RFE/RL Research Report 19.6.1992, S. 35-45.

noch im August 1991 eine eigenständige mazedonische Ethnie als "Erfindung der Komin-tern" ab.⁽⁷⁷⁾ Um so überraschender war, daß Bulgarien am 16. Januar 1992 als erster Staat die "Republik Mazedonien" - Griechenland spricht hartnäckig von der "Republik Skopje" - anerkannte. Zum einen scheint man inzwischen die Existenz eines mazedonischen Volks nicht mehr in Frage zu stellen, zum anderen sollte die Anerkennung wohl auch irredentistischen Ansprüchen Skopjes auf "Blutsbrüder" in Bulgarien entgegenwirken. Bekanntlich bewegt dieselbe Angst, verbunden mit einem mythisch in der Antike verankerten Nationalgefühl, Griechenland dazu, den Nachbarn im Norden hartnäckig die Anerkennung zu verweigern. Die "Republik Mazedonien" befindet sich damit in einer höchst mißlichen Lage: Sie gehört nicht mehr zu Jugoslawien und ist doch kein souveräner Staat; von den beiden ökonomisch wichtigsten Nachbarn, Griechenland und Serbien, wird sie boykottiert. Daß die Truppen der jugoslawischen Bundesarmee am 27. März das Territorium der "Republik Mazedonien" verließen, vermag dort niemanden darüber hinweg zu täuschen, daß sie für radikale serbische Nationalisten Serbia irredenta war und bleibt. Darin liegt ein kriegsträchtiges Potential, das Bulgarien und Griechenland involvieren könnte. Außerdem würde ein offener Bürgerkrieg im Kosovo nicht nur Albanien einbeziehen, sondern auch Mazedonien - aufgrund seiner geographischen Lage, aber auch, weil er die bisher vergleichsweise zivile Koexistenz mit der albanischen Minderheit zerstören würde. Kurzum: Blieb der Krieg im zerfallenen Jugoslawien, so schrecklich er ist, bisher begrenzt auf dessen frühere Republiken, so könnte "die Republik Mazedonien zum letzten fallenden Dominostein in einem komplexen Spiel sie selbst und seine Nachbarn involvierender Nationalismen werden."⁽⁷⁸⁾

In Rumänien war aus den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 20. Mai 1990 die "Front der Nationalen Rettung" als Siegerin hervorgegangen, eine Koalition heterogener, von Ceausescu an den Rand gedrängter Funktionäre aus Partei, Armee und Securitate. Sie verfügte über eine Zweidrittelmehrheit, Präsident Ion Iliescu wurde mit 85% der Stimmen gewählt. Sein autoritäres Regime erfuhr dadurch eine plebiszitäre Weihe. Doch kam es in der neuen Führung schon bald zu heftigen Kontroversen zwischen Iliescu und seinem Premier Petre Roman, bis heute Parteiführer der "Front der Nationalen Rettung" (von der sich freilich im März 1992 die Iliescu-treue "Demokratische Nationale Rettungsfront" abgespalten hat). Nach dem Putsch in Moskau spitzte sich der Zwist zwischen Präsident Iliescu, sekundiert vom Sicherheitschef Magureanu, und den Gefolgsleuten von Roman zu. Ende September 1991 marschierten vom Sicherheitsapparat mobilisierte Bergarbeiter in Bukarest ein und verlangten den Rücktritt des Premierministers Petre Roman. Die Aktion gelang, an seine Stelle trat Theodor Stolojan, der die Regierung bis zu den für Juni 1992 anberaumten, inzwischen vertagten Parlamentswahlen führen soll. Bei den Kommunalwahlen im Februar 1992 zeichnete sich eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse ab. Zwar gewann die "Front der Nationalen Rettung" wieder die Mehrheit der Mandate, doch büßte sie rund

(77) Zit. *ibid.*, S. 42.

(78) *Ibid.* S. 45.- Ibrahim Rugova, anerkannter Führer der Kosovoo-Albaner, erklärte im Juni: "Im Kriegsfall würden wohl auch die Albaner Mazedoniens solidarisch mit uns sein. Das sind übrigens 40 Prozent der dortigen Bevölkerung und nicht 20 Prozent, wie die Regierung in Skopje behauptet. Natürlich sehe ich auch die Gefahr einer internationalen Ausweitung. Bulgarien könnte sich, wenn es Mazedonien 'destabilisiert' sieht, als Retter anbieten." (Interview im "Spiegel" v. 8.6.1992, S. 160)

die Hälfte ihrer früheren Wähler ein, während die oppositionelle "Demokratische Konvention" ihren Anteil verdoppelte. Freilich konnten auch die Ultrationalisten teilweise beträchtliche Erfolge verbuchen.

Im November 1991 verabschiedete die Konstituante die neue rumänische Verfassung, die am 8. Dezember in einem Referendum mit 77,3% angenommen wurde. Die an das französische Vorbild angelehnte Präsidialverfassung schreibt die nach dem Sturz Ceausescus erlangenen Freiheiten fest, manches soll durch Ausführungsgesetze konkretisiert werden. Was mit Sicherheit in den Katalog der offenen Fragen gehört, ist der Knäuel ethnischer und religiöser Probleme. Als Ergebnis des Vertrags von Trianon leben in Rumänien rund zwei Millionen Ungarn, ferner Deutsche, Roma, Juden und andere Minderheiten.⁽⁷⁹⁾ Gegen sie richten sich zahlreiche chauvinistische Gruppierungen wie "Rumänische Heimstatt" und "Partei der Nationalen Einheit der Rumänen", "Großrumänische Partei" u.a. Sie lehnen Demokratie und Reformen ab und verknüpfen ihren völkischen Haß auf alle Minderheiten mit "großrumänischen" Aspirationen, wobei antiwestliche Ressentiments und Nostalgie für die Ceausescu-Epoche eine trübe Mischung eingehen. Ihre aggressive Agitation gegen Ungarn, Juden und Roma, aber auch gegen Katholiken, Reformen und Intellektuelle überbietet noch die Demagogie des konservativen Establishments. Das gilt für Territorialforderungen an die Nachbarn ebenso wie nach innen. Bis heute ist Rumänisch einzige Amtssprache, die ungarischsprachigen Fernsehsendungen wurden drastisch eingeschränkt, und über dem "Demokratischen Bund der rumänischen Ungarn" schwebt das Damoklesschwert des Verbots. Wenn auch seit dem schrecklichen Pogrom von Tirgu-Mures im März 1990 nichts Vergleichbares geschah, so hat sich doch die Situation der Minderheiten in Rumänien nicht verbessert.

Seit den Annexionen von 1939 lebten rund 3,5 Millionen Rumänischsprechende in der Sowjetunion: allein 2,8 Millionen in Moldowa, das die Wiedervereinigung anstrebt, die anderen vor allem in der heute zur Ukraine gehörenden Nordbukowina. Ebenso wie Moldowa, das mit Rumänien einen "Vertrag über Brüderlichkeit und Integration" zu unterzeichnen plant und dessen Nationalgarde mit rumänischer Hilfe aufgestellt wurde, wehrt sich auch Rumänien gegen die Abtretung der umkämpften, selbsternannten "Dnjestr-Republik". Zwar ist Transnistrien dem heutigen Moldowa erst 1940 einverleibt worden, doch läßt man das in Bukarest und Chisinau nicht gelten, da man damals die Nordbukowina und das südliche Bessarabien an die Ukraine verloren habe. Die umstrittene Grenze zwischen Moldowa und der Ukraine scheint zum Testfall zu werden.

Albanien, das ärmste Land Europas mit seinen gut drei Millionen Einwohnern, ist in ethnischer Hinsicht vergleichsweise homogen; Minderheiten bilden Griechen, Mazedonier und Roma. Die Zahlen sind umstritten: Tirana zufolge gibt es rund 60.000 Griechen in Albanien, in Athen spricht man von um die 350.000. Die ersten freien Wahlen im Jahre 1990 bescherten den Sozialisten, d.h. der früheren KP, noch eine Zweidrittelmehrheit. Bei der Parlamentswahl von Ende März 1992 kam es zu einem Erdbeben. Jetzt erhielt die Demo-

(79) Die Schätzungen gehen in Rumänien extrem auseinander, bei den Roma zwischen 200.000 und 7 Millionen, bei den Ungarn zwischen 1,7 und 2,5 Millionen, bei den Ukrainern zwischen 60.000 und 600.000, vgl. André Liebich, l.c., S. 38.

kratische Partei des Arztes Sali Berisha 69,3%, während die Sozialisten lediglich noch 20.7% erreichten. Die wirtschaftliche Lage ist katastrophal, im Februar 1992 kam es in Albanien zu regelrechten Hungeraufständen. Es ist zweifelhaft, ob sich die großen Erwartungen der Albaner auf rasche Besserung durch westliche Hilfe, die von Berishas Leuten im Wahlkampf verheißen wurde, erfüllen können. Deshalb bürgt die imposante Mehrheit nicht eo ipso für künftige Stabilität.

Die Nationalitätenproblematik wird davon bestimmt, daß die ethnischen Albaner außerhalb des Staates fast ebenso zahlreich sind wie die in Albanien - "die andere Hälfte der Nation", wie viele sagen. Rund zwei Millionen leben im zerfallenen Jugoslawien, davon 1,5 Millionen im Kosovo, 450.000 in Mazedonien, je um die 45.000 in Südserbien und in Montenegro. Hinzu kommt eine große Zahl von Flüchtlingen, allein in Griechenland befinden sich, zumeist illegal, 150.000 Albaner.⁽⁸⁰⁾ Das kommunistische Albanien war in seiner Nationalitätenpolitik trotz Kritik an der serbischen Repression vergleichsweise zurückhaltend. Es fürchtete die liberalere Atmosphäre im Kosovo und wollte keinen Konflikt mit Jugoslawien und Serbien. Heute befürworten alle politischen Gruppierungen Albanien eine Wiedervereinigung - auf friedlichem Wege, wie meist hinzugefügt wird. Berisha forderte im Wahlkampf den "nationalen Zusammenschluß" und will künftig die Solidarität mit den Albanern jenseits der Grenze stärker betonen. Alle Albaner, die wollen, kündigte er an, können die Staatsbürgerschaft bekommen. Derzeit hat weder die Führung der Albaner im Kosovo noch diejenige der mazedonischen Albaner die Vereinigung mit dem Mutterland auf dem Programm, was angesichts der ökonomischen Misere dort niemanden wundert.

In der "Republik Mazedonien" leben der albanischen Minderheit zufolge mehr als 700.000 Albaner, fast doppelt so viel wie die offizielle Zahl angibt. Sie boykottierten am 8. September 1991 das Unabhängigkeitsreferendum und protestierten gegen den Verfassungsentwurf, weil er sie nicht mit der Titularnation gleichstellte. Wie angedeutet, könnten sich auch hier bald Konflikte verschärfen, die bisher durch relative Prosperität, demokratischere Verhältnisse und durch eine gewisse Konzilianz Skopjes gemildert wurden, dem in seinem Kampf um Anerkennung daran gelegen ist, den Nationalitätenkonflikt mit Griechenland beizulegen und mit Albanien gar nicht erst zu beginnen.

Auch existiert ein Streit zwischen Albanien und Griechenland, das erst 1987 den Kriegszustand mit Albanien formell beendet hat. Schon die auseinanderklaffenden Angaben über die Zahl der Griechen im Süden Albanien sind vielsagend. Daß das Parlament in Tirana "Omonia", eine Partei der griechischen Albaner, von den Wahlen ausschließen wollte, verschlechterte die Beziehungen. Eine albanische Organisation fordert Rehabilitation und Besitzrückgabe für Albaner, die während des Weltkrieges oder kurz danach aus dem griechischen Südepirus vertrieben worden waren. Umgekehrt verlangen nationalistische Kräfte in Griechenland Nordepirus - das 1914 im Protokoll von Florenz als Ausgleich für das an Serbien zugefallende Kosovo Albanien zugesprochen wurde - für den Fall zurück, daß sich Kosovo mit Albanien vereinigen sollte.

(80) So die Angabe von Ministerpräsident Mitsotakis in einem Interview mit dem "Spiegel" v.15.6.1992, S. 164.

Doch das sind Kleinigkeiten im Vergleich zur explosiven Lage im Kosovo. Dessen Grenze ist abgeriegelt, die Bürger brauchen ein Ausreisevisum, um ins benachbarte Albanien zu gelangen. Nach dem Zerfall Jugoslawiens, der im Kosovo seinen Ausgang nahm, wird den dortigen Albanern à la longue niemand das Selbstbestimmungsrecht absprechen können. Insofern birgt die "albanische Frage" im Kosovo erheblichen Zündstoff. Das Amselfeld, für Belgrads historischen Mythos die Wiege der Nation - "das Herz Serbiens, unsere gesamte Geschichte liegt dort begraben"⁽⁸¹⁾ -, war schon seit dem 17. Jahrhundert mehrheitlich von Albanern besiedelt, wurde aber nach den Balkankriegen 1912/13 Serbien zugeteilt. Daß im Kosovo, wo die albanische Bevölkerung heute 90% ausmacht, der Lebensstandard früher höher war als in Albanien, zügelte den Anschlußwunsch ebenso wie die Diktatur Enver Hodschas. Das hat sich indes verändert. Nachdem Serbien den Autonomiestatus des Kosovo rücksichtslos aufgehoben hat, Proteste blutig unterdrückt und die albanische Mehrheit einer Art völkischem Terror aussetzt⁽⁸²⁾, dürfte es bei den derzeit aufgeputschten nationalistischen Gefühle und seiner internationalen Isolierung kaum Anstalten machen, auf das Kosovo zu verzichten oder den Albanern auch nur ein bißchen kulturelle Autonomie zu gewähren. Tschetnik-Führer Vojislav Seselj fordert unverblümt: "Wir müssen unsere Landsleute aus Kroatien nach Kosovo umsiedeln und die Albaner nach Albanien vertreiben."⁽⁸³⁾ In der Abteilung für Kriegsstudien am Londoner King's College rechnet man schon für diesen Herbst mit der gewaltsamen Vertreibung der albanischen Minderheit aus dem Kosovo.⁽⁸⁴⁾ In der Tat bängen manche Beobachter, mit einem provozierten Aufstand im Kosovo könnten die Anhänger "Großserbiens" den Krieg auch ins Herzland ihres Mythos tragen. Das zöge Albanien fast unweigerlich in den Krieg ...

Schon jetzt stärken neben dem Terror das ökonomische Desaster⁽⁸⁵⁾ und die Aussichtslosigkeit, wenigstens den 1989 aufgehobenen status quo ante zurückzugewinnen, im Kosovo die albanische Irredenta: Im September 1991 votierten in einer von der Untergrundregierung organisierten Volksbefragung im Kosovo 99,7% für Unabhängigkeit; bei den Ende Mai 1992 durchgeführten, illegalen, aber von den serbischen Autoritäten geduldeten Wahlen wurde Ibrahim Rugova, der Vorsitzende des den Anschluß an Albanien betreibenden Demokratischen Bundes, zum Präsidenten gewählt.

(81) So Präsident Milosevic, "Spiegel" 8.6.1992, S. 159.

(82) Im Bericht einer KSZE-Mission vom Juni 1992 hieß es dazu: "Nahezu alle Grund- und weiterführende Schulen im Kosovo sind geschlossen. An der Universität in Pristina sind die Vorlesungen in Albanisch eingestellt worden. Tausende von Schullehrern und Hunderte von Universitätsmitarbeitern sind unter allen möglichen Vorwänden entlassen worden; dazu zählen der Gebrauch des Albanischen als Amtssprache.(...) Als eine Notstandsmaßnahme sind 'Parallel-Schulen' auf freiwilliger Grundlage in der gesamten Region eröffnet worden, und wie es heißt, werden sie von zwei Dritteln der insgesamt 450.000 Schüler regelmäßig besucht." (dokumentiert in der FAZ v. 11.6.1992)

(83) Zit.n. "Spiegel" 18.5.1992, Panorama-Ausland.

(84) Bernhard Heimrich, Bosnien und der Londoner Sandkasten. Die "Erweiterte Jugoslawien-Konferenzen" in der britischen Hauptstadt vor unlösbaren Aufgaben, FAZ 26.8.1992.

(85) Dazu noch einmal Ibrahim Rugova: "Wir haben heute unter den Albanern eine Arbeitslosigkeit von 90 Prozent. Die wirtschaftliche Lage ist katastrophal. Wir leben ausschließlich von den Überweisungen unserer Gastarbeiter" (Interview im "Spiegel" 8.6.1992, S. 161)

3.1.3. Spannungen zwischen Demokratie und Nationalismus in den baltischen Staaten

Am 6. September 1991 erkannte der Staatsrat der UdSSR die Souveränität Litauens, Estlands und Lettlands an. Vorausgegangen war die Anerkennung durch viele andere Staaten. Vier Tage später wurden sie in die KSZE aufgenommen, am 17. September 1991 in die UNO. 51 Jahre nach ihrer Annexion haben somit Litauen, Estland und Lettland ihre Existenz als souveräne Staaten zurückgewonnen.

Danach hatte es wenige Monate zuvor noch gar nicht ausgesehen. Mit ihren Unabhängigkeitserklärungen, an deren Legitimität Referenden mit überwältigenden Mehrheiten (am 9. Februar mit 84% in Litauen, am 3. März mit 83% in Estland und 87% in Lettland) keinen Zweifel ließen, wurden sie Zielscheibe gezielter Terrors durch konservative Kräfte: Im Januar stürmten sowjetische Soldaten - die in Moskau niemand geschickt haben wollte - die Rundfunkstation in Vilnius. Im Mai wurden litauische Grenzposten überfallen. Unmittelbar nach dem gescheiterten Moskauer Putsch verbieten alle drei Republiken Kommunistische Parteien und KGB. Am 20. August proklamiert das Parlament Estlands, am 21. das Lettlands die sofortige Unabhängigkeit, Litauens hatte seine schon am 11. März 1990 verkündet.

Die drei baltischen Staaten bezeugen den Funktionswandel des Nationalismus exemplarisch. Verlieh der Wunsch nach Selbständigkeit Gorbatschows Reformkurs und der Demokratisierung des politischen Systems anfangs ihre Schubkraft, so müssen sich heute prominente Protagonisten der demokratisch-nationalen Bewegung als "Volksfeinde" beschimpfen lassen, weil sie auch dem autoritären Nationalismus gegenüber wieder auf ihrem Recht auf Kritik beharren.⁽⁸⁶⁾ Dieser integrale Nationalismus⁽⁸⁷⁾ greift in der Tradition der politischen Romantik zurück auf wilde Reiter und mythische Großfürsten aus der Frühzeit, die er unmittelbar in die nationale Kontinuitätslegende webt; aber auch die kurze Phase nationalstaatlicher Existenz in der Zwischenkriegszeit wird zum Arsenal nationaler Erinnerung. Autoritären Diktatoren wie Antanas Smetona widerfährt dabei eine neue patriotische Heldenverehrung. Umgekehrt finden sich namhafte Antifaschisten, bisher als Helden gefeiert, unversehens zu "Kollaborateuren" gestempelt - nämlich der Roten Armee. Und ehemalige Komplizen der Wehrmacht, die nach Kriegsende als Partisanen gegen die Rote Armee kämpften, verwandeln sich im Prisma nationalistischer Geschichtsschreibung umstandslos zu Heroen nationaler Kontinuität. Daß bei der Revision von Urteilen sowjetischer Schnell-

(86) So beispielsweise in Litauen der Philosoph und Publizist Arvydas Juozaitis, der erste Generalsekretär der Volksfront "Sajudis", 1991 Gastforscher an der HSKF. Vgl. seinen demnächst veröffentlichten Text *The Lithuanian Independence Movement and National Minorities*; ferner Alexej Somejonow, *Die verleugnete Geschichte. Der neue Nationalismus im Baltikum*, FAZ 30.12.1991.

(87) Seine völkischen, Minderheiten ausschließenden Momente sind nicht säuberlich zu trennen von seinen liberalen Zügen - ähnlich wie im frühen deutschen Volkstumsnationalismus (vgl. Anm. 17). Der in der Literatur beliebten Unterscheidung zwischen "integralem Nationalismus" und Risorgimento-Nationalismus (vgl. etwa Peter Alter, op. cit., S. 29-56) haftet deshalb etwas Schematisches an. - Den romantischen Nationalismus Litauens beschreibt Tomas Venclova, *Die Erben des Gediminas*, in: *Transit. Europäische Revue* 2/1992, S. 133-14.

gerichte auch manche tatsächlichen Kriegsverbrecher Litauens, die sich als willfährige Helfershelfer der Nazis bei der Judenvernichtung hervorgetan haben, rehabilitiert wurden, hat international Aufmerksamkeit erregt.⁽⁸⁸⁾

Auch manche Drangsalierung der zahlreichen Minderheiten durch den Nationalismus in der Zwischenkriegszeit scheint wiederzukehren. Mit Hilfe von zahlreichen Maßnahmen, die unfreiwillig an völkische Traditionen erinnern, versuchen die restituierten baltischen Nationalstaaten nun, ihre Titularvölker (80% in Litauen, 61,5% in Estland und 51,8% in Lettland) auf Kosten der Minderheiten - v.a. Russen, aber auch Polen, Ukrainer u.a. - zu privilegieren. Nicht nur der bereits genannte Konflikt zwischen Vilnius und Warschau⁽⁸⁹⁾, sondern auch wiederholte Auseinandersetzungen um die einzige Sprache sowie um die seit der Unabhängigkeit immer restriktiver auf Wahrung der "nationalen Identität" zielenden Staatsbürgerschaftsgesetze sind die Folge. An der Volksabstimmung über die neue Verfassung, die Estland am 28. Juni 1992 durchführte, konnte beispielsweise teilnehmen, wer nach einem Gesetz von 1938 anerkannter Staatsbürger war oder von solchen abstammt. Damit waren vierzig Prozent der Bevölkerung, zum Teil seit je in Estland zu Hause, ausgeschlossen. Das wiederholt sich bei den Parlamentswahlen im September, während bei Kommunalwahlen auch die Nicht-Esten wählen dürfen. Künftig kann die Staatsbürgerschaft beantragen, wer mindestens zwei - in Lettland zehn - Jahre im Lande gelebt hat, die Staatssprache beherrscht und weder zur sowjetischen Polizei noch zum Militär gehörte.⁽⁹⁰⁾ Den Versuch Rußlands, diese Diskriminierungen in Helsinki vor die KSZE zu bringen, beantworteten die Präsidenten Rütel, Gorbunov und Landsbergis ungerührt mit dem Hinweis auf die völkerrechtswidrige Truppenstationierung.⁽⁹¹⁾

3.2. Staatenbildende Potenz und kriegsträchtige Gewalt des Nationalismus in der ehemaligen Sowjetunion

Es ist noch nicht ausgemacht, ob die Nachfolgeorganisation der Sowjetunion, die am 21. Dezember 1991 offiziell in Alma-Ata gegründete "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten"(GUS), Bestand haben wird. Auch deutet vieles darauf hin, daß der staatliche Zerbröckelungsprozeß noch nicht an sein Ende gelangt ist. Ließ die Verwandlung in souveräne Staaten die in der Sowjetperiode gezogenen Republikgrenzen zunächst unangetastet, so droht nun auch dieser Damm einzubrechen. Im Interesse an einer minimalen Stabilität sind

(88) Vgl. dazu den Bericht Schlechtes Zeugnis im "Spiegel" v. 7.10.1991, S. 220-224.

(89) Vgl. Jan B. de Weydenthal, The Polish-Lithuanian Dispute, in: Report on Eastern Europe, 11.10.1991, S. 20-23.

(90) Siegfried Thielbeer, Privilegierte - einst und jetzt. Die baltischen Staaten und ihre russischen Minderheiten, FAZ 14.7.1992. Daß bisher offenbar erst vergleichsweise wenig Russen, Ukrainer und Weißrussen in Estland die Staatsbürgerschaft beantragt haben, hängt auch damit zusammen, daß diese den Reiseverkehr im Vergleich zu früher erschwert. - Trotz illiberaler Tendenzen genießen die baltischen Staaten hierzulande eine meist wohlwollende bis apologetische Berichterstattung, nur allzu gern scheint man den antirussischen Affekt zu teilen.

(91) FAZ 13.7.1992.

die Grenzen aber sakrosankt und unantastbar, weil sie willkürlich sind. In mehreren Konflikten stehen jedoch die Grenzen zwischen den aus den Sowjetrepubliken hervorgegangenen Staaten zur Disposition: Die Eroberung eines Landkorridors zwischen Armenien und der Exklave Berg-Karabach, die Sezession der selbsternannten Dnjestr-Republik, von Teilen der Armee und der politischen Klasse in Moskau unterstützt, sowie der Streit zwischen der Ukraine und Rußland um die Krim, aber auch die Kriege im Nordkaukasus - die spektakulärsten Fälle - könnten sich unversehens zum Flächenbrand ausweiten. Hinzu kommt, daß in den neuen Nationalstaaten eine Reihe von Völkern eigene staatliche Unabhängigkeit beansprucht oder Grenzen in Frage stellt: Tschetschenen, Tataren, Südosseten, Abchasen, Gagausen, um nur einige zu nennen. Es erinnert fatal an die Ideologie der Alldeutschen oder an großserbische Losungen, wenn der russische Verteidigungsminister Pawel Gratschow drohend die Entterritorialisierung Rußlands⁽⁹²⁾ kundtut: "Wenn die Ehre und Würde der russischen Bevölkerung in irgendeiner Region der GUS beeinträchtigt wird, nicht nur in Tschetschenja, werden von mir die entschiedensten Maßnahmen bis hin zum Einsatz von Truppen getroffen werden, um eine Diskriminierung, Übergriffe und rowdyhaftes Verhalten gegenüber Russen nicht zuzulassen."⁽⁹³⁾

3.2.1. Von der UdSSR zum ungeklärten Provisorium GUS

Nachdem sich mit der Auflösung des RGW am 27. Juni und des Warschauer Paktes am 1. Juli 1991 der einst so furchtgebietende "Ostblock" aufgelöst hatte, brach im Dezember der Vielvölkerstaat Sowjetunion auseinander - eine historische Epoche ging zu Ende. Die 15 früheren Sowjetrepubliken konstituierten sich als souveräne Nationalstaaten, die - mit Ausnahme der drei baltischen Staaten und Georgiens - von der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" (GUS) noch lose zusammengehalten werden. Das Nuklearpotential übernahm ebenso wie den Sitz in der UNO Rußland, doch sind daneben auch die Ukraine, Kasachstan und Weißrußland zumindest vorübergehend zu Atommächten geworden.⁽⁹⁴⁾ Zwar hat man, nicht zuletzt auf Druck des Westens, bis Mai 1992 alle taktischen Atomwaffen auf russisches Territorium gebracht,⁽⁹⁵⁾ doch bleibt die Versuchung für die politische Elite in Kiew,

(92) Rußland bleibt auch in seiner erneuerten Gestalt ethnisch heterogen: "'Rossija' ist (...) kein ethnischer, sondern ein imperialer Begriff, und der reicht, weil er von jeher auf das Russische Reich bezogen war, über das Rußland Jelzins weit hinaus. Schwer vorstellbar, daß der russische Nationalismus vom imperialen Erbe lassen könnte, mit dem er groß geworden ist." (Dietrich Geyer, Zerfall und neue Nationalismen, FAZ 2.5.1991)

(93) Zit. n. FAZ v. 6.6.1992.

(94) Vgl. dazu William Walker, Nuclear Weapons and the former Soviet Republics, International Affairs 2/1992, S. 255-277.

(95) Damit verbleiben nach amerikanischen Angaben in den drei genannten Republiken 2.352 strategische Gefechtsköpfe. Zahlen nach FAZ 7.5.1992. - Vgl. auch Hannes Adomeit, Fragen nach dem Zerfall eines Imperiums. Was wird aus den ehemals sowjetischen Streitkräften und welche Einflußmöglichkeiten hat der Westen?, FAZ 20.3.1992, sowie Anna Kreikemeyer und Ursel Schlichting im Friedensgutachten 1992, l.c., S.162-166.

Minsk und Alma-Ata groß, aus den strategischen Nuklearpotentialen politisches Verhandlungskapital zu schlagen.

Der endlose Streit um den Erhalt der Union geriet zum Katalysator ihres Zerfalls.⁽⁹⁶⁾ Ein am 17. März 1991 durchgeführtes Referendum, um die Union in der veränderten Gestalt einer Föderation zu bewahren, wurde damals noch von einer stattlichen Mehrheit von 76,4% befürwortet (bei einer Wahlbeteiligung von rund 80%). Das Ergebnis besaß indes mehrere Schönheitsfehler. In den größten Städten sahen die Zahlen anders aus, zudem war die Abstimmung von den baltischen Staaten, Armenien, Georgien und Moldawien boykottiert worden. Am 23. April 1991 unterzeichnete Gorbatschow mit den Repräsentanten der übrigen neun Republiken in Nowo Ogorjowo eine "Gemeinsame Erklärung" über den Fortbestand der Sowjetunion. Sie sah Neuwahlen für die Organe der Union nach der Ratifizierung des Unionsvertrages und der Verabschiedung einer Unionsverfassung vor. Zugleich unterstrichen die Teilnehmer dieses "9 plus 1"-Abkommens expressis verbis das Recht der sezessionistischen Republiken, über einen Beitritt zum Unionsvertrag selbständig zu befinden. Die "Union der Souveränen Sowjetrepubliken" wurde am 4. Juni beschlossen. Am 12. Juli 1991 stimmte der Oberste Sowjet mit überwältigender Mehrheit (307:11 Stimmen, 18 Enthaltungen) dem Entwurf des neuen, föderalistischen Unionsvertrages grundsätzlich zu.

Einen Tag vor der vorgesehenen Unterzeichnung des noch einmal veränderten Unionsvertrages findet am 18. August 1991 der Putschversuch statt, der freilich nach drei Tagen jämmerlich scheitert. Sein Verlauf hat zuerst das Schicksal der einst so mächtigen KPdSU besiegelt: Am 24. August tritt Michail Gorbatschow als Generalsekretär zurück, fünf Tage später wird die einst allmächtige Partei vom russischen Präsidenten vorläufig verboten - ohne daß sich nennenswerter Widerstand erhoben hätte. Am 6. November folgt das definitive Parteiverbot in der RSFSR, die das Parteivermögen übernimmt.

Der mißglückte Putsch beschleunigt auch den Zerfall der Union: Zwei Tage nach dem Putschversuch erklären Lettland und Estland ihre Unabhängigkeit, Litauen war bereits am 11. März 1990 vorgeprescht, Georgien am 9. April 1991. Am 24. August proklamiert das Parlament der Ukraine den Austritt und die Gründung eines selbständigen Staates mit eigener Währung und Armee, einen Tag darauf folgt Weißrußland. Damit existiert der slawische Kern der Sowjetunion nicht mehr. Am 6. September 1991 anerkennt der Staatsrat der UdSSR die Unabhängigkeit Lettlands, Estlands und Litauens.

Zunächst setzt sich das Tauziehen um einen neuen Unionsvertrag fort. Am 18. Oktober 1991 schließen die am "9 plus 1"-Prozeß beteiligten Republiken einen Vertrag über wirtschaftliche Kooperation, wobei die Ukraine sich zuerst fernhält. Noch einmal scheint sich das Blatt wenden zu können - am 19. November kehrt Eduard Schewardnadse an die Spitze des sowjetischen Außenministeriums zurück. Doch schon wenige Tage danach wird entgegen allen Absprachen der neue Unionsvertrag nicht paraphiert. Jelzin erklärt, die Union sei nichts ohne die Ukraine. Dort führt man am 1. Dezember ein Referendum über die Unabhängigkeit durch, verbunden mit der Direktwahl von Präsident Leonid Krawtschuk - die

(96) Vgl. dazu Egbert Jahn und Barbara Maier, *Das Scheitern der sowjetischen Unionserneuerung*, HSFK-Report 2/192; sowie Klaus Segbers, *Der postsowjetische Raum. Eine Problemskizze*, Friedensbericht, I.c., S.38-68.

Mehrheit gegen die Union und für die Unabhängigkeit fällt eindeutig aus. Polen erkennt die Ukraine schon am Tag darauf völkerrechtlich an, gefolgt von Ungarn und Kanada; Rußland stellt zwar Bedingungen - keine Diskriminierung von Russen, offene Grenzen, freie Wahl der Staatsbürgerschaft -, schickt sich aber alsbald in die unvermeidliche Anerkennung. Am 3. Dezember warnt Präsident Gorbatschow im sowjetischen Fernsehen eindringlich vor dem Auseinanderfallen des Vaterlandes: "Der Zerfall wird Unglück über Millionen unserer Bürger bringen. Es wäre eine Katastrophe für die gesamte internationale Gemeinschaft."⁽⁹⁷⁾ Die Warnung verhallt unbeachtet.

Am 8. Dezember 1991 werfen schließlich die Präsidenten Rußlands und der Ukraine sowie der Parlamentspräsident Weißrußlands, Stanislaw Schuschekewitsch, in Minsk überraschend alle Bemühungen des Moskauer Zentrums um den Unionsvertrag über den Haufen. Sie vereinbaren im Alleingang die Gründung einer "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" und konstatieren, "daß die UdSSR als Subjekt des Völkerrechts und als geopolitische Realität aufhört zu existieren." Das *fait accompli*, politischer Affront gegen den Unionspräsidenten und zugleich dessen Entmachtung, zeugt von wenig Sensibilität für die nicht-slawischen Republiken.

Zwar stemmt sich Gorbatschow dem Auflösungsprozeß noch entgegen, doch vergebens. Die Parlamente der Ukraine und Weißrußlands ratifizieren die Minsker Vereinigung unverzüglich, am 12. Dezember kündigt das russische den Unionsvertrag von 1922 auf und votiert ebenfalls für die Vereinbarung von Minsk. Am selben Tag treffen sich die Präsidenten der mittelasiatischen Republiken in Aschchabad und kommen überein, sich an der GUS zu beteiligen - als "gleichberechtigte Mitbegründer", wie sie betonen. Aserbaidschan und Armenien folgen ihnen. Am 21. Dezember gründen elf Republiken - alle außer den baltischen Staaten und das von einem Aufstand erschütterten Georgien - in Alma Ata die GUS, womit das Ende der UdSSR besiegelt ist. Die höchsten Organe sind ein "Rat der Staatschefs" und ein "Rat der Regierungschefs"; ein Vereintes Kommando überträgt man dem UdSSR-Verteidigungsminister Jewgenii Schaposchnikow. Am 25. Dezember erklärt Michail Gorbatschow seinen Rücktritt und überantwortet Boris Jelzin die Befehlsgewalt über die Kernwaffen.

Diese überstürzte Entwicklung läßt die meisten Fragen offen. Der Status der GUS ist unklar. Während die einen sie als Staatenbund und das gemeinsame Oberkommando als Garanten der Einheit verstehen, ist sie für andere lediglich ein Vehikel zur Abwicklung der Union, des Rubelgebiets und der sowjetischen Armee. Außerdem wirkt sich der rapide Zerfall bisheriger staatlicher und militärischer Strukturen fatal auf Moral und Disziplin der Streitkräfte aus. Beziehen die an den Brennpunkten nationalistischer Bürgerkriege und Kriege beteiligten Staaten, Parteien und Gruppen schon jetzt Material, Waffen, aber auch Freiwillige und militärisches Fachwissen aus der Armee, so droht die anhaltende Erosion politischer Autorität in der gesamten GUS die Zahl von Marodeuren, Freischärlern und Freikorps, die auf eigene Faust Politik und Beute machen, weiter anwachsen zu lassen. Da-

(97) Zit. n. Sowjetunion heute 1/1992, S. 9. - Zum Jahrestag des Augustputsches hat Gorbatschow seine Warnung wiederholt: "Die Anzeichen für einen großen Krieg sind für den schon sichtbar, der die Augen nicht verschließen will." (FAZ 17.8.92) - Offenbar wollen das viele, wurde doch diese Warnung im Westen meist abgetan!

durch wird die Gewaltbereitschaft weiter enthemmt, was die nationalistischen Konflikte und Kriege zusätzlich aufheizt.⁽⁹⁸⁾

3.2.2. Rußland zwischen Föderalisierung und Chauvinismus

Fast überall in der ehemaligen UdSSR, besonders ausgeprägt aber in Rußland, gleicht die ethnische Gemengelage den beliebten Matrioschka-Püppchen: kaum eine staatliche Verkleinerung ist denkbar, in der sich nicht wieder eine neue Minderheitenproblematik stellte. Nicht nur, daß von den 148 Millionen Einwohnern des riesigen Flächenstaates - mit 17 Mio. qkm fast doppelt so groß wie die USA - neben 81,5% Russen mindestens hundert andere Völker und Ethnien mit zusammen mehr als 20 Millionen leben, zugleich befinden sich Schätzungen zufolge mindestens 25 Millionen Russen in den anderen ehemaligen Unionsrepubliken.⁽⁹⁹⁾

Es war ein großer politischer Erfolg Boris Jelzins, daß der neue Föderationsvertrag der Russischen Republik am 31. März 1992 im Kreml feierlich unterzeichnet wurde. Er soll, wie der Präsident ausführte, den "Despotismus der Moskauer Bürokratie" über die Interessen der Regionen und ihre Bürger ein für allemal beenden. Unterschrieben haben ihn 18 Republiken, außerdem waren Vertreter der 49 Autonomen Kreise anwesend. Lediglich zwei der Autonomen Republiken unterzeichneten den Vertrag nicht: Tatarstan (3,5 Millionen Einwohner, nur die Hälfte davon Tataren, die mit insgesamt 6 Millionen freilich die zweitgrößte Ethnie in Rußland stellen) hatte kurz zuvor gegen den Willen Rußlands in einem Referendum mit 61% für die Unabhängigkeit votiert⁽¹⁰⁰⁾; noch militanter betreiben die Tschetschenen ihre Sezession. Baschkirien, das sich zuerst ebenfalls widersetzen wollte,

(98) Wie das Militär Opfer und zugleich Katalysator der Nationalitätenkonflikte ist, erhellt Manfred Sapper, *Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte* (Ms. Dez. 1991).

(99) Diese Zahl taucht immer wieder auf. Lilia Schewzowa, Leiterin des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft an der Russischen (vormals sowjetischen) Akademie der Wissenschaften, nannte auf einer von der Fondazione Feltrinelli veranstalteten Konferenz gar die Zahl von 40 bis 50 Millionen, vgl. den Bericht von Thomas Ross in der FAZ vom 11.12.1991.

(100) Ende 1990 hatte Jelzin den Tataren geraten, soviel Souveränität zu nehmen, wie sie schlucken können. Zwar will der tatarischen Staatspräsident Mintimer Schaimijew nicht die Trennung von Rußland, sondern nur das "Ende der kolonialen Beziehungen", doch steht er unter dem Druck der Autonomistenbewegung des "Tatarischen Öffentlichen Zentrums", dessen rechter Flügel unter Frau Fausija Bairamowa zum Befreiungskrieg gegen das Imperium aufruft, "die Hälfte des russischen Imperiums" fordert und eigenen Aussagen nach bereits 10.000 tatarische Krieger unter Waffen hat. ("Der Spiegel" 6.4.1992, S. 181). - Dietrich Geyer hat auf das Ausmaß der hier betriebenen "Entkolonialisierung der Vergangenheit" aufmerksam gemacht: "In Kasan, der Hauptstadt Tatarstans, wird das Unglück des Volkes unter russischer Herrschaft beschworen, wird das Reich der Goldenen Horde, der 'Großen Steppe' neu entdeckt und als goldenes Zeitalter tatarischer Freiheit beschrieben. Die Nachfolger Tschingis Khans, deren Reitertruppen das alte Rußland unterwarfen, tauchen als Heldenfiguren im neuen nationalgeschichtlichen Kanon auf, während doch die Schulkinder, in den fast durchweg russischen Schulen Kasans, noch immer lernen, daß das 'mongolisch-tatarische Joch' als Katastrophe zu begreifen sei. Bekanntlich ist das russische Pantheon seit Jahrhunderten mit Heiligen und Helden vollgestellt, die das Vaterland vor den tatarischen Horden gerettet haben." (Das Ende des Sowjetimperiums, l.c., S. 300)

konnte Jelzin umstimmen. Die **Russische Föderation - Rußland** (offizieller Name seit dem Kongreß der Volksdeputierten im April) bleibt ein fragiles und extrem asymmetrisches Gebilde: wie zuvor in der Union besitzt Rußland auch jetzt keine eigene, gesonderte Vertretung, muß also seine Interessen in den Föderationsorganen durchsetzen. Die Macht der Zentrale schlägt sich auch darin nieder, daß sie den Ausnahmezustand verhängen kann - man braucht kein Prophet zu sein, um darin einen latenten Konfliktherd zu sehen. Nicht nur für die Beratung über den Entwurf der Verfassung, die noch dieses Jahr verabschiedet werden soll, ergeben sich daraus manche Fußangeln. Daß "Rußland" ethnisch keine Einheit ist, hat sich durch den Zerfall der UdSSR nicht verändert.

Der Erfolg Boris Jelzins war nicht selbstverständlich, versinnbildlicht der populistische Präsident doch geradezu das komplizierte Ineinander von Demokratie und Nationalismus in den postsowjetischen Staaten. Sein russisch-patriotischer Populismus und sein mitunter in schneidender Kritik artikulierter Beitrag zur Entmachtung Michail Gorbatschows erzeugten auch im Westen Mißtrauen. Zugleich heischte jedoch sein entschiedenes Eintreten für Demokratie und Marktwirtschaft immer wieder Respekt: Im April 1991 gewährte ihm der Kongreß der Volksdeputierten Sondervollmachten, im Mai vermochte Jelzin einen langen Grubenarbeiterstreik zu beenden, am 24. Mai beschlossen die Volksdeputierten der RFSFR den Übergang zum Präsidialsystem; am 12. Juni wurde Jelzin per Direktwahl mit 57,3% gewählt, was ihn seinem Kontrahenten Gorbatschow gegenüber mit einem plebiszitären Mehrwert ausstattete. Am 10. Juli wurde er als russischer Präsident feierlich vereidigt. Vollends durch sein Auftreten während des Putschversuchs wuchs ihm neues Charisma zu, als er sich beherzt an die Spitze des Widerstandes stellte. Trotz seines Popularitätsverfalls ist es den Reformgegnern auf dem im April dieses Jahres tagenden Kongreß der Volksdeputierten - der den Föderationsvertrag mit 848 gegen 10 Stimmen und 40 Enthaltungen guthieß - nicht gelungen, die präsidiale Macht massiv zu beschneiden.

Dennoch wird das Bild des mutigen Demokraten immer wieder getrübt von großrussisch-nationalistischer Attitüde und populistischen Grobheiten. Unmittelbar nach seinem größten politischen Triumph drohte er in der Debatte über die neue Union unverblümt mit Grenzrevisionen, um andere gefügig zu machen.⁽¹⁰¹⁾ Ein fatales Hazardspiel, sind doch in der zerfallenen Union so gut wie keine Grenzen unstrittig⁽¹⁰²⁾; die nationalen Minderheiten sahen ihren Argwohn gegenüber dem großen Bruder bestätigt.

Im Oktober und November mischten sich der russische Oberste Sowjet und der Präsident trotz aller Beteuerungen über die Gleichberechtigung der Völker in die komplizierten

(101) Auf wie prekärem Fundament das Verhältnis des russischen Präsidenten zu den ethnischen Minderheiten in der Russischen Föderation steht, zeigt sich auch daran, daß Galina Starovoitova, Jelzins Staatssekretärin für Nationalitätenfragen, mir im Oktober 1991 in Moskau die Frage, warum Jelzin derart ungeschlacht drohend mit Grenzrevisionen gedroht habe, mit dem lapidaren Satz beantwortete, sie sei damals in den Ferien gewesen.

(102) "Bereits vor dem endgültigen Zerfall haben Moskauer Politologen und Geographen 79 Nationalitätenkonflikte (davon 46 im Kaukasus und in Mittelasien) lokalisiert und 20 von 23 zwischen den Republiken als potentielle oder akute Krisenherde bezeichnet", referiert Paul Lendvai, *Das Gespenst der Balkanisierung. Die ungezügelte Dynamik des nationalen Partikularismus in Osteuropa*, FAZ 29.2.1992.

Machtverhältnisse in der transkaukasischen Autonomen Republik Tschetscheno-Inguschetien (1,2 Mio. Einwohner, davon die Hälfte Tschetschenen) ein, die nach politischer Selbständigkeit strebt. Zuerst erklärte man die Wahl des früheren sowjetischen Luftwaffengenerals Dschochar Dudajew für ungültig. Und nachdem die ultimative Forderung Moskaus nach Kapitulation und Entwaffnung der Nationalgarde wirkungslos verpuffte, Dudajew umgekehrt das aufmüpfige Kaukasusvolk, das Stalin 1944 nach Kasachstan und Kirgisien deportieren lassen hatte, zum "heiligen Krieg" zu mobilisieren begann, verhängte Jelzin per Ukas den Ausnahmezustand über die unbotmäßige Republik. Immerhin widerrief das Parlament diesen Erlaß, für viele Minderheiten sowjetische Kontinuität in großrussischem Gewande - ein hoffnungsvolles Signal demokratischer Kontrolle. Der Konflikt ist damit mitnichten befriedet. Die Tschetschenen fehlten bei der Unterzeichnung des Föderationsvertrages ostentativ; zum selben Zeitpunkt versuchten in Grosny Dudajews Gegner einen Aufstand, um die von diesem am 8. November 1991 proklamierte Unabhängigkeit zu revozieren, doch wurden sie von der Nationalgarde besiegt. Mitte Juni 1992 unterstellte Präsident Jelzin Inguschetien, den Moskau-loyalen Teil der ehemals Autonomen Republik, der Russischen Föderation. Doch ist deren eigene territoriale Integrität an der Grenze zum Kaukasus bedroht, wenn das Beispiel Dudajews Schule machen sollte. Aus Grosny erging unlängst auch der Aufruf der im November 1991 gegründeten, vom russischen Innenministerium für illegal erklärten "Konföderation Kaukasischer Bergvölker", dem von der georgischen Nationalgarde Mitte August besetzten Abchasien zu Hilfe zu eilen.⁽¹⁰³⁾ Auch Jelzins Verhalten gegenüber den Rußlanddeutschen gemahnte an alte moskowitzische Manieren. Anlässlich seines Bonner Staatsbesuchs im November 1991 versprach er in einer Gemeinsamen Erklärung mit Bundeskanzler Helmut Kohl "die Bildung der Republik der Deutschen an der Wolga" und die "Entwicklung nationaler Bezirke für die Deutschen" in Rußland. Bereits im Dezember mußten die Rußlanddeutschen ihre Hoffnungen wieder begraben, bot man ihnen doch zunächst nur ein verstrahltes Militärgelände zur Besiedlung an. Auf Bonner Druck ist im Juli 1992 nun mit Rußland ein Vertrag geschlossen worden, dem zufolge die bleibewilligen Deutschen schrittweise ihre Autonomie an der Wolga zurückbekommen. Seine Realisierung steht auf einem anderen Blatt.

Das alles waren keine bloßen Ungeschicklichkeiten. Bekanntlich frißt die Revolution ihre Kinder, was nicht nur für den Initiator der Perestrojka galt, sondern auch Boris Jelzin droht, dessen Popularität seit der Preisfreigabe am 2. Januar 1992, auf die eine astronomische Inflation - Schätzungen im Juni beziffern sie auf voraussichtlich 1.000 % in diesem Jahr - am Schwenden ist. Er hat sich der Allianz zwischen Chauvinisten und Anhängern der nach dem Putsch verbotenen Kommunistischen Partei zu erwehren, von den Medien meist als "rot-brauner" Schulteranschluß, wenn nicht gar als "Kommunofaschismus" bezeichnet. Auf dem Kongreß der Volksdeputierten schlossen sich mehrere solcher ursprünglich gegensätzlichen Gruppierungen zur "Rußländischen Einheit" zusammen. Seither scheint den Reformen die Hauptgefahr nicht mehr von den Chauvinisten, Antisemiten und Faschisten wie der "Liberaldemokratischen Partei" Wladimir Schirinowskis, Gesamtvolkunion, Pamjat

(103) Vgl. den Hintergrundbericht von Horst Bacia in der FAZ vom 28.8.1992; ferner die Reportage von Cordt Schnibben: Krieg den Russen. Die Waffen der Tschetschenen, in: "Spiegel" 11.5.1992, S. 138-148.

u.a.⁽¹⁰⁴⁾ zu drohen, sondern von nationalistisch aufgeladenen Anhängern des **Ancien Régime**. Kritik an der massenhaften Pauperisierung verbinden sie mit dem Vorwurf, die Reformer hätten Macht und Würde des Vaterlandes ausverkauft. Es spricht Bände, daß im April mehr als ein Drittel der Volksdeputierten für den Namen "Russische Sowjetische Föderative Republik" votierte und zugleich die Streichung jener Verfassungspräambel von 1977 verhinderte, die Rußland als Bestandteil der Sowjetunion definiert!

Bereits die Protestversammlung von 5.000 Offizieren Mitte Januar 1992 im Kreml hatte aufhorchen lassen. Protest gegen soziale Deklassierung und Wohnungsnot verknüpften sie mit Klagen über Autoritätszerfall und über die Demütigung ihrer Soldatenehre und patriotischen Gefühle. Diese nicht nur in der Armee weit verbreitete Stimmung übt massiven Druck aus. In der schillernden Figur des ehemaligen Luftwaffenoffizier Alexander Ruzkoj, Jelzins Vizepräsident, scheint sie einen ebenso hochrangigen wie grobschlächtigen Protagonisten gefunden zu haben. In seinem "Hang zu einem patriotischen Fundamentalismus"⁽¹⁰⁵⁾ goß er in Tiraspol mehrfach Öl ins Feuer, indem er die Sezessionisten der "Dnjestr-Republik" unbekümmert um alle GUS-Vereinbarungen über die Unantastbarkeit der Grenzen ermutigte, sie gar militärisch zu unterstützen versprach. Ähnlich schroff verlangte er die Rückgabe der Krim an Rußland. Daß im Juni Boris Jelzin ausgerechnet diesen Scharfmacher zum Sonderbeauftragten für die Krisengebiete in Moldowa und Südossetien ernannt hat, trägt dort mit Sicherheit nicht zur Beruhigung der Lage bei - übereinstimmend sprachen die Präsidenten Moldowas und Georgiens von einer russischen "Kriegserklärung".⁽¹⁰⁶⁾ Offenbar ist der Druck dieser chauvinistisch-aggressiven Kräfte so stark, daß Jelzin ihm nachgeben muß, oder er versucht selber, den großrussischen Chauvinismus als Machtressource zu nutzen. Nicht nur stellt sich in beiden Fällen ein *déjà-vu*-Effekt mit Blick auf das langsame politische Ende Michail Gorbatschows ein⁽¹⁰⁷⁾ - das ohnehin schwierige Geschäft der Reformen wird dadurch mit Sicherheit nicht leichter, noch die Koexistenz der Völker in Rußland leichter.

-
- (104) Dazu hielt Walter Laqueur in beunruhigendes Referat über Antisemitismus bei den russischen Rechtsradikalen in der Evangelischen Akademie Arnoldshain am 28.5.1992. - Allein in Moskau sollen nahezu vierzig Zeitschriften und Zeitungen mit national-sozialistischen Parolen erscheinen, vgl. Leonid Luks, Rußland und sein zweites demokratisches Experiment, FAZ 14.8.1992.
- (105) So Falk Bomsdorf, Ein neuer Putsch oder: Wer gewinnt das russische Machtspiel?, Dokumentation Frankfurter Rundschau, 18.8.1992.
- (106) FAZ 24.6.1992.
- (107) Dafür sprechen die Aufsehen erregenden Warnungen des russischen Außenministers Andrei Kosyrew vor der abermaligen "Gefahr eines antidemokratischen Umsturzes" in der "Iswestja". (FAZ 2.7.1992)

3.2.3. Ukraine und Rußland - der permanente Konflikt

Seit Ende 1991 hat Europa einen neuen Großstaat mit 52 Millionen Einwohnern, 607.000 qkm, einem beachtlichen Wirtschaftspotential und überdies Atomwaffen. Für Rußland ist die Trennung ein herber Verlust, noch 1990 konnte sie sich ein Alexander Solschenizyn in seinem berühmten Manifest nicht vorstellen⁽¹⁰⁸⁾ - und viele wollen sich bis heute nicht damit abfinden.

Leonid Krawtschuk, früher in der ukrainischen KP für Ideologie zuständig, ist der Inbegriff des Wendehalses, der sich bruchlos die nationalistische Rhetorik der Opposition zu eigen machte und sich damit an der Macht zu halten vermochte. Am 24. August 1991 beschloß der Oberste Sowjet, aus der Sowjetunion auszutreten und einen unabhängigen Staat zu schaffen. Die Erklärung sah eigene Gesetzgebung, Währung, eigene Streitkräfte und die Übernahme der staatlichen sowjetischen Betriebe vor und unterstellte die Entscheidung einem Referendum. Kurz nach dem Putsch trat Krawtschuk aus dem Politbüro aus, bald darauf wurde die KPdSU verboten. Am 1. Dezember 1991 votierten fast neunzig Prozent für die Unabhängigkeit; selbst dort, wo mehrheitlich Russen leben, wie auf der Krim oder im Donez-Becken, stimmten mehr als 50% für die Unabhängigkeit. Gleichzeitig wurde Leonid Krawtschuk per Volkswahl zum Präsidenten gewählt. Er war einer der Protagonisten all jener, die sämtliche Versuche zur Unionserneuerung hintertrieben. Im Wahlkampf wie nach seiner Amtseinführung am 5. Dezember 1991 schloß er jeden Unionsvertrag kategorisch aus. Zugleich annullierte das Parlament die 1922 gegründete Union. Eine Woche nach dem Referendum in der Ukraine schrieben Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch in Minsk der UdSSR ihren Totenschein aus.

Wenige Tage nach der Unabhängigkeit erfuhr die Welt, Kiew beabsichtige, eine eigene Armee von 450.000 Mann auf die Füße zu stellen (inzwischen ist man aufgrund amerikanischen Drucks bei bescheideneren Zahlen). Und mitten in die Bemühungen, die sensitive Frage zu regeln, was angesichts der zerbröckelnden Union mit den sowjetischen Streitkräften geschehe, platzte Krawtschuks Erlaß, er sei der "Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Republik", wozu er alles in der Ukraine stationierte Militär (ausgenommen die Einheiten der strategischen Abschreckung) sowie die Schwarzmeerflotte zählte. Abwechselnd bezichtigten GUS-Oberbefehlshaber Schaposchnikow und Präsident Jelzin Krawtschuk, dessen Anspruch auf die Schwarzmeerflotte verletze das Minsker Abkommen. Doch ungerührt beharrt Krawtschuk auf seiner Position. Trotz mehrerer Formelkompromisse kommt es seit dem vergangenen Dezember unentwegt zum öffentlich ausgetragenen Tauziehen um diese Flotte. Bezeichnenderweise schwankt dabei der russische Präsident beständig zwischen der Präntention militärischer Gemeinschaftsaufgaben und dem handfesten Anspruch, als Hauptnachfolgestaat der UdSSR sei Rußland für deren gesamte militärische Hinterlassenschaft zuständig. Den ganzen Sommer über flackerte der Streit immer wieder auf und entwertete jeden Kompromiß alsbald zur Makulatur. Am 22. Juni kam es zwischen den beiden Präsidenten Jelzin und Krawtschuk endlich zu jenem Gipfeltreffen, das zuvor mehrfach verschoben worden war. Dort wurde beschlossen, ein Teil der Schiffe aufzuteilen, den Rest einem gemeinsamen russisch-ukrainischen Kommando zu unterstellen sowie einen umfassenden militärisch-poli-

(108) Alexander Solschenizyn, Rußlands Weg aus der Krise. Ein Manifest, München 1990, S. 13-16.

tischen Vertrag auszuarbeiten. Der Vorfall eines Patrouillenbootes, das die ukrainische Fahne hißte und nach Odessa flüchtete, brachte auch diese Abmachung wieder durcheinander. Auch die vorerst letzte Einigung wird kaum von Dauer sein. Ihr zufolge gehört nun die umstrittene Flotte nicht mehr der GUS, sondern Rußland und der Ukraine gemeinsam, die Offiziere werden von den beiden Präsidenten ernannt werden. Diese "Doppelherrschaft zur See" wird politischen Stürmen wohl nicht lange trotzen.⁽¹⁰⁹⁾ Der permanente Streit offenbart, wie fragil manche Regelung in der GUS ist, aber auch, wie wichtig für die politischen Führungen der jungen Nationalstaaten ambitionöse Prestigeobjekte, nationale Symbole und militärische Macht sind, zumal sie vom ökonomischen und sozialen Verfall ablenken.

Das muß in diesem Fall nicht nur deshalb beunruhigen, weil sich zwei Atommächte gegenüberstehen⁽¹¹⁰⁾, sondern auch, weil das nationalistische Gift sich in beide Gesellschaften hineinzufressen droht - in der Ukraine leben über 11 Millionen Russen, in Rußland umgekehrt mehr als 3 Millionen Ukrainer. Es verheißt nichts Gutes, daß der Streit um die Schwarzmeerflotte in Rußland Wasser auf die Mühle jener leitet, die auf Rückgabe der Krim drängen. Das sind keineswegs nur rechte Nationalisten, auch ein Vorreiter der Demokratisierung wie Anatolij Sobtschak, der Bürgermeister von Sankt Petersburg, engagiert sich für die "Heimführung der Krim".⁽¹¹¹⁾ Der russische Oberste Sowjet hat nach einer hinter geschlossenen Türen stattfindenden Sitzung am 22. Mai 1992 eine EntschlieÙung verabschiedet, der zufolge Chruschtschows Abtretung der Krim im Jahre 1954 an die Ukraine für "nicht rechtskräftig" erklärt wird. Diese Erklärung wird nicht nur für weiteren Zündstoff zwischen Kiew und Moskau sorgen, sondern könnte zum Präzedenzfall und zum Bumerang werden: "Der Beschluß (...), die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine für verfassungswidrig zu erklären, stellt im Prinzip alle Grenzen in Frage, die während der sowjetischen Willkürherrschaft im zerfallenen östlichen Imperium gezogen worden waren. Das muß neue Unsicherheiten schaffen, die auf den größten Nachfolgestaat der UdSSR selbst zurückschlagen können, da sich aus dem parlamentarischen Votum mühelos unzählige nichtrussische Gebietsansprüche an die Adresse Moskaus ableiten lassen."⁽¹¹²⁾

Der permanente Konflikt zwischen Kiew und Moskau färbt auf die ganze GUS ab. Die Ukraine versteht sie lediglich als Abwicklungsorgan und widersetzt sich jeder gemeinsamen Politik. Außerdem befinden sich die hochgradig emotional aufgeladenen Konflikte um den Status der GUS, um die Krim, um die Schwarzmeerflotte sowie um die Nutzung der strategischen Atompotentiale stets am Rande jenes Abgrundes, wo die Symbolik des "Kriegs der Dekrete" in Ernst umschlägt. Man hat die Intensität dieses Streits nicht zuletzt

(109) Frankfurter Rundschau 5.8.1992.

(110) Die Ukraine und Weißrußland haben sich verpflichtet, alle auf ihrem Territorium dislozierten Potentiale, nicht nur die gemäß START-Vertrag abzurüstenden, nach Rußland zu bringen. Die ständig geschürten Konflikte mit Rußland lassen indes vermuten, daß der Vollzug dieser Zusagen nicht ohne weiteres vonstatten gehen wird.

(111) Vgl. Christian Schmidt-Häuer in der "Zeit" v. 17.4.1992. - Sobtschak steht exemplarisch dafür, daß couragiertes Engagement für Perestrojka und Demokratie und Nationalismus sich nicht ausschließen müssen.

(112) So die FAZ am 23.5.1992. - Großrussisch-nationalistischen Politikern wie Alexander Ruzkoj zufolge gehört ein Großteil der Ukraine, wenn nicht die ganze, zu Rußland.

deshalb, weil Ukrainer und Russen ethnisch, sprachlich und historisch nah beieinander sind, mit der Entwicklung zwischen Kroaten und Serben ein halbes Jahr vor dem offenen Bürgerkrieg verglichen - eine beunruhigende Vorstellung.⁽¹¹³⁾

3.2.4. Bürgerkrieg in Interventionsrisiko: Moldowa

Seit die Sowjetunion sich im Zeichen des Hitler-Stalin-Paktes Bessarabien einverleibte, sollten unter anderem kyrillische Schrift und die Bezeichnung "Moldawier" Distanz zu Rumänien akzentuieren. 1989 führte Chisinau in einer ersten Welle nationalen Hochgefühls das lateinische Alphabet und Rumänisch als einzige Staatssprache wieder ein. Zwangsläufig folgten Konflikte mit den Minderheiten, die fast ein Drittel der Bevölkerung Moldowas ausmachen (14% Ukrainer, 13% Russen, 3,5% Gagausen). Zuerst protestierten die Gagausen, die im August 1990 ihre eigene sozialistische Republik verkündeten. Ende 1990 führte der von Chisinau über ihre Region verhängte Ausnahmezustand zur Konfrontation mit Moskau. Moldowa stellte aus Protest die Mitarbeit am Unionsvertrag ein und schloß die autonomistischen Gagausen kurzerhand vom Parlament aus, worauf Moskau Omon-Truppen einrücken ließ und es zu bewaffneten Zusammenstößen kam.

Aus Protest gegen die Politik der Regierung unter Mircea Snegur, die mit Rumänien einen gemeinsamen parlamentarischen Rat zur Regelung des Anschlusses eingerichtet hatte, betrieb die mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnte Region Transnistriens, in der 40 Prozent der Industrie Moldowas konzentriert sind, einseitig ihre Sezession und proklamierte im Dezember 1991 in Tiraspol eine selbständige "Dnjestr-Republik". Die Unabhängigkeitserklärung der Republik Moldowa vom 27. August 1991 sowie der Zerfall der Union radikalisierten die Nationalitätenkonflikte. Trotz des Verbots aus Chisinau führten Gagausen sowie die "Dnjestr-Republik" am 1. Dezember 1991 Volksabstimmungen über ihre Sezession durch. 87% der Gagausen votierten für die Unabhängigkeit, in Transnistrien, deren selbsternannte Regierung unter Igor Smirnow zuvor den Moskauer Putsch begeistert begrüßt hatte, waren es gar 98%.

Die politische Brisanz dieses Konfliktes springt ins Auge. Nicht nur führt er seit Monaten immer wieder zu Scharmützeln. Da Moldowa an die Ukraine, nicht aber an Rußland grenzt, die russischsprachige "Dnjestr-Republik" jedoch von Rußland massive Unterstützung erfährt, belastet er die gespannten Beziehungen zwischen Kiew und Moskau zusätzlich. Der frühere Kommandeur der in Transnistrien stationierten 14. sowjetischen Armee, Gennadii Jakowlew, amtierte bis Februar 1992 zugleich als "Minister" für die Verteidigung der "Dnjestr-Republik". Am 1. April 1992 entzog Präsident Jelzin diese Armee dem Kommando der GUS und unterstellte sie sich unmittelbar. Kurz darauf appellierte Smirnow an die Offiziere, sich der aus dem Boden gestampften "Nationalarmee" seiner "Republik" anzuschließen. Ende Juni dieses Jahres hat Präsident Jelzin nun den General Lebed zum neuen Oberbefehlshaber der 14., früher sowjetischen, inzwischen russischen Armee ernannt, parallel zur Beförderung des letzten Befehlshabers der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan, Gromow, zum stellvertretenden Verteidigungsminister. Man hat das als

(113) So Sergei A. Karaganov, *Russia, the new foreign policy and security agenda* (draft), S. 17.

Versuch Jelzins gedeutet, unzufriedene und politisch unsichere Militärs an sich zu binden. Lebed jedenfalls gießt mit seiner unverhohlenen Unterstützung der Sezessionisten in Transnistrien Öl ins Feuer. Nachdem es zu heftigen Kämpfen um die von den Separatisten beanspruchte, auf der Westseite des Dnjestr liegende Stadt Bendery gekommen war, beschimpfte er die Regierung in Chisinau als "Faschisten". Moldowas Präsident Snegur sprach davon, man befinde sich mit Rußland im Krieg. Der Konflikt am Dnjestr, bisher der blutigste auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, an dem auch Russen beteiligt sind, ist längst zum Testgelände für den Machtkampf in Moskau geworden. Wenn die Weichen nicht bereits gestellt sind! Denn hier funktioniert jenes Bündnis aus Altkommunisten, Chauvinisten, ehemaligen Afghanistan-Kämpfern als Freiwilligen und Kosaken zaristischen Angedenkens⁽¹¹⁴⁾ - bereits, das viele in Rußland kommen sehen.⁽¹¹⁵⁾ Wiederholt drohten führende großrussische Politiker, allen voran Ruzkoj und Gratschow, Rußland könnte die Dnjestr-Republik anerkennen und militärisch schützen, sprich: intervenieren. Nachdem der Krieg im Juni in wochenlangen Artilleriegefechten über den Dnjestr hinweg eskaliert war, kam es am 22. Juli in Moskau zu einer Übereinkunft zwischen Boris Jelzin, Mircea Snegur und Igor Smirnow. Ihr zufolge wird die territoriale Integrität Moldowas von Rußland, das keinerlei Ansprüche auf Transnistrien erhebt, anerkannt. Ob sich Jelzins Vizepräsident, zum Sonderbeauftragten für Moldowa und Südossetien ernannt, daran halten wird, ist indes zu bezweifeln.

Seitdem Ende Juli nach dem Vorbild der UNO von der GUS gebildete "Friedenserhaltenden Truppen" (mit blauer Armbinde) nach Transnistrien geschickt wurden, scheinen die Waffen zu schweigen. Doch der Konflikt schwelt weiter. Er droht, Rumänien, die Ukraine und Rußland als "Schutzmächte" der jeweiligen Minderheiten zu involvieren und durch Grenzrevision einen Stein ins Rollen bringen, der ein politisches Erdbeben in der gesamten GUS auslösen könnte. Transnistrien als Brandherd für eine "Jugoslawisierung" der GUS?⁽¹¹⁶⁾

3.2.5. "Der kaukasische Teufelskreis" (117)

Die Komplexität postsowjetischer Wirren und die Gefahren eines neuerlichen Totalitarismus, diesmal unter nationalistischem Vorzeichen, offenbaren sich im blutigen Machtkampf

(114) Werner Adam, Am Dnjestr kämpfen die Kosaken für Rußland, FAZ 81.8.1992.

(115) Die chauvinistische Bewegung "Arbeitendes Moskau" wirbt Freiwillige für den Krieg an; General Albert Makaschow, früher in Plauen stationiert, der im Juni 1991 gegen Jelzin für das Präsidentenamt kandidiert hatte, fungiert neuerdings als Berater des Separatisten Smirnow. Der russische Außenminister Andrej Kosyrew kommentierte das düster: "Wenn Generale wie Makaschow am Dnjestr in Schlüsselpositionen gelangen, haben wir unweigerlich die jugoslawische Variante." (zit.n. "Spiegel" 8.6.1992, S. 163.

(116) Vgl. dazu Bohadan Nahaylo, *Moldovan Conflict Creates New Dilemmas for Ukraine* sowie Suzanne Crow, *Russian Moderates Walk a Tightrope on Moldova*, beide in: RFE/RL Research Report Nr.20, 15.5.1992, S. 1-12.

(117) Das Wortspiel verdanke ich Manfred Sapper, vgl. sein bereits angeführtes Papier, S. 20.

in Georgien in aller Schärfe. Exemplarisch treten hier auch die vielschichtigen Funktionen des Nationalismus zutage. Im April 1989 veranstaltete sowjetisches Militär in Tiflis ein Massaker, das überall in der Union von nationalistischen und separatistischen Bestrebungen abschrecken sollte. Es bewirkte das Gegenteil und wurde zum Fanal einer nationalen Protestwelle in Georgien. Sie führte bei der Wahl im Oktober und November 1990 zum Triumph des Wahlblocks "Runder Tisch - Freies Georgien", der dezidiert für die Unabhängigkeit eintrat. Der starke Mann dieser Koalition, Swiat Gamsachurdia, bekannter Dissident und Sohn eines angesehenen georgischen Schriftstellers, wurde vom neuen Parlament mit nur fünf Gegenstimmen zum Präsidenten gewählt. Er war 1977 wegen antikommunistischer Aktionen eingesperrt, doch nach seinem im Fernsehen ausgestrahlten Widerruf frühzeitig entlassen worden.

Das Janusgesicht des Nationalismus zeigte sich unter dem bald mit orientalischem Gepränge herrschenden Präsidenten Gamsachurdia darin, daß das dezidierte Eintreten für die Emanzipation Georgiens von Moskau ihn nicht hinderte, die eigenen nationalen Minderheiten mit dem Ziel ihrer "Georgisierung" brutal zu unterdrücken. Die Annullierung des Autonomiestatus von Südossetien, das sich für unabhängig erklärte und mit der nordossetischen Autonomen Republik in der Russischen Föderation vereinen will, löste Ende 1990 und Anfang 1991 blutige Zusammenstöße zwischen georgischen Milizionären und Osseten aus, worauf Moskau mit Spezialeinheiten eingriff.

Am 31. März 1991 votierten in einem Referendum 89% für die Unabhängigkeit Georgiens. Wie die baltischen Staaten, Armenien und Moldowa hatte auch Georgien das sowjetische Referendum zur Unionserneuerung am 17. März 1991 boykottiert, um am 9. April 1991 seine Unabhängigkeit zu verkünden. Am 26. Mai 1991 kam es in Georgien zur ersten Direktwahl eines Präsidenten in einer Sowjetrepublik, bei der Gamsachurdia mit 86.5% der Stimmen einen triumphalen Erfolg feierte. Doch das autokratische Gebaren, mit dem er Präfekten, Universitätspräsidenten und Fernsehjournalisten nach eigenem Gutdünken ab- und einsetzte, unbotmäßige Zeitungen schließen und oppositionelle Regungen rücksichtslos verfolgen ließ, trieb der Opposition seine einstigen Mitstreiter in Scharen zu. Dazu gehörten auch zwei Politiker, die Gamsachurdia im August 1991 aus dem Amt jagte: Ministerpräsident Tengis Sigua sowie Tengis Kitowani, der die georgische Nationalgarde aufgebaut hatte. Diese solidarisierte sich mit Kitowani und stellte sich gegen den Präsidenten. Als Gamsachurdia im August alle kritisierten, die den Putsch verurteilten, begann sein Niedergang. Am 24. September verhängte er den Ausnahmezustand, worauf die innenpolitischen Proteste immer militantere Formen annahmen. Im Dezember mündeten sie in einen bewaffneten Aufstand, der am 6. Januar 1992 mit der Flucht Gamsachurdias endete, der zusammen mit einer Schar von Anhängern in der Tschetschenen-Republik Unterschlupf fand. Doch bleibt die Lage unruhig, da der gestürzte Präsident noch immer über viele, teils bewaffnete Anhänger verfügt, vor allem im Westen, woher seine Familie und seine Leibgarde stammt.

Am 10. März stellte sich der frühere sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse, einst Parteichef in Georgien, dem Militärrat zur Verfügung, der nach dem Putsch die Macht ausübte. An der Spitze des neuen Staatsrates gelang es ihm, durch Aufnahme in die KSZE und in die UNO die internationale Isolierung seines Landes zu überwinden, das freilich al-

les andere denn befriedet ist. Unter Schewardnadse richtet sich der integrale Nationalismus noch rabiater gegen die Minderheiten. Das betrifft nicht nur Südossetien, das sich mit Nordossetien vereinigen will, das zu Rußland gehört. Dessen militante Parteinahme für Südossetien brachte Schewardnadsw dazu, von einer gegen Tiflis gerichteten "Kriegserklärung" zu reden.⁽¹¹⁸⁾

Nachdem sich das abchasische Parlament nach vielfach praktiziertem Vorbild für unabhängig erklärt und die Verfassung von 1925 (Abchasien war von 1922 bis 1931 eine unabhängige Republik) wiederhergestellt hatte, nahm der Staatsrat Georgiens die Entführung des Innenministers am 14. August zum Anlaß, mit seiner Nationalgarde in die Abchasische Autonome Republik (500.000 Einwohner, davon 236.000 Georgier und nur 90.000 Abchasier) einzumarschieren, um die Kontrolle über das abtrünnige Gebiet zurückzugewinnen. Seither kommt es immer wieder zu heftigen Kämpfen mit abchasischen Freischärlern, die von Freiwillen aus dem Nordkaukasus unterstützt werden: Die "Konföderation Kaukasischer Bergvölker"⁽¹¹⁹⁾, im November 1991 auf Betreiben des tschetschenischen Präsidenten Dudajew gegründet, hat dazu aufgerufen, den Abchasiern zu Hilfe zu eilen. Rußland schickte ein Regiment Fallschirmjäger, um militärische Einrichtungen und russische Urlauber zu schützen. Zugleich geht es auch um seine eigenen Interessen. Denn sollten die kaukasischen Sezessionsbewegungen Erfolg haben, wird seine eigene territoriale Integrität in Frage gestellt.⁽¹²⁰⁾

Wenn irgendwo die Kühlschrankschranke, der zufolge nationalistische Konflikte und Kriege nun dort wieder aufflammen, wo sie nach dem Ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution vom bolschewistisch-stalinistischen System unterdrückt worden sind, Geltung beanspruchen kann, dann im Autonomiekonflikt um Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan. Und doch stimmt sie auch hier nicht: Der territoriale Krieg in der mehrheitlich von Armeniern besiedelten Exklave Berg-Karabach ist bei all seinen nicht zu verniedlichenden Schrecken etwas ganz anderes als der Genozid von 1915!

Vielmehr gehört die umstandslose Gleichsetzung von Geschichte und Gegenwart selbst zu jener haltlosen nationalistischen Mythologie, die das Klima vergiftet und bislang jeden Vermittlungsversuch zunichte gemacht hat. Hatte sich der Konflikt am Status Berg-Karabachs (192.000 Einwohner, davon in den achtziger Jahren drei Viertel Armenier) entzündet, so weitete er sich schon 1988 zum Konflikt zwischen Armeniern und Aseris aus. Der Forderung Berg-Karabachs nach völliger Autonomie folgten schreckliche Pogrome in Sumgait und Baku, worauf rund 300.000 Armenier aus Aserbaidschan und rund 200.000 Aserbaidschaner aus Armenien flohen.

(118) FAZ v. 24.6.1992.

(119) Mitglieder sind die Abchasen, Adygeier, Kabardiner, Balkaren, Karatschaier, Tscherkessen, Tschetschenen und Inguschen, Osseten und Dagestaner.

(120) Horst Bacia, Eine große Herausforderung für Schewardnadse, FAZ 28.8.1992; vgl. zum Regime Schewardnadses auch den kritischen Beitrag in der Neuen Zürcher Zeitung v. NZZ 25.7.92: Blutige Diktatur Schewardnadses in Georgien.

Der Oberste Sowjet Aserbaidshans erklärte am 30. August 1991 die Unabhängigkeit des Landes; die Armenier entschieden sich am 21. September 1991 mit über 95% für die Unabhängigkeit. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Rückzug der GUS-Truppen aus dem umkämpften Gebiet zu Beginn des Jahres 1992 ist der Konflikt nun zum ersten Krieg zwischen zwei Staaten der zerfallenen Sowjetunion eskaliert.

Am 5. März 1992 wurde der Präsident Aserbaidshans von der oppositionellen Volksfront und nationalistisch aufgepeitschten Massendemonstrationen gestürzt. Ajas Mutalibow, der nach dem Blutbad sowjetischer Panzer in Baku im Januar 1990 mit Gorbatschows Hilfe KP-Chef geworden war und sich nach dem Moskauer Putschversuch mit 91% zum Präsidenten hatte wählen lassen, wurde Nachgiebigkeit gegenüber dem Feind, sprich nationaler Verrat vorgeworfen. Die von den Nationalisten dominierte Regierung unter Premier Hassan Hassanow, der die Türkei zum Eingreifen aufgefordert hat, ist nun dabei, eine aserbaidshanische Nationalarmee aufzubauen. Ein Versuch Mutalibows, Anfang Mai in einem Staatsstreich an die Macht zurückzukehren, scheiterte am Druck der Straße und am Widerstand bewaffneter Milizionäre. Bei den Präsidentschaftswahlen am 8. Juni 1992 wurde der Vorsitzende der Volksfront, Ebulfez Elçibey, mit mehr als 60% gewählt. Die nationalistische Volksfront tritt entschieden für die Rückeroberung Berg-Karabachs ein und betreibt den Austritt Aserbaidshans aus der GUS.

Auch der armenische Präsident Lewton Ter-Petrosjan steht unter massivem Druck der Nationalisten seines Landes. Sie stützen sich auf eine verbreitete Stimmung in dem leidgeprüften Volk, das Hunderttausende von Erdbebenopfern und Flüchtlingen notdürftig aufgenommen hat. Die Stimme der Vernunft findet immer weniger Gehör, Haß und wildeste Verschwörungstheorien feiern Urstände; beide Seiten haben ihre Märtyrer, Opfer und Helden. Seit der - von der Führung Armeniens früher mit Rücksicht auf die von Moslems umgebene Lage des Landes nur behutsam betriebenen - Unabhängigkeit und seit dem Rückzug der GUS-Truppen verschärft auch der armenische Nationalismus seine Militanz zusehens. Hinzu kommt, daß der Arm des Präsidenten - ebenso wenig wie der Bakus - längst nicht mehr weit genug reicht, um schießwütige und massakrierende Freischärler in Berg-Karabach zu zügeln. Ein von der sogenannten "Armenischen National-Armee" in Berg-Karabach am 26. Februar in Chodschaly, einer der letzten von Aseri bewohnten Stadt, verübtes Massaker, in Aserbaidshans als Genozid angeprangert, war die sprichwörtliche Lunte am nationalistischen Pulverfaß, die den Machtwechsel in Baku und die Eskalation des Krieges auslöste.

Im Mai 1992 besetzten die Armenier einen aserbaidshanischen Korridor, der Berg-Karabach mit dem Mutterland verbindet, gleichzeitig kam es auch in der aserbaidshanischen Exklave Nachitschewan zu Schießereien. Die Türkei ließ keinen Zweifel daran, daß ein Krieg gegen Nachitschewan für sie den *casus belli* bedeute, was Traditionalisten und Heißsporne in der GUS zu Gegendrohungen anstachelte: General Schaposchnikow, Befehlshaber der GUS, warnte vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges, die ein militärisches Eingreifen der Türkei auslösen könnte.⁽¹²¹⁾ Daß der türkische Ministerpräsident Süleyman Demirel umgehend nach Moskau fuhr und dort einen

(121) FR 22.5.1992.

Freundschaftspakt unterzeichnete, hat die Lage fürs erste beruhigt. Doch sie bleibt prekär - nicht nur, weil Aserbaidshans entschlossen ist, verlorenes Territorium zurückzugewinnen. Alte historische Konflikte zwischen den "Erzfeinden" Türkei und Rußland drohen wieder aufzubrechen, zumal der auf Kosten Moskaus gewachsene Einfluß der Türkei in Mittelasien "großtürkischen" Kräften Auftrieb verleiht, was für weiteren Zündstoff zu sorgen droht.

3.2.6. Kasachstan und die mittelasiatischen Republiken

Bisher sind sich alle Beobachter darin einig, daß es in den islamischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion kaum zu ernsthaften Demokratisierungsversuchen gekommen ist. An den alten, von Clans und Klientelen geprägten Machtstrukturen hat sich auch nach der Unabhängigkeit kaum etwas geändert. Die Sowjetmacht hat die vernationalen Strukturen im mittelasiatischen Turkestan - das Emirat Buchara und die beiden Khanate Chiwa und Kokand - in einem langwierigen Prozeß mehrfach verschobener Grenzen aufgeteilt in nationale Republiken. Sie verfolgte damit ein doppeltes Ziel. Zum einen sollte diese nationale Territorialisierung Panislamismus und Panturkismus entgegenwirken, zum anderen die staatliche Grundlage abgeben für den Prozeß realsozialistischer Modernisierung. In der Tat hat die sowjetische Ära dadurch, daß sie die vor 1917 noch weitgehend traditionellen Agrar- und Nomadengesellschaften in den Prozeß einer vergleichsweise rapiden Industrialisierung und Modernisierung - bis in die siebziger Jahre schneller als etwa in Iran, Afghanistan, Pakistan oder Indien - hineingerissen hat, in diesen Regionen die gesellschaftlichen Grundlagen für den modernen Nationalismus wie gesagt überhaupt erst geschaffen. Dazu gehört neben der Territorialisierung vor allem die umfassende Alphabetisierung und Volksbildung, die Einführung einer nationalen Schrift und Literatur sowie der Zugang lokaler Eliten zum Bildungssystem.

Zugleich freilich scheint es, als habe das administrative System Moskaus vor allem während der Breschnew-Zeit die archaischen Traditionen der Herrschaft von Clans und ihrer Aufteilung in regionale Einflußzonen nicht destruiert, sondern unter parteikommunistischer Hülle perpetuiert. Das ist einer der Gründe dafür, warum die meisten politischen Eliten bis heute den Übergang von kommunistischen Sowjetrepubliken zu postkommunistischen souveränen Staaten so gut wie unhellig überstanden haben. Hier fungierte der Nationalismus bisher offenbar noch kaum als Ressource politischer Mobilisierung zum Machtwechsel. Den blutigen Massakern in Sumgait, Fergana, Osch und anderswo scheint eher die klassische Funktion des Pogroms als gesteuertes Ventil für angestaute Unzufriedenheit zuzukommen.

Freilich ist die Zahl umstrittener Grenzen und grenznaher Territorien in dieser Region ebenso immens wie diejenige ethnischer Minoritäten. Bei den akuten Konflikten und Forderungen nach Grenzrevision geht es oft weniger um nationalistische Forderungen, als um die Zuteilung von Wasser. Zwar kam es in den letzten zwei Jahren nicht mehr zu Ereignissen, die man mit den Pogromen in Fergana oder Osch vergleichen könnte. Doch deutet die Auswanderung von Krim-Tataren, Russen und Rußlanddeutschen darauf hin, daß das Zusammenleben der zahlreichen Ethnien auf wackligem Grund ruht.

Alle Republiken des früher gerne so genannten "mittelasiatischen Hängebauchs" der Sowjetunion sind seit deren Zerfall in ein neues internationales Kräftefeld geraten. Abgesehen vom brennenden Interesse des Westens, das sich indes vorab auf das Risiko unkontrollierter Exporte von nuklearfähigem Material und von atomarem know how konzentriert und beschränkt, sehen vor allem Iran und die Türkei⁽¹²²⁾ in ihnen ihre natürliche Einflußsphäre und haben eine rege diplomatische und kulturelle Tätigkeit entfaltet, seit diese Staaten ihre Unabhängigkeit erklärten. Vorerst scheint es, als habe die Türkei die besseren Chancen. Jedenfalls soll nicht die arabische Schrift, wie vor allem Iran und Saudi-Arabien hofften, in Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Kirgistan die kyrillische ablösen, sondern das lateinische Alphabet. Einzig Tadschikistan führt das persische Alphabet ein. Nicht allein die ethnische Verwandtschaft mit der Türkei, sondern auch der Weg einer autoritären Säkularisierung und Modernisierung, wie ihn die Türkei seit Atatürk verfolgt, scheint vorerst die größere Faszination auf die politischen Eliten der jungen souveränen Staaten auszuüben als die islamische Theokratie Irans. Zumal sie sich davon eher den Zugang zum internationalen Markt und damit zu den Segnungen des Kapitalismus und zu zahlungskräftigen Kunden für ihre Bodenschätze versprechen. Doch wenn es stimmt, daß die tragende gesellschaftliche Herrschaftsstruktur hier noch immer im alten Clan-System besteht, muß diese Entscheidung nicht irreversibel sein. Die nationalstaatliche Orientierung nach türkischem Vorbild folgt vielmehr ökonomischen Interessen und kann sich wieder ändern. Sie birgt außerdem, wie die Geschichte der modernen Türkei vom Genozid an den Armeniern bis zur Bombardierung kurdischer Städte in der Gegenwart immer wieder vor Augen führt, die Gefahr der blutigen Unterdrückung ethnischer Minderheiten. Angesichts der in allen mittelasiatischen Republiken extrem komplizierten ethnischen Gemengelagen, die schon der Anteil der Titularnation an der jeweiligen Bevölkerung verrät - in Kasachstan 40%, in Usbekistan 71%, in Turkmenistan 72%, in Tadschikistan 60% und in Kirgistan 52% - liegt hier ein brisantes Konfliktpotential. Es könnte sich als explosiver und gewaltträchtiger herausstellen als die gerne beschworenen Gefahren des islamischen Fundamentalismus.

Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew war einer der mächtigsten jener sowjetischen Reformkommunisten, die den allgemeinen Modernisierungsprozeß mit dem Erhalt der Union zu verknüpfen trachteten und deshalb bis zuletzt Michail Gorbatschow unterstützten. Noch aus anderen Gründen fand er im Westen wachsende Aufmerksamkeit: in der kasachischen Steppe lagern atomare Interkontinentalraketen. Außerdem befindet sich das riesige Kasachstan, größer als Westeuropa, in einer fragilen Lage zwischen China, Rußland und den muslimischen Staaten. Kasachstan ist wie die Russische Föderation ein Spiegel der Vielvölkergesellschaft der alten Sowjetunion. Das Titularvolk ist in der Minderheit: Außer den 6,5 Mio. Kasachen leben in Kasachstan 6,2 Mio. Russen, jeweils mehr als eine Million Usbeken, Tataren, Weißrussen und Koreaner sowie rund 850.000 Ukrainer und Deutsche. Zwei Drittel der Bevölkerung sprechen russisch.

(122) Vgl. dazu Udo Steinbach, *Kemalismus oder Fundamentalismus. Die modellpolitische Konkurrenz zwischen der Türkei und dem Iran und die Zukunft der islamischen Welt*, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/1992, S. 817-829; Uwe Halbach, *Islam, Nation und politische Öffentlichkeit in den zentralasiatischen (Unions-)Republiken*, *Beiträge des BIOst* 57-1991; sowie die Reportage von Ahmed Taheri, *Die Komsomolzen des Propheten*, *Die Zeit* 24.4.1992.

Wenn somit Nursultan Nasarbajew mehrfach warnte, extremistische Nationalisten könnten Eruptionen auslösen, die den Krieg in Jugoslawien als ein Sandkastenspiel erscheinen lassen würden, so hat er dazu allen Grund. Er warf der - verbotenen - militant islamischen Partei "Alasch" faschistische Tendenzen vor und bezeichnete die Ural-Kosaken, die im Norden das ihren Vorfahren vom Zaren verliehene Land zurückverlangen, als gefährliche Unruhestifter. Im Falle überbordender Nationalismen wären die Russen im Norden nicht die einzigen, die Gebietsforderungen stellten. Vielmehr stünde die Existenz eines Landes auf dem Spiel, an das alle Nachbarn, selbst China, territoriale Forderungen haben.

Bisher hat die Politik Nasarbajews, mit Hilfe der strategischen Nuklearwaffen das Gewicht Kasachstans auf der internationalen Bühne zu erhöhen und alle Mächte am Status quo zu interessieren, das Ansehen des früheren KP-Chefs im Lande ebenso wie im Ausland vergrößert. Sein Bemühen, die heikle Situation in seinem Land, für das die staatliche Souveränität völlig unvorbereitet kam, mittels gemäßigtem Nationalismus und einem erklärtermaßen autoritären asiatischen Regime zu kontrollieren und eine sanfte wirtschaftliche und gesellschaftliche Sanierung und Modernisierung mit der Ausrichtung auf den Westen zu verknüpfen, dürfte mit zu den schwierigsten Aufgaben aller Nachfolgestaaten in der ehemaligen Sowjetunion gehören.

4. Düstere Perspektiven und schwierige Aufgaben

Der Nationalismus, den viele im Westen längst überwunden wähnten, entfaltet am Ende des 20. Jahrhunderts abermals eine urtümliche Gewalt als Staaten zersetzende und sprengende Kraft - wie schon Alexander Herzen wußte, verläuft die Geschichte nicht nach einem Libretto. Vor dem Hintergrund der Katastrophen des 20. Jahrhunderts muß diese Renaissance beängstigen; sie stellt eine Herausforderung dar auch für die gerade in der Friedensforschung beliebten Paradigmen eines fortlaufenden Zivilisationsprozesses der Gattungsgeschichte. (123)

Die westlichen Öffentlichkeiten starren allzu sehr auf die atomaren Gefahren im Osten. Darin drückt sich noch die Verhaftung im Ost-West-Denken aus. Hinzu kommt, daß die Explosionen nationalistischer Gewalt eine theoretische und politische Hilflosigkeit unseres rationalen, interessen geleiteten Argumentierens und Erklärens bloßstellen. Für dieses kommt es geradezu einer narzißtischen Kränkung gleich, daß die Gewißheiten und Überzeugungen des Nationalismus aller kritischen Einsicht gegenüber, er bestehe aus Mythen, Legenden und erfundenen Traditionen, immun sind. Ihn interessiert nämlich nicht, ob seine Überzeugungen wahr sind, er begnügt sich damit, daß es "unsere Überzeugungen" sind. Seine Gewalt beginnt mit der tautologischen Gewißheit: "Wir sind wir" - und basta. (124)

(123) Eine reflektiert-behutsame Variante, Frieden trotz aller Katastrophen dieses Jahrhunderts als zivilisatorischen Prozeß zu konzipieren, findet sich bei Lothar Brock, "Frieden". Überlegungen zur Theoriebildung, in: Volker Rittberger, Hg., Theorie der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, Opladen 1990, S. 71-89.

(124) Darauf hat Isaiah Berlin aufmerksam gemacht, Der Nationalismus, l.c., S. 479.

Auch der wieder beliebten Rede von der "nationalen Identität" haftet manches davon an - man hat sie oder man hat sie nicht.

Allzu viele beruhigen sich bei der simplifizierenden Vorstellung, nach Jahrzehnten einer vom verordneten, im Zweifelsfall *manu militari* erzwungenen Internationalismus erfolgten Tabuisierung und Unterdrückung "nationalistischer Abweichung" sei eine überzogene Gegenreaktion nun geradezu "natürlich" und werde sich schon einpendeln. Das mag der Beruhigung dienen, doch trägt der Erklärungsgehalt solcher Analogien zur Mechanik des Pendels für die Politik nicht weit. Außerdem insinuiert die schnelle Antwort, man habe das Problem bereits begriffen, wo eher Fragen einem vielschichtigen Phänomen gegenüber angebracht wären. Von Sigmund Freud stammt das Eingeständnis: "Warum die Völkerindividuen einander eigentlich geringschätzen, hassen, verabscheuen und zwar auch in Friedenszeiten, und jede Nation die andere, das ist freilich rätselhaft. Ich weiß es nicht zu sagen."⁽¹²⁵⁾

Der Zerfall des "sozialistischen Lagers" offenbart wieder einmal das Janusgesicht des modernen Nationalismus: vermag er sowohl, für Demokratie und Emanzipation aus bisherigen Abhängigkeitsverhältnissen zu mobilisieren, so neigt er auch dazu, nicht selten zeitgleich, alles Nicht-Identische mit Gewalt zu integrieren oder zu unterdrücken. Wie schillernd er politisch ist, schlägt sich darin nieder, daß es in den postkommunistischen Staaten heute kaum eine politische Kraft gibt, die nicht um den politischen Mehrwert wetteifert, den er enthält. Er ist einem Diktum Adam Michniks⁽¹²⁶⁾ zufolge das letzte Wort der sich zurückziehenden Kommunisten - und zugleich die einigende Losung ihrer Gegner.

Angesichts seiner Gewalt- und Kriegsträchtigkeit ist, in Anlehnung an Carl Schmitts "Hegung des Krieges" formuliert, die Hegung des Nationalismus dringend geboten. Doch sind, nüchtern betrachtet, die politischen Möglichkeiten dazu von außen nicht allzu groß. Eine Hilfe kann die Erfahrung sein, daß zahlreiche europäischen Institutionen einst geschaffen wurden, um den Nationalismus endlich zu bezwingen, der Europa in diesem Jahrhundert zweimal zerstörte. Die Einbindung der alten und neuen Staaten des ehemaligen "sozialistischen Lagers" in die internationalen Organisationen des Westens ist ein Anfang. Dabei verschlägt es angesichts der dringend gebotenen Stabilität wenig, daß durch die Aufnahme auch der mittelasiatischen Republiken in die KSZE der Begriff von Europa gewaltig ausgedehnt wird. Auch Europarat, EG und NATO kommt eine wichtige Funktion dabei zu, die vorerst noch diffuse Orientierung der neuen Nationalstaaten auf den Westen zu festigen. Dennoch besteht die Schranke, die Erfahrung mit diesen Institutionen zu übertragen, darin, daß ihre normativen Postulate auch auf einem ökonomischen und gesellschaftlichen Fundament ruhen - und gerade das wird in den postkommunistischen Staaten kurzfristig nicht erreicht werden. Deshalb sind auch die Möglichkeiten, diese Postulate als Eintrittsbillet zu nutzen für den bisher noch von fast allen postkommunistischen Staaten angestrebten "Weg nach Europa", nicht zu überschätzen.

(125) Sigmund Freud, *Zeitgemäßes über Krieg und Tod*, 1915, in: *Kulturtheoretische Schriften*, I.c., S. 47.

(126) Zit. nach Gerhard Gnauck, *Bronsteins Kinder und Enkel verlassen die Heimat ihrer Väter*, FAZ 5.3.1992.

Versucht werden muß es allemal. Nicht zuletzt deshalb, weil auch die westlichen Gesellschaften gegen die Rückkehr nationalstaatlicher Logik und die Ansteckung durch nationalistische Ideologien nicht gefeit sind.

Die postkommunistischen Gesellschaften stehen vor der Aufgabe einer dreifachen Transformation: Neben der Etablierung demokratischer politischer Institutionen und der Umstellung der zentralistischen Kommandowirtschaften auf kapitalistische Marktstrukturen geht es auch um die Entwicklung jener "zivilen Gesellschaft" von Staatsbürgern, die letztlich über das Gelingen der Demokratisierung entscheiden. Es hat viel zu lange gedauert, bis der Westen die Notwendigkeit ökonomischer Hilfen analog zum Marshall-Plan erkannt hat; Deutschland, machtpolitisch der wichtigste Profiteur aus der Überwindung der Nachkriegsordnung und seit je hellhörig für die Vorgänge im Osten, war dabei Triebkraft und führt die helfenden Länder an.⁽¹²⁷⁾ Etwas anderes ist, daß bei der Errichtung jenes Geflechts aus artikulierten Interessen, Vereinen, Assoziationen, Verbänden, Initiativen und Gruppierungen aller Art, die man als "zivile Gesellschaft" bezeichnet, unterhalb der staatlichen Ebene ein Vielfaches dessen an Kontakte und Hilfe geleistet werden müßte und könnte, was bisher geschieht. Ähnliches gilt für Bereiche transnationaler Zusammenarbeit wie Austausch von Schülern, Studenten, Wissenschaftlern, für Städtepartnerschaften, Förderung von Vereinskontakten und Bildungsprogramme, die sich in Westeuropa, beispielsweise im Verhältnis der Bundesrepublik zu den USA oder zu Frankreich, bewährt haben. Die Zeit drängt, das Schicksal der Demokratie in den postkommunistischen Staaten ist ungewiß. Schon hat Pierre Hassner analog zur berühmten Definition des Kalten Krieges von Raymond Aron, "Friede unmöglich, Krieg unwahrscheinlich", der neuen historischen Epoche die pessimistische Diagnose gestellt: "Kommunismus unmöglich, Demokratie unwahrscheinlich."

Der Blick auf die labilen, teils schon im wörtlichen Sinne umkämpften Grenzen zwischen den neuen, aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangenen Staaten verlangt, die Nachfolgerepubliken Jugoslawiens unnachgiebig auf ihre Grenzen zu verpflichten. Dieses Prinzip, immerhin die Bedingung für die Anerkennung, gegen die Faktizität der mit Krieg und Terror erzwungenen "ethnischen Säuberungen" durchzusetzen, ist eine schier unlösbare Aufgabe. Doch von ihm abzugehen, bedeutete nicht nur, die bisherige KSZE-Epoche, die auf der Unverletzlichkeit territorialer Grenzen mit militärischen Mitteln beruhte, zu beenden, sondern hätte auch eine fatale Präzedenzwirkung für die ehemalige Sowjetunion.

Zahlreiche Staaten der zerfallenen Sowjetunion belehren anschaulich darüber, daß das nationale Selbstbestimmungsrecht nicht verabsolutiert werden darf. Zum einen gebührt der Vorrang dem *demos* vor dem *ethnos*, d.h. der Freiheit im Sinne individueller Entfaltung vor der nationalen Befreiung. Zum anderen kann das nationale Selbstbestimmungsrecht ethnisch gemischter Gebiete nicht das Recht auf Sezession oder einen eigenen Nationalstaat bedeuten, will man die Wiederkehr alter, furchtbarer Konflikte nicht in Kauf nehmen, wie die sich mit aller Gewalt territorialisierenden Ethnien in Bosnien-Herzegowina vorführen.

(127) Vgl. dazu den Beitrag von Hans-Joachim Spanger im Friedensgutachten 1992, l.c., S. 182-195; ferner Jeanne Kirk Laux, *Reform, Reintegration and Regional Security. The Role of Western Assistance in Overcoming Insecurity in Central and Eastern Europe*, Working paper 37, Canadian Institute of International Peace and Security, October 1991.

In den aus dem Vielvölkerstaat Sowjetunion hervorgegangenen "verspäteten Nationen" sind ähnliche Tendenzen nicht ausgeschlossen. In Deutschland, wo der Nationalismus in seiner rassenbiologisch pervertierten Gestalt Mitteleuropa bis zur Unkenntlichkeit zerstört und am Ende auch die Vertreibung von Millionen Deutscher bewirkt hat, müßte eigentlich für die grauenhaften Aspekte des integralen Nationalismus und der Praktiken "ethnischer Säuberung" eine besondere Sensibilität vorhanden sein. Das ist nicht der Fall. Vielmehr ist hier die meist wenig reflektierte Meinung von der ethnischen Homogenität als Voraussetzung für Stabilität weit verbreitet. Das Credo des westlichen Liberalismus, der "heterogene Nationalstaat" sei "die größte Errungenschaft der politischen Zivilisation"⁽¹²⁸⁾, scheint in der öffentlichen Meinung Deutschlands noch immer nicht unumstritten. Manche Kritik und Verdächtigung, die lange am Status quo festhaltende Haltung der westlichen Demokratien gegenüber Jugoslawien gründe bloß in der Angst vor aufflackernden nationalen Konflikten im eigenen Land, war von aufschlußreicher Häme.

Dem als Recht auf Eigenstaatlichkeit und Sezession mißverstandenen Selbstbestimmungsrecht⁽¹²⁹⁾ wären die Ideen des Föderalismus, der politischen und kulturellen Autonomie von Minderheiten und der republikanischen Staatsbürgerschaft entgegenzuhalten. Doch der Anspruch auf republikanische Freiheitsrechte unabhängig von der ethnischen Herkunft und auf Schutz nationaler Minderheiten - verweist er unsere Gesellschaften, auf der Siegerseite der Geschichte, nicht auch auf den sprichwörtlichen Balken im eigenen Auge?

(128) So Ralf Dahrendorf, *Die Sache mit der Nation*, l.c., S. 829. Das nationalistische Ideal der völkischen oder sprachlichen Einheit im Staat hat schon Ernest Renan in seinem vielzitierten, aber selten gelesenen Vortrag *Qu'est-ce qu'une nation?* als Verwechslung der Nation mit einer Rasse und der Sozialwissenschaft mit der Zoologie verspottet, zit. nach Denis de Rougemont, op.cit., S. 283 f.

(129) Lloyd N. Cutler, früher Berater des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter, warnte in den Fußstapfen von Woodrow Wilsons Außenminister Robert Lansing mit drastischen Worten davor, das Selbstbestimmungsrecht als Sezessionsrecht zu mißdeuten: "Die Macht zur einseitigen Sezession gleicht dem Besitz einer nuklearen Waffe". (Umstrittenes Recht auf Trennung. Die Sezessionsbewegungen in aller Welt lösen eine Lawine von Problemen aus, *Die Zeit* 2.8.1991)

ISBN 3-928965-13-1